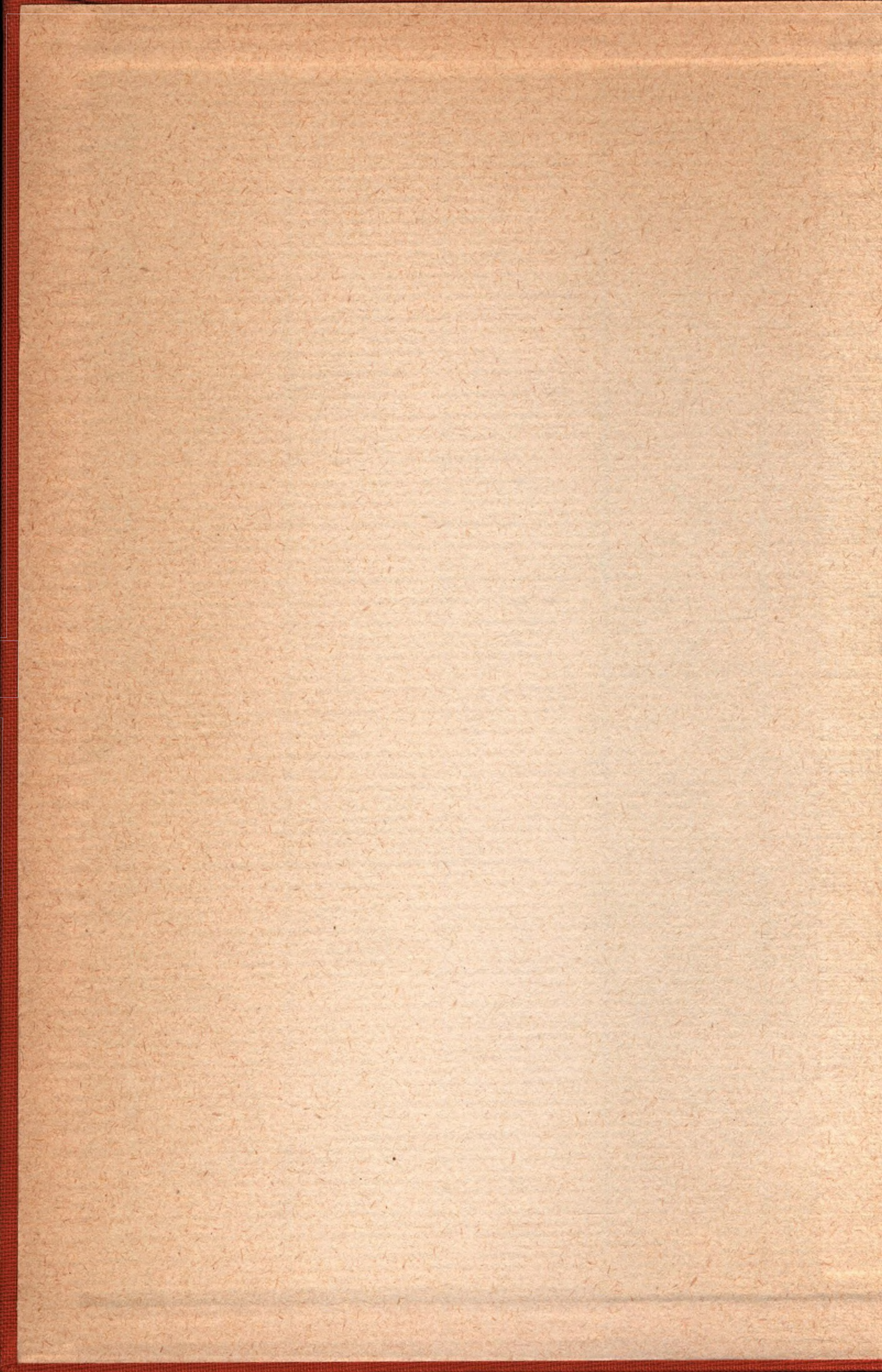
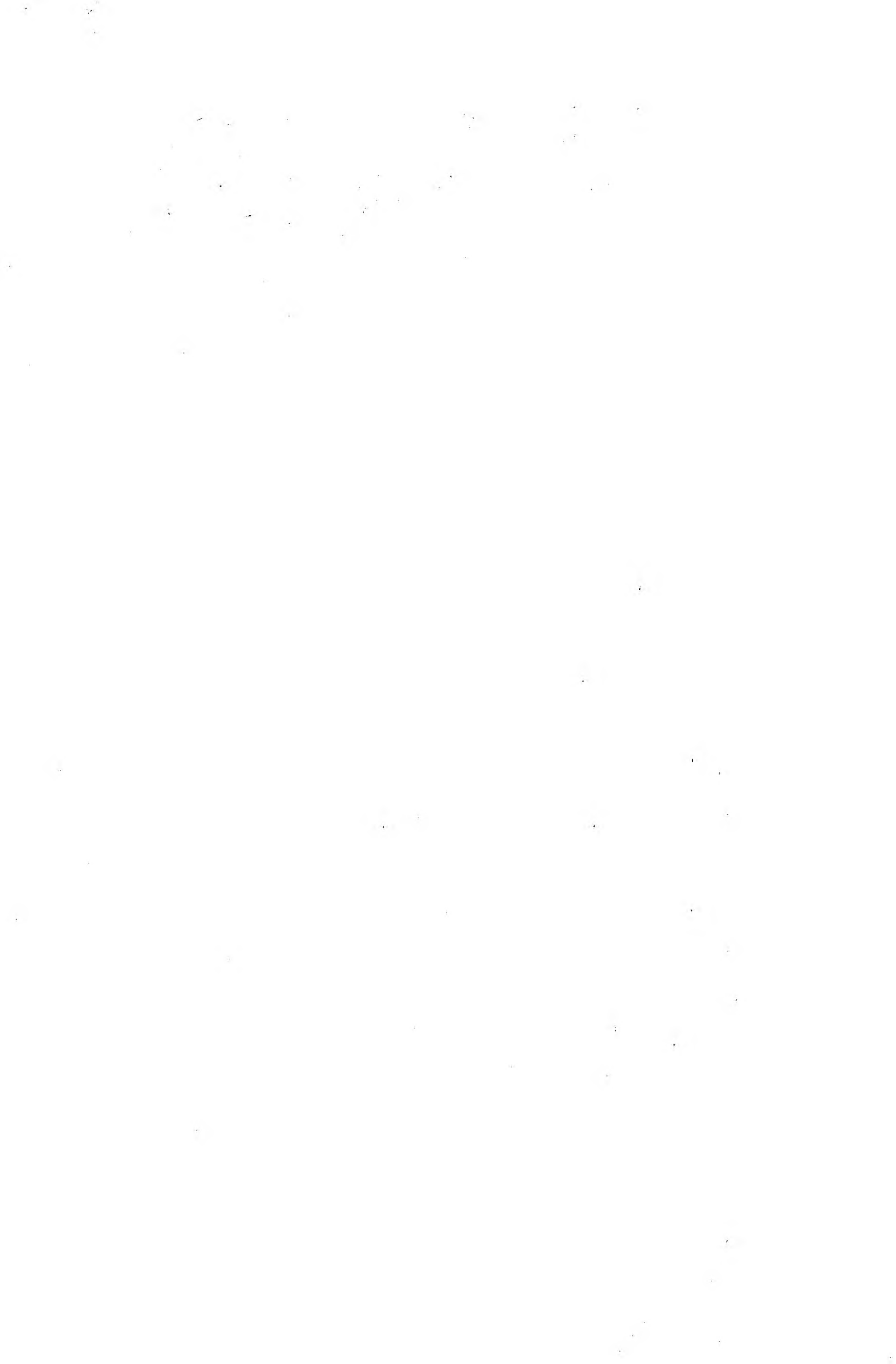
GOLDWATER · WARUM NICHT SIEG?



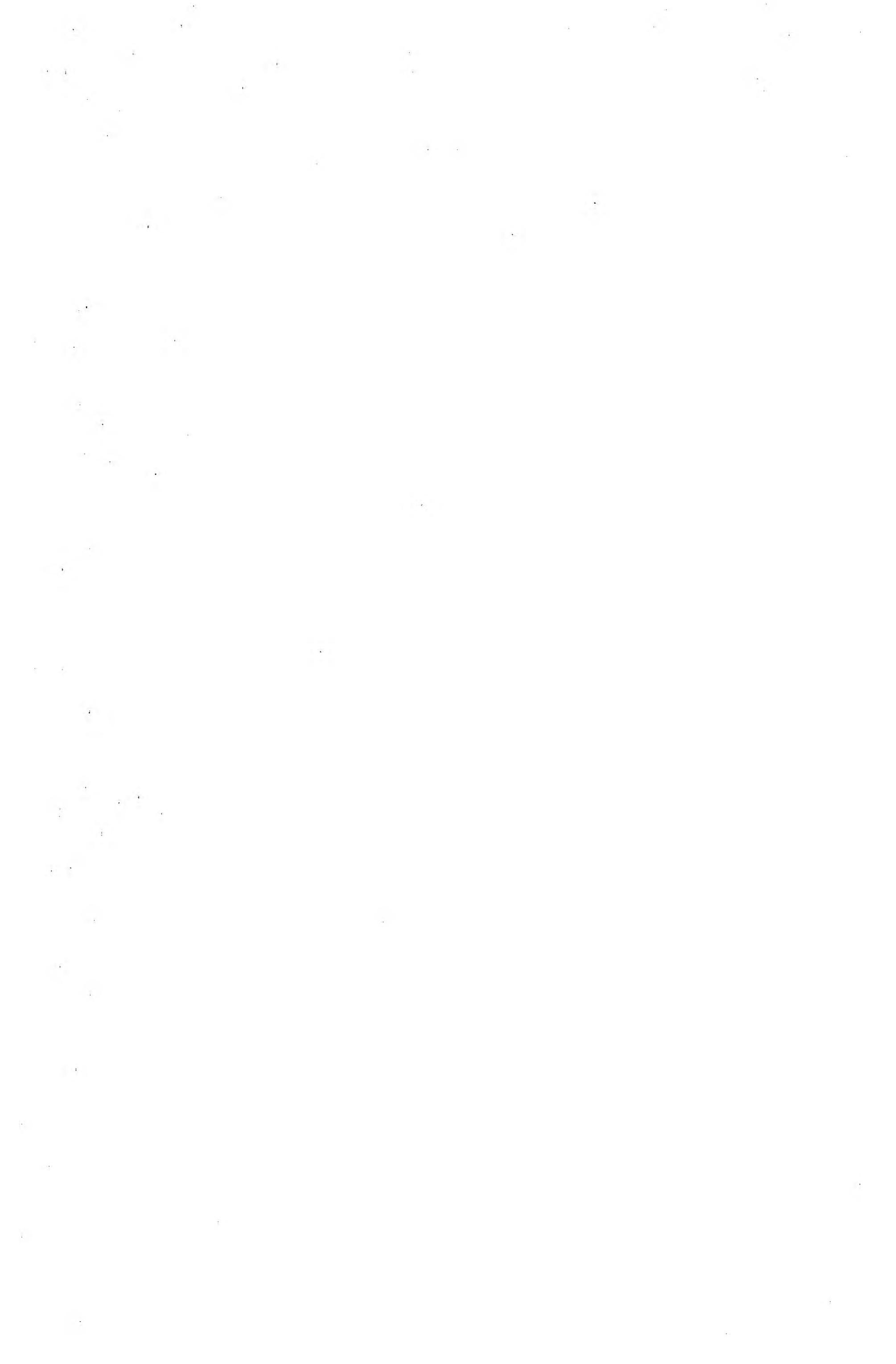




BARRY M. GOLDWATER

WARUM NICHT SIEG?

NEUER AUSBLICK AUF DIE AMERIKANISCHE POLITIK



BARRY MORRIS GOLDWATER

WARUM NICHT SIEG?

NEUER AUSBLICK AUF DIE AMERIKANISCHE POLITIK

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Autorisierte Übersetzung aus dem Amerikanischen
Titel der Originalausgabe:
WHY NOT VICTORY?
A Fresh Look at American Foreign Policy
Erschienen bei Mc Graw-Hill Book Company Inc., New York

Ein weiteres Buch von Barry M. Goldwater: „Das Gewissen eines Konservativen" ist in deutscher Übersetzung im Verlag K. W. Schütz (Göttingen) erschienen.

1964
Alle Rechte vorbehalten • © 1962 by Barry M. Goldwater, Deutsche Übersetzung 1964 by Druffel-Verlag • Satz, Druck und Bindearbeiten: Dr. F. P. Datterer & Cie. – Inh. Sellier – Freising
Printed in Germany

Vorwort des Verlages zur deutschen Ausgabe

Als wir im Frühsommer 1964 auf die Schriften des amerikanischen Senators Barry M. Goldwater aufmerksam gemacht wurden, war uns der Name des Verfassers nahezu unbekannt – einer der hundert Mitglieder des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika. Angesichts des überreichen Angebotes an Übersetzungsliteratur wollten wir das uns eingereichte Buch zunächst dem Agenten ohne weiteres wieder zurückgeben. Dann aber zeigte schon eine flüchtige Durchsicht, daß Senator Goldwater ungewöhnliche und bedeutende Auffassungen vertritt, die in Europa nach dem Erlebnis der letzten Jahrzehnte gar nicht mehr als „amerikanisch" gelten, obwohl sie in Wirklichkeit der historischen Tradition des Amerikanertums entsprechen. Wir fühlten uns schließlich so beeindruckt von der Kraft dieser politischen Überzeugungen und der inneren Leidenschaft, mit der sie ausgedrückt werden, daß wir uns entschlossen, Barry M. Goldwater und seine Forderungen der deutschen Leserschaft vorzustellen und nahezubringen. Wir waren – und sind – gewiß nicht mit jeder These und mit jeder Formulierung des vorliegenden Buches einverstanden, aber es war – und ist – uns klar geworden, daß hier überraschende Möglichkeiten eines veränderten amerikanischen Verhaltens in den großen Weltangelegenheiten aufgezeigt werden. Jeder kritisch denkende Deutsche der Gegenwart wird sich damit auseinandersetzen müssen.

Im Juli 1964 stellte sich dann heraus, daß wir der Aufgabe, den Namen des Senators Goldwater im deutschen Sprachraum bekannt zu machen, durch ein aufsehenerregendes Ereignis enthoben wurden: die Wahl zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten. Dies und der publizistische Wirbelsturm, der von der „New York

Times" über die Hamburger „Welt" bis zur Moskauer „Prawda" gegen Goldwater entfesselt wurde, hat seinen Namen zum Weltbegriff erhoben.

Solche Tagesgeschehnisse haben freilich mit diesem Buch und seiner geistigen Bedeutung wenig oder nichts zu tun. Der deutsche Leser ist nicht aufgefordert, sich an amerikanischen Wahlkämpfen zu beteiligen. Mag Goldwater berufen sein, seine Ideen selbst in die Tat umzusetzen, mögen andere sie übernehmen – wie auch immer die inneramerikanische Auseinandersetzung verläuft, der deutsche Zuschauer kann ein verständiges Urteil nur gewinnen, wenn er zunächst weiß, wie Goldwater und seine Leute tatsächlich denken und was sie wirklich fordern.

EINLEITUNG

KONSERVATIVER AMERIKANISMUS

Für den konservativen Amerikaner ist es nicht schwierig, die bedeutendste politische Forderung der Gegenwart zu erkennen; sie heißt Bewahrung und Verbreitung der Freiheit. Wenn den Konservativen diese Frage nicht am Herzen läge, müßte unser Standpunkt nicht verdeutlicht werden und wir hätten es nicht nötig, für ihn einzutreten oder mit den Leuten zu diskutieren, die gegen uns sind. Dieses Buch wäre überflüssig, denn seine Aufgabe ist es, der Sorge Ausdruck zu geben, die einen Konservativen angesichts der in der Welt und bei uns gegen die Freiheit wirkenden Kräfte bewegt.

Wenn nur ich allein dieser Ansicht wäre, könnte man mir vorhalten, daß ich von einer ungerechtfertigten Sorge um die Freiheit besessen sei; aber es fehlt das Merkmal eines Einzelgängers. Im Gegenteil, die Gewißheit wächst, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes diese Sorgen teilt. Insbesondere lerne ich immer wieder bei der amerikanischen Jugend die gleiche Befürchtung kennen: In Schulen und Gymnasien, an den Universitäten, zu Beginn und im Verlauf des Berufslebens, in Arbeiterkreisen, bei Politikern. Sie spüren die Gefahren, die überall der Freiheit drohen.

Die Jugend entdeckt, daß der Konservatismus keineswegs tot ist, trotz allem, was man ihr in den Schulen erzählt hat. Der Konservatismus ist eine natürliche Welt-

anschauung, die erkennt, daß der Mensch aus einer geistigen und aus einer materiellen Komponente besteht und daß beide miteinander untrennbar verflochten sind. Die Aktion der einen bedingt die Reaktion der anderen. Wenn die materielle Komponente überwiegt, erfolgt eine Schwächung der geistigen. Daraus folgt eine Schwächung der Menschheit, die uns in der Gleichgültigkeit gegenüber jeglichem Verbrechen gegenübertritt, im Sich-Verlassen auf staatliche Hilfe bei der Lösung von Tagesproblemen und im Nicht-Erkennen-Wollen der Gefahren, die heute die Welt bedrängen. Da der Konservatismus eine Natur-Philosophie ist, finden die Jungen kein Problem darin, seinen Wert zu begreifen. Es ist gar nicht schwer, unseren jungen Menschen klar zu machen, daß die Natur durch Menschengesetze nicht verändert werden kann und daß es keinen Sinn hat, die Struktur unseres Wirtschaftssystems nach Theorien zu ändern, die in der Vergangenheit bereits ausprobiert und als mangelhaft befunden worden sind.

Manche Leute glauben, daß der Konservatismus nur im wirtschaftlichen Sinne Anwendung finden kann. Sie halten ihn für eine Art Buchführung – und das ist er selbstverständlich nicht. Die Wahrheiten des Konservatismus haben für alle Probleme und Situationen Gültigkeit, wie wir sie heute vor uns haben und wie sie für die Zukunft anstehen. Ich hoffe, das vorliegende Buch wird seine Leser davon überzeugen, daß das besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik richtig ist.

Als ich vor über zehn Jahren nach Washington kam, erachtete es die radikale Presse für eine ausreichende Herabsetzung, einen Mann als Konservativen zu bezeichnen. Ungern stellt sie heute wieder soviel Einfluß des Konservatismus fest, daß sie es für nötig erachtet, das Wort „Konservatismus“ durch einen Bindestrich zum „Erz-

Konservatismus" zu ergänzen oder das Wort „rechtsstehend" dazuzufügen. Ich habe den Journalisten lächelnd gesagt, daß sie durch Wegfall des Bindestriches die Echtheit der konservativen Philosophie anerkennen würden.

Wir älteren Leute, die wir uns als Konservative bezeichnen, müssen uns den Vorwurf machen, daß wir zu wenig Zeit aufgewendet haben, um mit der jüngeren Generation alle die Probleme zu diskutieren, die unser Weiterleben als freies Volk betreffen und die traditionellen Werte, in denen unsere Lebensweise verwurzelt ist. Wir haben blindlings gehofft, daß sich diese Denkrichtung von selbst und ohne unsere Mithilfe einstellen werde. Die Jugend von heute weiß, daß dies unmöglich ist. Sie hat deshalb eine Bewegung ins Leben gerufen, um die nötige Stoßkraft zur Demonstration konservativen Denkens und zu seiner praktischen Anwendung zu entwickeln.

Allzu häufig waren wir in kleinliche Streitigkeiten mit der Opposition und auch untereinander verwickelt. Viel Zeit ist mit Nichtigkeiten verschwendet worden, anstatt an das Wesentliche heranzugehen – Zeit, in der die Freiheit, gleichsam wie die Sandkörner durch das Stundenglas, davongerieselt ist. Die Jugend aber will keine Zeit verschwenden, sie will auch nicht von der Zeit verbraucht werden. Sie wird die Fehler der vorangegangenen Generation, die durch mangelnde Aktivität begangen wurden, nicht wiederholen.

Vor Jahren schliefen die Goldwater-Kinder auf einer offenen Veranda, die ihnen als Schlafraum diente. Im Winter wurden wir vor Sonnenaufgang durch den langen Pfiff des Zuges aus Prescott geweckt. Von Morgen zu Morgen, von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr erklang dieser vertraute Ton. Ich kann ihn immer noch hören. Es klang nach Menschen, die irgendwohin fuhren. Auch jetzt noch fahren Leute, aber es klingt anders.

Ich erinnere mich noch deutlich an das Schlafen auf der Veranda. Ich habe oft tagsüber von der Hitze der Wüstensonne soviel abbekommen, daß ich in der Nacht nicht schlafen konnte. Dann aber kam die Erfindung des elektrischen Ventilators. Ich erinnere mich, wie mein Vater einen nach Hause brachte und die heimkehrenden Arbeiter stehenblieben, um ihn zu bewundern. Ich sehe die Bewegungen des Ventilators noch immer vor mir und den unterbrochenen Kreis, den seine Flügel beschrieben. Heute verschafft uns ein Druck auf den Knopf die erwünschte Temperatur. Die Sonne scheint nach wie vor unbarmherzig herab, der alte Ventilator, der die Hitze vertreiben soll, hängt noch immer vor den Fenstern, sein Summen aber lebt nur noch in der Erinnerung als Symbol für den Versuch, Kühlung zu finden.

Meine Kinder werden diese Melodie nicht mehr hören, so wie ich den Klang der Pferdehufe in unserer Straße nicht mehr gehört habe. Meine Ohren waren bereits mehr auf die Auspuffgeräusche der Autos eingestellt. Später, als ich Piloten Richtung Himmel starten sah, lernte ich selbst fliegen. Ich fliege noch immer, nur die Melodie hat sich geändert. Das Donnern der Motoren mit offenem Auspuff und kreisenden Propellern, das ständige Brausen des Windes gegen die Schutzbrille des Piloten wurde durch das sanfte Vibrieren der Düsenmaschinen ersetzt; am Pilotensitz kann man das Sausen der Luft kaum mehr wahrnehmen.

So gibt es in unserem materiellen Leben ständige Veränderungen; ich glaube aber, daß sich dennoch die Sehnsucht des Menschen nach Freiheit nie ändern wird; er wird sie immer suchen und für sie in Zukunft genauso kämpfen, wie er es immer getan hat. Überdies meine ich, daß eine Veränderung nur um ihrer selbst willen – besonders wenn sie radikal sein soll und unerprobt ist – nicht unbedingt auch nützlich sein muß.

Eine gesunde konservative Philosophie soll und muß auch auf das Feld der auswärtigen Beziehungen ausgedehnt werden, ebenso wie sie in der Innenpolitik angewendet werden muß. Eine solche konservative Einstellung findet zumindest in den Lehren der Vergangenheit ihre Begründung. Es wäre falsch, modernes Verhalten mit Experimentieren zu verwechseln, mit Abwendung von der Vergangenheit, mit radikalem Internationalismus und Verachtung unserer Tradition. Sowohl in der Außenpolitik wie in allen anderen Bereichen unseres Lebens müssen die traditionellen Werte ihren Einfluß bewahren.

Aus solchen Gründen frage ich: „Warum nicht Sieg?" Früher einmal war unser traditionelles Kriegsziel der Sieg; und kann heute vielleicht irgend jemand daran zweifeln, daß wir uns im Krieg befinden? Bis vor nicht allzulanger Zeit waren wir stolz auf unsere Stärke und unsere militärische Kraft. Nun sieht es so aus, als ob wir uns dieserhalb schämen würden. Bis vor nicht allzulanger Zeit hat die ganze Welt auf uns als eine Führungsmacht aufgeblickt. Heute lauert man auf eilige Almosen und erwartet von uns unentschlossenes internationales Verhalten.

Ich verlange keine Rückkehr zur brutalen Machtpolitik des neunzehnten Jahrhunderts. Ich verlange nicht, daß wir Rußland den „heißen" Krieg erklären oder daß wir unsere Ohren vor den Rufen notleidender Völker verschließen. Ich bin gewillt, so modern zu sein wie jeder andere, solange man unter Modernismus nicht die Herabsetzung unserer traditionellen Werte versteht. Wenn aber der Begriff „modern" bedeutet, daß die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten den „Vereinten Nationen" übergeben werden soll, daß wir unser militärisches Potential abbauen, daß wir Rotchina in die Völkerfamilie aufnehmen, daß wir unsere Lebensmittel und technischen

Fertigkeiten den sogenannten Neutralisten ausliefern und dafür keinerlei Gegenleistung erhalten – wenn alles das so wäre, dann bin ich selbstverständlich nicht modern und will niemals dafür gelten.

Jetzt, wo dieses Manuskript in seiner amerikanischen Ausgabe in Druck geht, hat Oberstleutnant John Glenn durch seinen Weltraumflug unser Leben mit neuem Stolz und Patriotismus erfüllt. Wenn wir in diesem jungen Mann und seiner großartigen Leistung ein Symbol für Amerikas Zukunft sehen, dann dürfen wir hoffen, daß sich unsere Nation von ihrer Schwäche und den tragischen Fehlern der Vergangenheit lösen und die freie Welt zu bisher unerreichter Macht und Blüte führen wird.

Bei der Arbeit an diesem Buch muß ich der unschätzbaren Hilfe lebender und verstorbener Freunde gedenken, die zu meinen Ideen, Niederschriften und Reden beigetragen haben. Hier schließe ich meinen Onkel Morris ein, der mir den Weg Jeffersons erklärte; meine Mutter, die mich gelehrt hat, ein guter Republikaner zu werden; meinen lieben Freund Stephen Shadegg, der mit mir an einer Artikelserie gearbeitet hat; Brent Bozell, der mir bei meinem letzten Buch zur Hand gegangen ist; Bill Buckley, Bill Rickenbacker, Russel Kirk; Michael Bernstein vom Ausschuß für Arbeit und öffentliche Fürsorge, der während zehn Jahren mein lieber Freund und meine rechte Hand für gesetzgeberische Probleme gewesen ist, sein Assistent Ray Hurley und mein eigener Assistent Bill Seward. Ich muß noch die Arbeitsgruppe erwähnen, die mir im Plenum bei Debatten und im Ausschuß bei Befragungen zur Seite stand; meine derzeitigen und früheren administrativen Assistenten Henry Zipf, Charles Farrington, Dean Burch, Ted Kazy; Tony Smith, der mir Unterlagen zusammenstellt und für mich schreibt, meine Sekretärin Edna Coerver, die meine miserablen Aufzeichnungen

überträgt und grammatikalisch berichtigt; meine Mitarbeiter, ohne deren Hilfe nichts zustande käme und viele Freunde – zu zahlreich, um sie einzeln anzuführen. Unter ihnen muß ich aber doch noch Denison Kitchel, Rechtsanwalt in Phoenix, nennen, der mich in Rechtsfragen beim Conally-Amendment beraten hat und Dr. Gerhart Niemeyer von der Notre-Dame-Universität, dessen Ansichten über den kommunistischen Krieg für meine Untersuchungen von unschätzbarer Hilfe waren. Das waren nur einige von vielen, die mich mit den Krücken versahen, die ich so notwendig brauche. Es ist keineswegs ein Zeichen von Schwäche, wenn ich zugebe, daß ich diese Helfer benötigt habe. Der Kampf für den Konservatismus verlangt nach den Gedanken und den Bemühungen von vielen.

Überdies: ich habe alle Hände voll zu tun im Senat, bei der Arbeit für mein Land, meinen Staat und meine Partei. Ich kann nur wenig Zeit darauf verwenden, meine Prosa zu verbessern, so vergnüglich es auch wäre. Nur besondere und wenig beschäftigte Männer können das alles selbst erledigen. Meine Hausaufgabe freilich habe ich gemacht, die erste Niederschrift wurde auf dem norwegischen Frachtschiff M. S. Burrard der Fred-Olsen-Linie während einer Reise von San Francisco nach London zu Papier gebracht. Ich habe jeden Augenblick genossen.

Wenn ich das Ergebnis meiner Arbeit richtig bezeichnen will, so muß ich zugeben, daß ich von all jenen abhängig bin, die ich vorher erwähnt habe – Mitarbeiter oder gute Geister, bezeichnet sie, wie Ihr wollt. Sie sind in der Politik und beim Schreiben unentbehrlich geworden.

ERSTES KAPITEL

DIE KOMMUNISTISCHE WELTGEFAHR

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges atmeten die Amerikaner auf, feierten den Sieg und begannen eine erfolglose Suche nach Frieden. Der Krieg entschwand dem Bewußtsein; außer solchen Mitbürgern, denen liebe Angehörige nicht zurückkehrten oder die Narben des Krieges nach Hause brachten, hatten die Amerikaner keine bitteren Erfahrungen gemacht. Viele bekamen bessere Löhne; neue Heimstätten, neue Autos und ein höherer Lebensstandard waren jedermanns Teil.

Wieder einmal waren die Amerikaner aus einem Krieg zurückgekehrt, der an fernen Küsten, in anderen Ländern ausgefochten worden war, und wieder einmal hatten wir auf dem Schlachtfeld den Sieg davongetragen. Aber wieder einmal gingen diese Errungenschaften am grünen Verhandlungstisch verloren. Wir nahmen die Zeichen nicht wahr, die in Teheran, Jalta und Potsdam auf einen Dritten Weltkrieg hindeuteten und die schon vor dem letzten Akt des Zweiten Weltkrieges auf der Bühne sichtbar waren.

Bald erhielt dieser Zustand die Bezeichnung „kalter Krieg", ein Ausdruck, den wir akzeptierten, um einen Krieg ohne Waffen zu bezeichnen, einen Krieg, der gewissermaßen unser Leben nicht unmittelbar bedroht. Zuerst waren wir die einzigen, die durch das Geheimnis der Atombombe geschützt wurden, aber das dauerte nicht

mehr lange. Im früheren Wilden Westen gab es die Sechs-Schuß-Pistole, genannt „Equalizer" (Anm. d. Übers.: „Ausgleicher"): sie machte alle Männer gleich groß und gleich stark. Die Atombombe und ihr Sprößling, die Wasserstoff-Bombe, wurden zur Sechs-Schuß-Pistole der heutigen Welt.

Unsere Rüstungsausgaben sind geradeso hoch wie im Zweiten Weltkrieg. Dennoch gibt es viele Amerikaner, die heute noch nicht verstehen, daß wir es seit fast zwei Jahrzehnten mit einem Gegner zu tun haben, der sich immer zu dem Ziel bekannt hat, uns und alle freiheitsliebenden Völker zu vernichten. Als Volk benehmen wir uns wie ein Mann, der den Verdacht hegt, krebskrank zu sein und den Besuch bei seinem Arzt scheut, aus Angst, daß sich seine Befürchtung bewahrheitet. Man kann sich heutzutage mit Amerikanern – einzeln oder in Gruppen – kaum unterhalten, ohne ihre Besorgnis gegenüber dem Tagesgeschehen zu bemerken. Gleichzeitig fühlt man aber, daß sie der Wahrheit nicht ins Auge blicken wollen. Wir alle sehen die Symptome des Übels, wollen aber mit der Krankheit selbst nichts zu tun haben. Die Krankheit heißt Kommunismus, ein Krebsgeschwür, das über die ganze Welt verbreitet ist und dessen Anzeichen auch innerhalb unserer eigenen Grenzen sichtbar werden.

Zweifellos befinden wir uns heute im Kriegszustand; es ist kein kalter Krieg, sondern ein wirklicher – wir können ihn einen kommunistischen Krieg nennen – ein Krieg, der tödlicher ist als irgendein Krieg, den wir in der Vergangenheit führen mußten. Man kann sagen, daß wir uns bereits in einer Phase des Dritten Weltkrieges befinden; wenn wir ihn verlieren sollten, würde dies das Ende jener Freiheit bedeuten, wie wir sie derzeit kennen. Diesen Krieg aber müssen wir nicht verlieren, weder hier noch irgendwo in der Welt; ich hoffe, daß die Anregun-

gen, die ich im begrenzten Rahmen dieses Buches gebe, dazu beitragen, den Weg zum Sieg zu bezeichnen. Der Schlüssel des ganzen Problems ist der Sieg; die einzige Alternative dazu heißt offenkundig – Niederlage. Als Volk müssen wir damit beginnen, durch unsere Regierung den Kommunisten mitzuteilen, daß wir den Sieg für unser Schicksal halten und daß wir alles daransetzen werden, um ihn zu erringen. Nachdem wir diese längst überfällige Entscheidung gefällt haben, können wir unser Vorgehen als Nation darauf einstellen, dieses Ziel zu erreichen.

Der erste Schritt eines kämpfenden militärischen Führers ist die Einschätzung der Lage, der Natur seines Gegners. Hinsichtlich des kommunistischen Krieges sollte diese Kenntnis Allgemeingut der Amerikaner jeglicher Altersstufe werden. Sie sollte in allen Schulen gelehrt, in allen Kirchen und an allen Orten besprochen werden, wo sich Menschen treffen; sie sollte in jedem Militärverein das ständige Hauptthema bilden, ebenso in den Frauenvereinen und bei den Zusammenkünften der Wirtschaftsorganisationen. Heutzutage muß jeder Amerikaner seinen Feind ebenso kennen, wie er mit der Geschichte seines Landes und der Stärke seines staatlichen, sozialen und Wirtschaftssystems vertraut ist. Wir sollten diese unsere Kraft unseren Mitbürgern dauernd vor Augen führen und überdies auch unseren Freunden und Kritikern in fremden Ländern. Wenn der Kommunismus Schritt für Schritt mit dem Weg eines freien Volkes verglichen wird, kann er nicht gewinnen.

Lange Zeit hindurch haben wir unsere Augen vor der nackten Wahrheit des Kommunismus verschlossen. Nach Stalins Tod haben wir uns Illusionen gemacht, genährt von Menschen, die sich eine Entspannung versprachen. Im Juli 1955 beim Gipfeltreffen in Genf sah sich eine so

weise und welterfahrene Persönlichkeit wie Präsident Eisenhower zu der Feststellung veranlaßt, daß „ein neuer Tag angebrochen ist und daß sich die internationalen Beziehungen gebessert haben“. In Wirklichkeit aber sind unsere Ziele und die der Kommunisten nach wie vor unvereinbar.

Im Jahre 1961 erklärte Charles Nutter, Mitglied des „International House“ in New Orleans vor der „English Speaking Union“ in Kansas City unmißverständlich, was Kommunismus wirklich bedeutet:

> „Der Kommunismus ist eine internationale Verschwörung, die in der Welt die Sklaverei wieder eingeführt hat. ...
>
> Sie hat eine Milliarde Menschen gegen ihren Willen gefangen, versklavt und der Ausbeutung zugeführt; sie plant, sich die restlichen zwei Milliarden der Erdbevölkerung auch noch zu unterwerfen.
>
> Sie hat Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenrechte und Menschenwürde vernichtet, wo immer sie konnte.
>
> Sie hat immer und fortwährend sich in die inneren Angelegenheiten der freien Welt eingemischt.
>
> Sie hat Täuschung, Unehrlichkeit, Zerstörung, Tod und Katastrophen zu Mitteln der internationalen Politik gemacht.
>
> Sie hat die althergebrachte Unverletzlichkeit internationaler Verträge zerstört, wenn sie ihren Zwecken zuwiderliefen.
>
> Sie hat den kommunistischen Imperialismus über die ganze Welt verbreitet durch Heranbildung von Millionen von Helfershelfern der roten Weltherrschaft.
>
> Nach den Ideen von Karl Marx hat sie den Menschen zum Produktions-Tier degradiert.
>
> Sie hat den Kommunismus zur größten Bedrohung und zum Feind des Friedens in der Welt gemacht, trotz doppelzüngiger Beteuerungen von Friedensliebe und Sorge um die menschliche Wohlfahrt.
>
> Sie hat mindestens hundert Millionen Menschenleben durch Hunger, Mord und auf andere Weise ausgelöscht,

um falsche wirtschaftliche und politische Doktrine durchzusetzen, die dem Menschen zuwider sind.

Sie versucht der Religion entgegenzuwirken und sie zu zerstören und den Gottesglauben in der ganzen Welt zu vernichten.

Der Kommunismus zerstörte die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit der Presse, das Recht der freien Wahl, das Recht auf Eigentum und das Recht, den Arbeitsplatz frei zu wählen und sich in Gewerkschaften zu organisieren, das Recht auf freie Versammlungen, das Recht zu protestieren und das Recht auf Änderung der Regierung. Darüber hinaus vernichtete er das Recht der Bürger, ihren Willen frei kundzutun. Er vernichtete die akademische Freiheit und das Recht, in Freiheit zu leben.

Schließlich vernichtete der Kommunismus die traditionelle Ehrauffassung in den von ihm kontrollierten Teilen der Welt und ersetzte sie in nationalen wie internationalen Belangen durch Unehrlichkeit."

Das sind klare und feststehende Wahrheiten über unseren Gegner. Trotzdem gibt es noch immer Menschen, die uns einreden wollen, daß wir mit dieser Weltanschauung „koexistieren" können. Sie bilden den festen Kern des inneren Feindes, sie können und wollen die echte Bedrohung nicht erkennen, was auch immer sie für Gründe haben mögen. Im Januar 1961 wurde in einem neuen kommunistischen Manifest erklärt, daß

„die friedliche Koexistenz von Staaten nicht den Verzicht auf den Klassenkampf bedeutet. Der Friede ist der treue Verbündete des Sozialismus, da die Zeit für ihn und gegen den Kapitalismus arbeitet. Die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet die Mobilisierung der Massen und den Beginn von gezielten Aktionen gegen die Feinde des Friedens."

Der Feind des Friedens aber ist in Wirklichkeit der Kommunismus; die Kommunisten machen daraus kein

Geheimnis. Aber trotz der klaren Absichten unseres Feindes, trotz seiner bekannten Erfolge im Zeitgewinnen werden wir am Sieg gehindert von Leuten, die ihren Kopf in den Sand von gestern stecken und die Erkenntnis ablehnen, daß sich zwar die Grundprinzipien des Krieges nicht geändert haben, unser Gegner aber Frieden als Krieg und Krieg als Frieden ansieht.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Verminderung der Spannungen ausgeschlossen. Der Grund liegt darin, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine völlig verschiedene Grundkonzeption hinsichtlich der Natur des Menschen vertreten. Unsere Anschauungen wenden sich ewig gültigen Werten zu – wir glauben an Wahrheit und Ehrenhaftigkeit und Gerechtigkeit und an Freiheit und Menschenwürde. Die Doktrinen der Russen dagegen beinhalten nach Stalins Worten „die Zerstörung der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. ... Der einzelne Mensch ist bedeutungslos, ausgenommen, wenn er dem Staate nützlich ist. ... Der Zweck rechtfertigt alle Mittel. Der Einzelne hat keine Rechte. Der Einzelne ist nur eine Nummer. Nach demokratischer Anschauung ist jeder Mensch ein souveränes Wesen. Das ist die Illusion, der Traum und die Forderung des Christentums."

Vor vierzig Jahren plante eine Handvoll Kommunisten die Zerstörung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen der freien Welt. Gegenwärtig kommandieren die kommunistischen Herren eine Milliarde Menschen – ein Drittel der Erdbevölkerung.

Im Interesse unserer weiteren Existenz müssen wir sowohl als Einzelwesen wie als Nation wissen, daß jede Erklärung der Kommunisten, jede Tat, jeder Angriff auf irgendein Land, jede Vorherrschaft in irgendeiner Regierung nichts anderes ist als ein Schritt auf dem weiten Weg zur Beherrschung der Vereinigten Staaten. Die Vereinig-

ten Staaten mit ihrer freien republikanischen Verfassung und ihrer freien Wirtschaft sind das letzte Hindernis, das der Kommunismus überwinden muß, bevor er sein Endziel – die absolute Weltherrschaft – erreichen kann.

Die gesamten militärischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten der kommunistischen Welt gelten unserer Zerstörung. Nur weil Chrustschow seinen chinesischen Gegenspielern gesagt haben soll, daß ein militärischer Angriff auf die Vereinigten Staaten überflüssig wird, weil der Kommunismus überall in der Welt ohne Krieg an Boden gewinnt, wird er nicht weniger gefährlich.

Ein Gegner, der seine Herrschaft über andere Völker und andere Gebiete durch Krieg, Revolution, Verrat und Umsturz stetig erweitert, darf von denkenden Amerikanern nicht länger ignoriert werden. Trotzdem gehen wir ruhig unserer Tagesarbeit nach, wir sind hilfsbereite Nachbarn, sorgen für unsere Familien, besuchen den Gottesdienst und lehnen es hartnäckig ab, die immense Verschwörung zur Kenntnis zu nehmen, die zu unserer Vernichtung aufgebaut wurde.

Ein Konflikt, der uns in den letzten zehn Jahren mehr als fünfhundert Milliarden Dollar gekostet hat, kann kaum zu den normalen internationalen Problemen gerechnet werden!

Und da die Amerikaner sich aufrichtig nach Frieden sehnen und keine selbstsüchtigen Absichten zur Beherrschung der übrigen Welt hegen, klammern wir uns selbst jetzt noch hoffnungsvoll an alle die unrealistischen Ideen, die besagen, daß die Feindschaft gegen uns irgendwie durch Kaufen oder Nachgeben vermindert werden könne.

In den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg gab es sporadische Ausbrüche kommunistischer Aktivität und Aggression wie in Berlin, Polen, Korea, Ungarn, Libanon, Kuba

und Laos. Das amerikanische Volk reagierte sofort, aber ohne Ausdauer. Wir haben die wirkliche Bedeutung dieser Ereignisse nicht begriffen und sie auch nicht als Modellfälle erkannt; wir haben das eine wie das andere als unerklärliches Vorgehen des unerklärlichen Kommunismus abgetan und haben uns wieder unseren Tagesproblemen zugewendet.

Laßt uns das Ergebnis betrachten: Ist der Einfluß der Sowjets in der Welt größer oder kleiner als 1945? Ist der Einfluß des Westens stärker oder geringer als früher?

In Beantwortung dieser Fragen müssen wir zahlreichere Faktoren in Betracht ziehen als nur den militärischen Aspekt: ob nämlich kommunistische Truppen Gebiete betreten haben, die früher von ihnen nicht besetzt waren, und ob geschulte Agenten der Kominform Regierungen kontrollieren, aus denen sie früher ausgeschlossen waren. Der Erfolg des Krieges der Kommunisten gegen den Westen hängt heutzutage nicht allein von solchen augenscheinlichen und endgültigen Eroberungen ab. Kommunistischer Erfolg kann sich bereits einfach in der Verdrängung des westlichen Einflusses ausdrücken.

Die Sowjets verstehen etwas, von dem wir keine Ahnung haben: der erste Schritt, um ein Land kommunistisch zu machen, besteht darin, es vom Westen zu trennen. Das heißt, der typische erste Schritt zur kommunistischen Machtübernahme ist die Neutralisierung eines Landes (die realistischen Russen dagegen erlauben es niemals, daß die an ihren Grenzen gelegenen Satellitenländer neutral bleiben dürfen). Doch Sprecher der freien Welt verkünden heute, daß wir von neu entstehenden Nationen nur „Neutralität“ verlangen sollten.

Den zweiten Schritt der kommunistischen Machtübernahme bildet die Klassifizierung des Begriffes „neutral“, während das Land selbst sich zunehmend der Sowjet-

sphäre anpaßt. Es ist möglich, daß dieser Prozeß hier zunächst zum Stillstand kommt. Zum Beispiel ist nicht die Isolierung und Eroberung etwa von Ghana das Ziel des Kreml, man strebt vielmehr nach den Vereinigten Staaten; und zur Verwirklichung dieses Zieles tragen solche Länder sehr wirksam bei, die sich hinter „neutraler" Maske tarnen, aber in Wirklichkeit abhängige Helfer des sowjetischen Außenministeriums sind. Diesem ist es gleichgültig, ob N'krumah ein disziplinierter Kommunist ist, solange nur seine Politik und seine Intrigen das sowjetische Vordringen in Afrika beschleunigen. Die Liste der neuesten sowjetischen Erfolge ist für uns nicht sehr ermutigend:

Vor Jahren stand Französisch-Indochina an der Seite des Westens, obwohl es sich in Gärung befand. Heutzutage ist Nordvietnam ganz offen kommunistisch; Laos schwankt zwischen Kommunismus und prokommunistischem Neutralismus; praktisch ist Kambodscha heute neutralistisch.

Die Republik Indonesien war in ihrem Anfangsstadium dem Westen zugeneigt. Heute ist die Regierung Soekarno stark von erklärten Kommunisten durchsetzt und ist trotz allen neutralistischen Gehabens ein verläßlicher Verbündeter der sowjetischen Politik. Ceylon gab seine westliche Orientierung auf und wandte sich einem Neutralismus zu, der in offener Gegnerschaft zum Westen steht.

Noch vor kurzer Zeit stand der Vordere Orient – Irak, Syrien und Ägypten – im westlichen Lager. Heute sind die Regierungen Nassers und Kassems (Anm. des Übersetzers: inzwischen gestürzt) prominente Gegner des Westens, außerdem sind sie militärisch weitgehend von sowjetischen Waffenlieferungen und Beratern abhängig. In den meisten Fällen folgen sie der Außenpolitik des Kreml.

Vor einigen Jahren befand sich ganz Afrika im westlichen Lager. Im Kampf zwischen der kommunistischen und der freien Welt stand diese große Landmasse unter

dem Einfluß und der Herrschaft des Westens. Heute entfernt sich Afrika unter heftigen Zuckungen vom Westen und es hat den Anschein, daß es ins sowjetische Lager abschwenkt.

Lateinamerika war einst so sicher für den Westen wie Nebraska für die Republikaner. Heute ist es reif zur Ernte.

Kuba, das nur 150 Kilometer von unserer Küste entfernt ist, wurde zum sowjetischen Brückenkopf – ein Zustand, dem wir scheinbar machtlos gegenüberstehen. Der Triumph Castros bedeutet eine kräftige Adrenalininjektion für den schleichenden Antiamerikanismus überall südlich von uns. Er gleicht einem Gespenst, das durch ganz Mittel- und Südamerika geistert. Und in all diesen Ländern – mit Ausnahme der Dominikanischen Republik, die wir vor kurzem zu Grabe getragen haben – hindert der Castroismus oder Antiamerikanismus die dortigen Regierungen, sich eindeutig für Nordamerika zu erklären. Nur in Europa haben sich unsere Positionen gehalten – aber auch hier nur an der Oberfläche. Die Strömung des Neutralismus ist stark, vor allem in England, aber auch in Deutschland.

Es ist deutlich und betrüblich sichtbar, daß der sowjetische Einfluß größer und viel gefährlicher ist als im Jahre 1945. Ebenso entmutigend ist die Kehrseite der Medaille: Ansehen und Einfluß des Westens sind geringer geworden — das Ergebnis unserer schwankenden Politik und des entschlossen auf ein Ziel ausgerichteten Vorgehens des Weltkommunismus.

Die Ursachen des heutigen Erfolgs der Kommunisten sind ihre Fähigkeit, „großzügig" zu denken, und ihr draufgängerisches Vorgehen, das darauf ausgeht, riesige Flächen unserer Erde zu beherrschen; dazu kommt noch ihre vorbehaltlose Hingabe an ihre Ziele.

Die Kommunisten betrachten den Krieg nicht als eine kalte oder heiße Angelegenheit. Der Konflikt bedeutet für

sie ein fortwährendes Spiel vor oder hinter den Kulissen, auf dem Schlachtfeld, am Konferenztisch.

Wir müssen uns bewußt sein, daß der politische Kampf der Kommunisten mit Hinterlist und nach einem genauen Plan geführt wird. Sie trachten, die Macht des Westens an jenen Fronten zu unterminieren, an denen die westlichen Kernwaffen wenig Wert haben – in unwichtigen Geplänkeln, Straßenkrawallen, in den Parlamenten, in heimlichen Zusammenkünften von Verschwörern, in den „Vereinten Nationen“, an der Propagandafront und in diplomatischen Konferenzen, wobei sie die obersten Instanzen bevorzugen.

Im Jahre 1961 wurde der Meldung der Russen, daß sie einen Mann in den Weltraum entsendet und ihn gesund wieder auf die Erde zurückgebracht hatten, große Wichtigkeit beigemessen. Unsere Wissenschaftler äußerten sich beifällig über diese Leistung, die sie als einen Schritt vorwärts betrachteten; er sollte dazu beitragen, die Geheimnisse des Weltalls zu entschleiern. Für die Russen handelte es sich aber nicht um einen wissenschaftlichen Versuch: für sie war es eine Kriegshandlung, ein berechnetes Vorgehen, um militärische Vorteile zu erzielen.

Jede Lebensmittelsendung der Russen in fremde Länder, jeder russische Techniker, der ins Ausland geschickt wird, jeder Kulturaustausch, jede internationale Konferenz ist ein wesentlicher Bestandteil der geplanten Strategie des Kommunismus.

Derzeit zieht Rußland keinen bewaffneten Konflikt in Betracht, aber Chrustschow hat die Möglichkeit eines Kampfes nie aus den Augen verloren, um das Endziel zu erreichen. Die freie Welt, die dem Grauen vor dem Kampf mit nuklearen Waffen viel mehr zugänglich ist und die der Wirklichkeit nicht in die Augen blicken will, glaubt immer, alles andere wäre besser als der Krieg. Dies ist sicherlich einer der Gründe, daß die freie Welt in den letzten andert-

halb Jahrzehnten eine Niederlage nach der anderen erlitten hat. Ich bin einer von jenen, die die Meinung vertreten, es sei nicht nötig, den Kommunismus mit Waffengewalt zu vernichten. Ich bin aber überzeugt, daß wir mit dem Feuer spielen, wenn wir bei jeder neuen kommunistischen Drohung gleich im voraus die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts außer Betracht setzen.

Jede kommunistische Aktivität, mag sie nun militärischer oder politischer Natur sein, bezweckt letzten Endes die Weltherrschaft. Um das gesamte russische Vorgehen zu verstehen, muß man nur die Randbemerkungen Lenins noch einmal lesen, die er zu Clausewitz' Werk „Vom Krieg" machte; Clausewitz schrieb:

> „Wenn der Krieg zur Politik gehört, so übernimmt er deren Charakter. Wenn die Politik sich groß und kraftvoll äußert, wird der Krieg ihr gleichen. Die Politik kann an einem Punkt anlangen wo der Krieg zur Tatsache wird.
>
> Nur auf Grund dieser Ansichten können wir begreifen, daß der Krieg Einigkeit hervorbringt; nur dieser Standpunkt ermöglicht uns die Einsicht, auf welche Art große Pläne erdacht und durchgeführt werden.
>
> In unserem Leben ist es das wichtigste, den richtigen Standpunkt zu finden, von dem aus alle Dinge betrachtet und beurteilt werden können und dann an diesem Standpunkt auch festzuhalten. Nur wenn wir bei der einmal gefaßten Meinung bleiben, können wir Irrwege vermeiden."

Das sind sehr markante Sätze aus einem äußerst bemerkenswerten Buch. Wir wissen, daß diese Feststellungen auf Lenin einen tiefen Eindruck gemacht haben und daß diese Gedankengänge zur Richtschnur für die kommunistischen Pläne wurden. Clausewitz sah den Krieg in seiner „absoluten" Form. Die Kommunisten haben diese Anschauung zu einer meisterhaften Strategie entwickelt, in

der jeder Schritt sorgfältig überlegt wird, um das einzige Ziel des Endsieges sicherzustellen: Die Weltherrschaft. Die Zeit selbst spielt dabei keine Rolle.

Da die Zeit für die Kommunisten keine Rolle spielt, ist es für sie unwichtig, ob der Sieg in diesem oder im nächsten Jahr erreicht wird. Ihr Plan verlangt nicht, daß jeder Schritt sofort Erfolg bringt. Sie sind bereit, kleine Niederlagen einzustecken, wenn sie trotzdem ihrem Hauptziel näherkommen.

Wenn man das russische Vorgehen der letzten vierzig Jahre betrachtet, erkennt man dieses Leitmotiv. Die Hauptmerkmale ihres Vorgehens sind:

1. Vergrößerung ihres Territoriums, bis sie schließlich durch ihre Landmasse zur absoluten Weltmacht werden, und

2. Übertragung der kommunistischen Weltanschauung auf die Regierungen und das Wirtschaftsleben jener Gebiete.

Beide Merkmale sind untrennbar miteinander verknüpft; das eine bedingt das andere. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren neue militärische Eroberungen nicht notwendig. Infiltration und Korruption zahlreicher Regierungen ermöglichten einen Erfolg, wie er in der Vergangenheit nur durch militärische Interventionen vorstellbar war.

Die westliche Welt hat jedoch in den gleichen vierzig Jahren weder das Wesen, noch den Fortschritt dieses unaufhörlichen Konflikts erkannt. In den wenigen Einzelfällen, in denen der Westen seine Macht aufgeboten hat, konnten wir einen sofortigen Sieg der Kommunisten verhindern. Das hat sie wenig gestört, da ihnen bei hartnäckigem Festhalten an ihrem Standpunkt eine zeitweise Niederlage nicht viel bedeutet.

Bis 1950 hat Amerika keinen ernsten Krieg verloren. In den letzten zehn Jahren aber haben wir wiederholte Niederlagen erlitten, nicht aus Schwäche oder mangelnder

Fähigkeit; es fehlte auch nicht der Wille, dem kommunistischen Vorgehen zu widerstehen. Wir haben aber die wahre Natur des kommunistischen Vorgehens nicht richtig eingeschätzt.

Wir sind noch immer reich, wir haben den Mut, die technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel, um unsere Freiheit zu verteidigen. Der Sieg der Freiheit aber ist unmöglich, solange die Männer und Frauen unseres freien Landes von unserer Regierung nicht verlangen, daß sie das Vorgehen des Gegners mit den gleichen Mitteln bekämpft.

Bomben und Raketen werden den Kommunismus nicht vernichten. Nur bessere Ideen können die schlechteren verdrängen; in der endlosen Wiederholung gleicher Gedankengänge tun sich die Kommunisten hervor. Wir sind daher gezwungen, ebenso vorzugehen, wie es die Kommunisten bisher getan haben, das heißt, wir müssen der Welt mitteilen, daß wir kein weiteres Zurückweichen mehr akzeptieren so wie es die Kommunisten schon längst tun; wir glauben an unser Recht und wenn es notwendig ist, sind wir bereit, für die Verteidigung der Freiheit zu kämpfen und zu sterben. Wenn wir das erkennen, müssen wir auch entsprechend handeln und in planmäßiger Strategie das Vordringen der kommunistischen Gedankengänge aufhalten, indem wir ihnen die bessere Idee der freien Menschheit entgegenstellen.

Ich trete dafür ein, daß wir das Vorgehen unseres Gegners einer Analyse unterziehen und es nachahmen; sein Vorgehen war erfolgreich, unseres aber nicht. Indem wir seine Erfolge erkennen, müssen wir auch die Möglichkeit eines Krieges in Betracht ziehen, soweit er mit unserer nationalen Politik oder ihren Zielen in Beziehung steht. Solange wir hier nicht den richtigen Standpunkt einnehmen, werden wir zaghaft auf dem seit vierzig Jahren beschrittenen Weg weiterwandern und können trotzdem in einen grauenvol-

len Krieg verwickelt werden. Indem wir uns als Nation ein Ziel setzen (und ich bin überzeugt, daß es nur der Sieg über den Kommunismus sein kann; wenn wir die Sicherheit und Unverletzlichkeit Amerikas und auch der Welt verteidigen wollen, gibt es nur noch diesen einzigen Weg), müssen wir eine umfassende Strategie entwickeln, um es zu erreichen. Wenn auch Krieg das letzte der Mittel ist, die zur Erreichung dieses nationalen Ziels in Frage kommen, so muß er nichtsdestoweniger in Betracht gezogen werden.

Wir müssen uns auf einen *Wirtschaftskrieg* einrichten, für den wir sehr gut gerüstet sind, wenn wir nicht unsere wirtschaftliche Stärke durch Vernichtung unseres kapitalistischen Systems verzetteln.

Wir müssen die Technik unserer *politischen Kriegführung* verbessern; das ist leicht zu erreichen, wenn wir uns auf das Hauptziel konzentrieren und wenn wir uns von den Kommunisten nicht in alle kleinen Winkel der Welt hineinziehen lassen.

Eine der notwendigsten und nächstliegenden Verbesserungen, die wir dringend brauchen, liegt auf dem Gebiet der psychologischen Kriegführung. Auf diesem Gebiet müßten wir überragend sein. Wir haben eine phänomenale Begabung, in der ganzen Welt materielle Werte zu verkaufen; mit der Verbreitung amerikanischer Ideale waren wir nicht so erfolgreich. Kein vernünftiger Mensch kann der Meinung sein, daß der Kommunismus Freiheit gebracht hat oder daß der Sozialismus bei jenen Völkern den Lebensstandard gehoben hat, die unter seinem Bürokratismus leben. Ebenso muß man sich darüber klar sein, daß wir in Amerika durch unsere Einrichtungen einen Gipfel der persönlichen Freiheit erreicht und daß unsere materiellen Güter uns den höchsten Lebensstandard ermöglicht haben. Es gehört in das Gebiet der psycholo-

gischen Kriegführung, herauszufinden, wie wir die größten und schnellsten Erfolge erzielen können; unser ganzes Interesse sollte sich diesem Problem zuwenden.

Mit dem Gedanken an Clausewitz' Satz, daß wir von einem gesteckten Ziel nicht abweichen dürfen, sobald es festgesetzt wurde, müssen wir Arbeitsgruppen in den verschiedenen Bereichen unserer Verwaltung einführen, deren Aufgabe es sein wird, diese Planung durchzuführen. Das State Department und alle nachgeordneten Stellen müssen mit den Militärs, der Exekutive und dem Kongreß zusammenwirken; die Bemühungen um unser gemeinsames Ziel müssen koordiniert werden. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, daß die eine Hand nicht weiß, was die andere tut und daß irgendeine Abteilung einen Weg marschiert, der nicht zum Ziele führt. Denn unser Ziel heißt: der Sieg.

Der gegenwärtige Krieg ist ein Krieg, er ist kein kalter Krieg, sondern ein kommunistischer Krieg, und wir müssen ihn gewinnen!

ZWEITES KAPITEL

DIE MACHT AMERIKAS – RICHTIG UND FALSCH ANGEWANDT

Wenn die amerikanische Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt einen Stempel trug, so lautete er: Inkonsequenz. Energisch kletterten wir zum Gipfel der Macht empor, wurden dann kleinmütig und kamen schließlich soweit, daß wir den Abhang wieder hinunterschlitterten. Auf unsere Macht gestützt, bekräftigten wir mit ehernen Worten unsere Ziele, scheuten aber davor zurück, den Worten mit dieser gleichen Macht das entsprechende Gewicht zu verleihen. Nur wenn wir Worte und Taten in Einklang brachten, hatten wir Erfolg.

Wir durften den der größten Macht der Welt zukommenden Respekt erwarten, aber wir mußten erkennen, daß er infolge von Schwäche, Unentschlossenheit, Skepsis und Verwirrung – sie bestimmten unsere Handlungen –, rasch dahinschwand. Auch dort, wo die Ziele unserer Außenpolitik klar vor aller Augen standen, läßt sich nicht behaupten, daß wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg konsequent angesteuert hätten. Mit den entschlossenen Kommunisten lebten wir in einer beinahe unaufhörlichen Spannung; sie haben ihre einmal festgesetzten Ziele niemals in Zweifel gezogen. Wir starrten auf sie wie auf das Haupt einer Kobra, sie aber inszenierten Umstürze und Verrat und nützten jede Gelegenheit für ihre Zwecke aus, während uns die Furcht immer mehr verwirrte.

Wenn wir entschlossen sind, den Kommunismus aufzuhalten und seine destruktiven Ideen durch unsere Ideale der Freiheit und des Gemeinnutzes zu ersetzen, erhebt sich die Frage, welchen Kurs wir einschlagen sollen.

Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, muß ich im Hinblick auf unsere Ziele als Nation einige Punkte umreißen. Ich setze nicht voraus, daß ich nur Zustimmung finde. Trotzdem möchte ich betonen, daß ich sie für gültig halte; sie bilden den Hintergrund meiner Ausführungen.

Punkt 1: Das unverrückbare Ziel der amerikanischen Politik muß es sein, Sicherheit und Unverletzlichkeit der Amerikaner zu schützen, um dadurch zu einer Welt beizutragen, in der das größtmögliche Maß von Freiheit und Gerechtigkeit und Frieden und Wohlstand herrscht. Ich sage absichtlich „das größtmögliche Maß"; jeder, der glaubt, daß dieses Ziel allgemein und vollständig erreicht werden kann, muß immer mit der eigenen Unzulänglichkeit und mit der seiner Mitmenschen rechnen.

Punkt 2: Das Erreichen des größtmöglichen Maßes an Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand ist unmöglich, ohne vorher den Weltkommunismus zu besiegen. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens, sowohl in der Ideologie wie in der Praxis steht der Kommunismus diesem Ziel diametral gegenüber; zweitens, die Kommunisten haben den Willen und, solange ihre Macht nicht abbröckelt, auch die Möglichkeit, sich unserem Ziel in den Weg zu stellen. Darüber hinaus schwindet die Freude am Einsatz für unsere Ziele überall, die Möglichkeiten, verlorene Positionen wieder zu erlangen, verringern sich und gehen schließlich absolut, tragisch und unwiderruflich unter.

Punkt 3: Daraus ergibt sich, daß der Sieg über den Kommunismus als Nahziel die amerikanische Politik beherrschen muß. Als Nahziel deshalb, weil entferntere, mehr „positive" Ziele neben dem Sieg über den Kom-

munismus ihre Bedeutung verlieren. Sieg bedeutet hier, daß jedes andere Ziel, wie bedeutungsvoll es auch immer sein mag, von ihm abhängig ist und zur Erreichung des Hauptzieles beitragen muß.

Der Friede ist ein hohes Anliegen, wenn wir aber zwischen ihm und dem Fernhalten der Kommunisten von West-Berlin zu wählen haben, müssen wir kämpfen.

Die Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung ist ein hohes Ziel, wenn aber die Selbstbestimmung für die algerischen Rebellen zur Folge hat, daß Algerien dem chinesisch-sowjetischen Machtbereich eingegliedert wird, muß die algerische Freiheit zurückgestellt werden.

Gleichberechtigung ist ein hohes Ziel, wenn aber die Gleichberechtigung der Bantus zur Folge hat, daß die Südafrikanische Union aus dem westlichen Lager gedrängt wird, muß man den Bantus klarmachen, daß sie ihre Personalausweise noch etwas länger mit sich herumtragen müssen.

Wohlstand ist ein hohes Ziel, wenn aber der höhere Lebensstandard auf Kosten der Produktion von Waffen geht, die allein es ermöglichen, einer kommunistischen Aggression entgegenzutreten, dann müssen materielle Opfer gebracht und Abstriche gemacht werden.

Vielleicht können wir alle die bezeichneten Ziele anstreben und zugleich eine Politik betreiben, die zur Vernichtung des Kommunismus führt; aber wenn Konflikte entstehen, müssen sie immer im Sinne der Schaffung einer erträglichen Welt gelöst werden, in der es keine sowjetkommunistische Macht gibt. Das ist hier entscheidend.

Hier stellt sich die Frage, ob wir unserer Aufgabe – der Vernichtung des Kommunismus – gerecht werden können und wie wir unsere Mittel einsetzen sollen. Dies führt geradlinig zum Problem der Macht und zur Frage, wie eine Nation ihre Macht verwendet.

Hier liegt das Schlüsselproblem der internationalen Beziehungen: das war immer so und wird immer so bleiben.

Hier liegt die entscheidende Ursache der Schwierigkeiten, denen wir uns derzeit gegenübersehen.

Hier versagten die amerikanischen Politiker, da sie, seit wir 1945 die Führung der freien Welt übernahmen, es verabsäumten, sich mit diesem Machtproblem ernsthaft und realistisch auseinanderzusetzen.

Im Wahlkampf um die Präsidentschaft im Jahre 1960 erhoben Mr. Kennedy und auch andere den Vorwurf, daß Amerika Gefahr liefe, eine zweitrangige Militärmacht zu werden oder es vielleicht schon sei. Ein Vergleich der gesamten amerikanischen Streitkräfte mit den gesamten sowjetischen Streitkräften offenbart, daß die Vereinigten Staaten mit bereits vorhandenen wie in Entwicklung begriffenen Waffen nicht nur überragend gerüstet sind, sondern sogar so überragend, daß dieser Vorteil auch in absehbarer Zukunft ein Grundelement der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets zu bleiben verspricht.

Schon oft suchte ich nach einer anschaulichen Darstellung, mit der unser Übergewicht all jenen Amerikanern vor Augen geführt werden kann, die von Zweifel und bösen Ahnungen gequält werden: Jameson Campaigne hat in seinem „American Might and Soviet Myth" („Amerikanische Macht und sowjetischer Mythos") besonders klare Worte gefunden. Nehmen wir an, schrieb Mr. Campaigne, die Stellungen würden vertauscht und wir befänden uns in der Lage der Sowjets: „Es wären mehr als zweitausend sowjetische Jagdflugzeuge, alle besser bewaffnet als die unseren, auf 250 Stützpunkten in Mexiko und der Karibischen See stationiert. Übermächtige russische Seestreitkräfte würden sich ständig einige hundert Meilen vor unserer Küste aufhalten. Die halbe Be-

völkerung der Vereinigten Staaten müßte in der Landwirtschaft arbeiten, nur um die Ernährung aller Mitbürger sicherzustellen." Hier muß man noch hinzufügen, daß bei allen unseren Nachbarn Unruhe herrschen würde, da dort unterdrückte Völker bereit wären, sich bei der ersten passenden Gelegenheit gegen uns zu wenden. Nicht zu vergessen auch ein vergleichsweise primitiver Industrieplan, der unsere Kapazität lenkt, um neben der sowjetischen bestehen zu können.

Wenn wir die Lage so betrachten, können wir uns die quälenden Sorgen Chrustschows vorstellen, oder besser gesagt, die Sorgen, die er sich machen *müßte*, wenn der Westen seinen Vorteil nützen wollte.

Als besonders markant wollen wir uns ins Gedächtnis rufen, daß Chrustschow vor einigen Jahren seinem eigenen Volk und den Völkern des Ostblockes erklärt hatte, niemand könne ohne Erlaubnis die Grenzen Rußlands überschreiten. Eines Tages aber war eines unserer Flugzeuge, die U-2, gezwungen, in Rußland notzulanden und Chrustschow mußte die Tatsache zugeben, daß vier Jahre lang amerikanische Piloten nach Belieben in 20–25000 Meter Höhe verhältnismäßig langsam das Herzstück Rußlands überflogen und dabei russische Landstriche und militärische Einrichtungen photographiert hatten. Den Russen fehlte die Macht, uns entgegenzutreten. Sie fehlt ihnen noch immer.

Die Machthaber des Kreml seien dazu ausersehen, die Welt zu beherrschen. Das behaupten sie seit vierzig Jahren. Wenn aber der Kreml irgendwann in den letzten fünfzehn Jahren zur Überzeugung gekommen wäre, daß die russischen Streitkräfte einen militärischen Zusammenprall mit den Vereinigten Staaten sicher gewinnen könnten und daß der Zeitpunkt dazu gekommen sei, dann wären wir in einen Krieg verwickelt worden – das ist sicher! Ebenso

sicher ist es, daß an jenem Tag, an dem der Kommunismus sich den Vereinigten Staaten militärisch überlegen fühlt, der Krieg beginnen wird.

Entscheidend muß es deshalb für uns vor allem sein, unsere Rüstungsüberlegenheit zu erhalten und zu vergrößern. Bloße Überlegenheit auf diesem Gebiet genügt freilich nicht. Hinsichtlich der Zahl der Soldaten sind wir den Kommunisten niemals gewachsen, deshalb müssen Rüstung und Bewaffnung ihre zahlenmäßige Überlegenheit mehr als ausgleichen.

Mit welchen Waffen?

Seit Urbeginn der Menschheitsgeschichte war jenes Land, das die Hauptverkehrswege kontrollierte, die Weltmacht. Die ersten großen Mächte waren jene, die die Ströme Asiens beherrschten. Ihre Herrschaft breitete sich über das Rote Meer ins Mittelmeer aus, und Ägypten und Griechenland wurden ihrerseits zu Weltmächten, weil sie die Schiffahrtswege auf diesem Binnenmeer beherrschten. Dann wurde Portugal zum Führer der Welt, weil es die Ozeane bezwang, ihm folgte Spanien und schließlich England.

England ist das klassische Beispiel dafür, was Seewege für die Weltmachtstellung eines Volkes bedeuten. England beherrschte die Meere; rund hundert Jahre bewahrte England durch klugen Gebrauch seiner Seemacht die Welt vor einem großen Krieg.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vereinigten Staaten zum Führer der Welt. Warum? Nicht, weil wir die stärksten Wirtschaftspositionen halten (was tatsächlich der Fall ist), nicht, weil wir über das am besten ausgebildete Menschenmaterial verfügen (es ist so), sondern: weil wir nach wie vor die Luft beherrschen.

Der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, verfügen heute über die größte Militärmacht der Welt. Tat-

sächlich hat diese Macht seit 1945 den Frieden erhalten. Auch in den kommenden Jahren wird diese Macht, diese militärische Überlegenheit, den Frieden erhalten. Eifersüchtig müssen wir diesen Vorteil bewachen, ihn durch ständige Entwicklung neuer Waffen und neuer Techniken vergrößern, nicht um gegen Sowjetrußland Krieg zu führen, sondern um einen tatsächlichen Frieden zu erzwingen.

Die Macht, von der ich spreche, ist das „Strategic Air Command" und sein gigantisches Potential. Die Bomber des SAC und unsere Raketen, ihre ständige Alarmbereitschaft genügen, um jeden Politiker in der Welt vor Aggressionen gegen uns abzuschrecken. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir uns mit der bereits vorhandenen Rüstung begnügen dürfen. Leider müssen wir, solange die kommunistische Bedrohung besteht, immer einsatzfähigere und bessere Waffen erzeugen.

In einigen Kreisen ist die Theorie der Massenvernichtungsmittel unterminiert. Sie setzen ihr Vertrauen ausschließlich in Entwicklung und Verwendung von konventionellen Waffen. Auch diese gehören selbstverständlich zu unserer Verteidigung; das wird nicht bestritten. Es ist auch allgemein bekannt, daß wir auf diesem Sektor verhältnismäßig schwach waren. In Wirklichkeit müssen wir aber jeder Form des Krieges gewachsen sein, dem konventionellen wie dem nuklearen. Einen Überschallbomber aber durch Geschütze oder Panzer ersetzen zu wollen, hätte nach meiner Meinung katastrophale Folgen. Wenn wir uns hinter die Konzeption einer machtvollen Politik stellen, benötigen wir die Verbindung von nuklearen und konventionellen Waffen, die vielfältig eingesetzt werden können. Dem SAC muß die Kraft der Abschreckung erhalten bleiben; unsere Land- und Luftstreitkräfte brauchen die taktischen Kernwaffen ebenso wie jene Waffen, die als „konventionell" bezeichnet werden.

Wie nun können wir unsere Macht nützen?

Die Geschichte zeigt, daß mächtige Völker ihre Kraft einsetzten, um den Frieden zu erhalten und eine Atmosphäre zu schaffen, in der ihre Ideale und ihre Regierungspläne sich entfalten konnten. Steuerten auch wir diesen weisen und richtigen Kurs?

Nein, das taten wir nicht.

Laos und Kuba sind die tragischen Folgen der Schwäche in unserem Verhalten gegenüber den kommunistischen Führern, einem Leisetreten, das zu einem dauernden Sich-Fügen gegenüber ihren groben, freiheitsmordenden Forderungen führte. Wir versuchten die Welt zu kaufen, anstatt uns durch kraftvolles Eintreten für die Freiheit Respekt zu verschaffen. Die Überlassung von Laos und Kuba an den Kommunismus bedeutet nicht nur die Tragödie von Völkern, die dort das Los der Sklaverei auf sich nehmen müssen; es ist auch ein Unglück, in einem Zeitpunkt Freunde zu verlieren, in dem man sie braucht.

Starke Worte machen auf die russischen Führer keinen Eindruck. Sie verstehen und respektieren nur Stärke und Stärke allein. Unsere Schwäche liegt nicht auf militärischem oder wirtschaftlichem Gebiet. Das Schlimme ist, daß wir uns immer wieder scheuen, unsere Außenpolitik nach unseren wahren Kräften zu gestalten.

Ich schlage vor, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zur Offensive übergehen. Wir können nicht gewinnen, wenn wir nur versuchen, unsere Stellungen zu halten. Mit anderen Worten: bei unserem ganzen Verhalten gegenüber den Kommunisten oder neutralistischen Staaten sollten wir nicht in der Defensive bleiben! Wir müssen offensiv werden mit dem, was wir haben – im Bewußtsein, daß das, was wir heute in Amerika besitzen, besser ist als alles, was der Mensch im Laufe der Weltgeschichte jemals zuvor erfunden hat.

Wir haben Möglichkeiten gehabt – klare Aufforderungen, unseren Einfluß auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs zur Geltung zu bringen. Da gab es die ungarische Revolution im Oktober 1956. Wir zollten ihr Anerkennung und bezeugten unsere Trauer, sonst aber taten wir nichts. Da gab es den Spektakel in Korea, wo wir – den Sieg bereits in der Hand – an seiner Stelle die Bitterkeit des Stillstands wählten. Nur bei einer einzigen Gelegenheit haben wir zielbewußt und wirksam gehandelt, um eine bereits existierende Kommunistenherrschaft zu stürzen: in Guatemala im Jahre 1954. Wir gingen entschlossen vor und unterstützten einen antikommunistischen Staatsstreich; wir müssen uns deshalb nicht entschuldigen. Wir handelten nach unseren Interessen als Nation und bewahrten zugleich die Bevölkerung von Guatemala vor unermeßlichem Elend. Wer daran zweifelt, frage die Ungarn. Oder die Kubaner.

Denkt gründlich nach über Guatemala, denn dies ist unser einziger wirklicher Erfolg! Wir konnten die Front an einigen Stellen halten: Im Libanon, in Berlin, in der Straße von Formosa.

Aber nirgends in der Welt haben wir den Einfluß der Vereinigten Staaten erweitert und die Sache der Freiheit vorangetrieben.

In Berlin sah ich mit eigenen Augen das Resultat unserer Schwäche und unseres Zögerns: die berüchtigte Mauer zwischen Ost und West. Ich weiß, daß man nachher klüger ist als vorher. Ich konnte mit Berlinern und amerikanischen Journalisten sprechen, die die Verhältnisse kannten, und mit Militärs: ich fand niemanden, der nicht die Meinung vertreten hätte, daß der Westen diese Mauer Ziegel um Ziegel, wie sie erbaut wurde, wieder hätte niederreißen müssen. Dann gäbe es heute keine Mauer. Als faktische Barriere hat sie weniger Be-

deutung wie als Propagandaerfolg der Kommunisten. Sie wollten Ost-Berlin abriegeln, und der Westen rührte keine Hand, um dies zu verhindern. Das restliche Europa resignierte. Es erlebte wieder einmal ein Schauspiel der kommunistischen Stärke.

Wenn bei uns keine radikale Änderung eintritt, wird sich die Lage fortschreitend verschlechtern. Schließlich werden sich die Vereinigten Staaten umzingelt und isoliert sehen, belagert von einer feindlichen Welt. Was ist nun unter einer Änderung zu verstehen? Sie hat nur eines zum Thema: wir müssen Verhalten und Strategie der Schwäche beenden und uns wieder wie eine Großmacht benehmen. Wir müssen kraftvoll handeln, um uns Respekt zu verschaffen, nicht nur Prestige. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Haltung von Nationen nicht von „good-will"-Reisen bestimmt wird, nicht vom Almosen-Spenden, nicht von Gesten der Selbstverleugnung, nicht von Gesundheits-Projekten und Diskussions-Programmen. Die Angelegenheiten der Nationen werden – im Guten wie im Bösen – entschieden durch *Macht*.

Am 15. Juli 1953 landete eine Marinebrigade der Vereinigten Staaten auf Verlangen des Präsidenten Carmille Chamoun im Libanon; sie sollte eine Revolte verhüten helfen, die von der Vereinigten Arabischen Republik geplant wurde, um die demokratische Regierung Chamouns zu stürzen. Präsident Eisenhower machte sich sofort die Gedankengänge des Präsidenten Chamoun zu eigen, daß der Libanon durch eine Revolution sicherlich ein Opfer der kommunistischen Infiltration werden würde. Er handelte weise. Drei Monate später, als die Regierung Chamouns fest im Sattel saß, zogen sich die amerikanischen Seestreitkräfte wieder zurück, ohne einen Schuß abgegeben zu haben. Von der Macht Amerikas wurde hier prompt Gebrauch gemacht; sie brachte uns einen

vollen Erfolg, wie er seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so selten geworden ist.

Die Sowjetunion hat ihre heutige Stellung keineswegs durch die Anziehungskraft ihrer Lehre und Praxis errungen. Sie richtete ihr Augenmerk auf bestimmte Ziele, Länder oder Machtzentren, die der Infiltration und möglichen Eroberung zugänglich schienen – und dann warf sie das volle Gewicht ihrer nationalen Macht, verstärkt durch die Macht des von ihr kontrollierten internationalen Apparates in die Waagschale. Niemals haben die Vereinigten Staaten den Kampf in der Welt derart als eine im wesentlichen militärische Aufgabe angesehen, bei der ein Kommandeur das Ziel anvisiert, seine Streitkräfte ordnet und darauf losmarschiert!

Wir handelten stattdessen nach der Ansicht, daß die Tugend ihre Belohnung in sich selbst erfährt und daß wir nur die Welt zu lehren hätten, uns zu lieben und uns in der Tugend nachzueifern.

Auf diesen Wettstreit um die Gunst der Welt ließen wir uns aus einer Art von Schuldkomplex ein. Vielleicht hat der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima etwas damit zu tun. Wahrscheinlich aber liegen die Ursachen tiefer in Amerikas Vergangenheit, in unserer traditionellen Ablehnung von politischer Macht. Sie entstammt den Ammenmärchen über die böse europäische Machtpolitik; die Amerikaner fühlten sich beklommen, als am Ende des Zweiten Weltkriegs plötzlich die Rechte und Pflichten einer Weltmacht auf sie zukamen. Um zu zeigen, daß wir nicht so egoistisch, ehrgeizig und kriegslüstern sind, wie unsere Vorgänger in der Macht, suchten wir Rückendeckung und begannen, unsere Politik nach der Meinung anderer zu betreiben. Auch hier gibt es bemerkenswerte Ausnahmen, wo wir aus Notwehr handelten: in Griechenland, in Korea, in der Straße von

Formosa, in Berlin. In Aufgabenstellung, Durchführung und Motiven aber war die amerikanische Außenpolitik vor allem eine Übung in Selbsterniedrigung.

Ich sehe die Dinge, wie sie sind, und hüte mich vor Übertreibungen. Wo immer Probleme der amerikanischen Politik diskutiert werden, bekommt man zum Schluß immer wieder eine Variation des Themas „Weltmeinung" zu hören. Auslandshilfe, Nachgeben gegenüber den „Vereinten Nationen", Kulturaustausch, wechselseitige Besuche amerikanischer und sowjetischer Funktionäre, Gipfelkonferenzen, Ächtung der Kernwaffenversuche, Befürwortung der allgemeinen Abrüstung, Antikolonialismus, Ablehnung einer rechtzeitigen Intervention in Kuba, Etablierung einer Weltregierung. All diese Programme und Parolen haben einen einzigen gemeinsamen Nenner: Das Bemühen, in der Meinung der Welt gut dazustehen.

In der Tat werden manche Auswirkungen dieser Politik von ihren Befürwortern selbst als den unmittelbaren Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufend anerkannt. Trotzdem wird behauptet, wir müßten diese Politik der Weltmeinung zuliebe weiter betreiben. Diese müde Sentimentalität, diese Besessenheit, den Beifall der Menschen zu erringen, gilt nun als große Strategie; sie wurde zum Grundprinzip der amerikanischen Politik, die uns trotz aller guten Absichten einer nationalen wie internationalen Katastrophe entgegenführt.

Was vor allem bewundert die Welt? Stärke, Mut und Genialität!

Wann wurden denn die Vereinigten Staaten mehr bewundert als während der Berliner Luftbrücke?

Nachdem die Russen am 1. April 1948 unsere Verbindungswege nach Berlin blockiert hatten, setzten wir und die Briten einen Pendelverkehr in der Luft in Gang, der

18 Monate, bis zum 30. September 1949 dauerte und der West-Berlin mit 2 343 301 Tonnen Lebensmittel und Kohle versorgte. 70 Piloten verloren in rund 300000 Flügen ihr Leben, die Blockade aber wurde gebrochen, der Einsatz von Macht und Geschicklichkeit ermutigte die freie Welt. Und doch konnten alle diese Bemühungen nur den status quo erhalten, die gefahrvolle Lage Berlins besteht nach wie vor. Was alles könnten wir erreichen, wenn wir unsere Macht und unseren Scharfsinn zur Offensive benützen würden, anstatt nur die jeweiligen Schritte der Kommunisten immer wieder abzuwehren.

Abgesehen davon, daß es sich um einen Ersatz für wirkliche Außenpolitik handelt, gibt es drei ganz offenkundige Gründe dafür, die Unterwerfung unter die „Weltmeinung“ als eine Beeinträchtigung amerikanischer Interessen zu beurteilen:

Erstens, weil wir uns selbst damit schaden, denn die Anerkennung, die wir wünschen, wird uns in dem Augenblick versagt, in dem wir um sie betteln. Menschen und Völker – so wie sie wirklich sind – honorieren niemals das altruistische Gehabe einer Großmacht, wenn sich die erste Überraschung gelegt hat. Die Empfänger unserer Wohltaten legen Zugeständnisse und Selbstverleugnung bald als Schwäche aus und verlangen immer mehr. Glaubt jemand ernstlich, daß unsere großzügige Erlaubnis, die Flagge Panamas auf amerikanischem Gebiet in der Kanalzone zu hissen, die Nationalisten Panamas versöhnt? Diese Geste vergrößert nur den Appetit des Mobs und lenkt seine Blicke auf lohnendere Ziele!

Zweitens (um in Begriffen der Propagandapraxis zu sprechen): eine stetige Bemühung, guten Willen zu beweisen, wo er gar nicht zur Debatte steht, hat die paradoxe Folge, daß Zweifel geweckt werden. Wenn wir mit unserer Vergangenheit uns in einen propagandisti-

schen Wettstreit mit dem Kreml einlassen, wenn wir es mit den sowjetischen Beteuerungen der Liebe zur Demokratie und zum Frieden oder mit ihrer Abscheu gegen Rüstung und Kolonialismus aufnehmen, so fordern wir die Welt geradezu heraus, uns genausoanzusehen wie die Sowjets, als Propagandisten, die etwas zu verheimlichen haben. Wir verlieren dadurch unseren Vorteil gegenüber den Sowjets, der sich aus unserer Geschichte und unseren Taten ergeben hat. Wenn wir unsere und unserer Sache Überlegenheit nicht als gegeben betrachten, hindern wir die anderen, es ihrerseits zu tun. Und wir sehen uns gezwungen, vor dem Gericht der „Weltmeinung“ nach neuen Ausreden zu suchen, sooft die „Prawda“ Wind macht.

Drittens: Wenn wir unsere Politik der Weltmeinung anpassen, haben wir einen Maßstab gewählt, der Manipulationen unserer Gegner zuläßt und uns dadurch leicht verwundbar macht.

Was ist überhaupt die Weltmeinung? Wer ist hier stimmberechtigt? Wie wird sie gewogen? Schon der Name ist falsch gewählt. Wenn wir von „Weltmeinung“ sprechen, so meinen wir nicht die Zustimmung von zwei Milliarden Menschen. Die Meinung der meisten ist uns völlig unbekannt. Wir sprechen nur von jener dünnen Schicht der Weltbevölkerung, die sich Gehör verschaffen kann: Intellektuelle, Journalisten, Rädelsführer des Mobs. Diese Quellen, aus denen die „Weltmeinung“ entspringt, sind die traditionellen und vordringlichen Ziele der kommunistischen Infiltration. In dem derzeitigen Kampf sind diese Dirigenten der Meinungsbildung wegen ihrer Bedeutung als Kritiker genau jene Objekte, denen die kommunistischen Agitatoren und Propagandisten im Lauf der Zeit ihr besonderes Augenmerk zuwandten. Selbstverständlich steht der kommunistische Einfluß auf diesem Sektor in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Stärke der

Kommunisten in der Welt. Wenn wir der Weltmeinung gestatteten, unsere Politik gegenüber Trujillo und Syngman Rhee zu bestimmen, so erlaubten wir in Wahrheit unseren Todfeinden, bei unseren Beratungen mitzustimmen.

Zu lange schon ließen wir den Schweif mit dem Hund wedeln! Wir zeigten uns der unwirksamen und sogar schädlichen Politik anderer Völker gegenüber nachgiebig und das oft in einer Weise, die unseren eigenen nationalen Interessen zuwiderlief oder sogar unsere Sicherheit als Nation bedrohte.

Es ist an der Zeit, daß wir die Scheu ablegen, den sogenannten Neutralisten entgegenzutreten, ebenso den angeblichen Freunden und erklärten Feinden, die zu unserer Vernichtung entschlossen sind. Bisher haben wir nicht ihren Respekt, sondern ihre Verachtung geerntet und haben sie überzeugt, sie könnten das, was sie irrtümlich als ihre Interessen betrachten, auf unsere Kosten, ja auf Kosten der Sicherheit der ganzen freien Welt verfolgen.

Es ist an der Zeit, der noch freien Welt klarzumachen, daß sie uns zum Überleben ebenso notwendig braucht wie wir sie. Wir fürchten uns nicht, die Wahrheit zu sagen, weil gerade sie am allernötigsten ist.

Einige unserer Führer klammern sich verbissen an die Ansicht, daß die Loyalität der anderen mit unseren Dollars erkauft werden könne.

Diese Meinung geriet ins Wanken, als im Jahre 1961 Nehru die Ansichten der neutralen Staaten bei der Konferenz in Belgrad der Welt verdolmetschte. Während diese Konferenz tagte, nahm Rußland seine Atomversuche wieder auf und jagte ungeheuere Explosionen in die Luft. Nicht nur einmal, sondern öfters in diesen Tagen. Nehru aber gab in seiner Erklärung nicht etwa den Russen die Schuld, sondern den Vereinigten Staaten! Hier wurde

die uralte Lehre vom Respekt demonstriert und insbesondere die Angst vor der Stärke.

Die „Neutralen“, die dieser Erklärung zustimmten, waren Nutznießer unseres verschwenderischen Dollarsegens und unserer Entwicklungshilfe, als aber die Fenster klirrten, respektierten sie die militärische Macht Rußlands und nicht den Weihnachtsmann, als den sie die Vereinigten Staaten ansahen.

Ein überzeugendes Beispiel für die Art und Weise, wie man weltweiten Respekt und Bewunderung erringt, sind die eindrucksvollen Flüge der Russen in den Weltraum. Ein ganzes Jahr vor den Vereinigten Staaten schickten die Russen zwei Menschen ins All.

Als der Name des Majors Gagarin in den allgemeinen Sprachschatz der Welt aufgenommen wurde, stieg das Ansehen der Russen in Wissenschaft und Technik über das der Vereinigten Staaten. Es war mehr als eine wissenschaftliche Leistung; hier zuckten die militärischen Muskeln der kommunistischen Welt: Die gleiche Schubkraft, die Major Gagarin in den Weltraum beförderte, kann tödliche Raketen tausende von Meilen weit fliegen lassen, nach New York, Washington, Chicago und Los Angeles.

Ich bitte meine Leser, einem merkwürdigen Gedanken Raum zu geben: Wie würde Rußlands „Weltprestige“ aussehen, wenn es Milliardenbeträge in Traktoren für Indien, in Düngemitteln für Ghana und Medikamenten für Vietnam investiert hätte, anstatt diese Gelder zu dem Zweck auszugeben, den Major Gagarin in den Weltraum zu schießen. Meiner Ansicht nach wäre ihr Prestige in der Welt dann bedeutend bescheidener als heute. Die so wenig greifbare „Weltmeinung“, die mehr Respekt als Liebe ist, würde Sowjetrußland nicht so gefühlvoll zulächeln.

Eines ist klar, ob wir es nun ängstlich oder beschämt zur Kenntnis nehmen: wenn wir zugrundegehen, geht

die ganze freie Welt mit uns zugrunde. Wenn wir überleben, können alle anderen Nationen mit guten Gründen auf ihr eigenes Überleben hoffen. Wenn sie Freiheit und Unabhängigkeit ernstlich wünschen, sind die Vereinigten Staaten ihre einzige Hoffnung und an uns liegt es, ihnen diese Tatsache einzuschärfen. Wenn wir von dieser grundsätzlichen Voraussetzung ausgehen und eine Politik betreiben, die diesem Standpunkt entspricht, dann flößen wir von selbst jenen Respekt ein, den wir vergeblich mit Geld zu kaufen suchten und überwinden die Verachtung, die wir bisher eingehandelt haben.

DRITTES KAPITEL

U-2

Ein amerikanischer Stratosphären-Aufklärer, den der 30 Jahre alte Zivilist Francis Gary Powers steuerte, ging am 1. Mai 1960 in der Nähe von Swerdlowsk, östlich des Urals (rund 4800 Kilometer von den Landesgrenzen entfernt) zu Bruch, zwei Wochen vor einer lautstark angekündigten amerikanisch-sowjetischen Gipfelkonferenz in Paris.

Kein anderer Zwischenfall enthüllte so zahlreiche Schwächen unserer derzeitigen unsicheren Position. (Als dieses Buch in Druck ging, war Powers entlassen und auf den Flügeln einer Chrustschowschen Friedenstaube in die Vereinigten Staaten gebracht worden. Weitere Einzelheiten mögen diesen Fall noch interessanter und wichtiger machen. Seine Grundtendenz oder seine Bedeutung als Modell wird durch nichts verringert werden. Geradezu tragikomisch wäre es, wenn wir Powers Entlassung für ein ernstzunehmendes kommunistisches Friedensangebot hielten. Die Wirklichkeit ist ganz anders. Wie wir leicht darlegen können, paßte diese Amnestie gerade damals in Chrustschows strategischen Plan zur endgültigen Erringung der Weltherrschaft.)

Im Laufe des Mai 1960 legte sich die erste Aufregung, das Geschrei ebbte ab; unter anderem aber geschah Folgendes: Der Kreml bemächtigte sich des Zwischenfalls und begann, ihn in jeder Beziehung propagandistisch aus-

zuwerten, wofür sich viele Möglichkeiten boten. Moskaus widersprechenden Geschichten folgten einander auf dem Fuße; sie dienten Moskaus Vorteil. Die Landung riß zwar den von Moskau so sorgfältig genährten Mythos seiner Luftüberlegenheit in Fetzen, aber das schien ihnen nichts auszumachen.

Aus Washington kamen von den verschiedensten Stellen widersprechende Erklärungen: Wir haben nie etwas von Powers oder der U-2 gehört, beide sind uns gut bekannt — wir werden die Flüge fortsetzen, wir werden sie nicht fortsetzen....

So versorgte Washington die ganze Welt mit dramatischen Beispielen unserer mangelnden Zusammenarbeit und Entschlußkraft bei der Behandlung delikater Angelegenheiten im verschärften kommunistischen Krieg.

Der Weltpresse bot sich reichlich Stoff für Berichte, Kommentare und Überlegungen. Powers bekannte sich schuldig, gestand und wurde zu „zehn Jahren Freiheitsentzug" verurteilt. Ein Bild seiner „Selbstmordspritze" erschien überall auf den Titelseiten. Seine Eltern und seine Frau wurden ins Rampenlicht gezerrt. Sogar die Entlohnung seiner gefahrvollen Aufgabe wurde zum Gegenstand von Spekulationen. „Die Weltmeinung" pendelte nach verschiedenen Richtungen; hier gab es immerhin einige Stimmen, die für die Vereinigten Staaten sprachen.

Die Bühne war fertig. Geräuschvoll eilte Chrustschow zur Pariser Gipfelkonferenz und lehnte es zunächst am Eröffnungstag, dem 16. Mai, ab, die Gespräche zu beginnen, wenn Präsident Eisenhower sich nicht öffentlich entschuldigte.

Beträchtlich interessanter freilich waren die Hintergründe dieser sensationellen neuen Ereignisse. Wir erkennen hier klar das Problem der Macht in Anwendung und Mißbrauch. Bei der Behandlung des „heißen Eisens"

enthüllte sich unser Mangel an Geschick und Reaktionsvermögen. Deutlich zeigte sich die Naivität, mit der wir an das Janusgesicht der Kommunisten und der russischen Diplomatie herangehen. Klar erwies sich andererseits unsere technische Überlegenheit. Und außerdem erlebten wir ein interessantes Beispiel des starken Einflusses, der von Journalisten auf unsere Außenpolitik ausgeübt wird.

Als Nikita Chrustschow Dwight Eisenhower in Paris kurz nach dem U-2-Zwischenfall in seiner bekannten Art vulgär und derb angriff, waren die Amerikaner schockiert. In den Vereinigten Staaten breitete sich einer Woge unverhüllter Kritik am Verhalten des Präsidenten aus; man machte ihn für das Scheitern der Konferenz verantwortlich.

Kein anderes Problem war Gegenstand so eingehender Analysen und spitzfindiger Vermutungen wie dieser Versuch eines Gesprächs. Gelinde ausgedrückt schienen mir viele Kommentare aus dieser Zeit reichlich unbesonnen.

Die meisten Diskussionen über das Scheitern des Gipfeltreffens beginnen oder enden mit dem Absturz der U-2 und ihres Piloten. Daher glaube ich, wir sollten dieses Ereignis ins richtige Blickfeld rücken, bevor wir daraus Schlüsse ziehen.

Ich möchte hier feststellen, daß ich von Anfang an einige Bedenken hinsichtlich der Ermittlungen des „Committee on Foreign Relations" (Anm. des Übersetzers: Auswärtiger Ausschuß des amerikanischen Kongresses) über das Gipfeltreffen hegte. Ich zweifelte nicht an der Zuständigkeit des Ausschusses, aber es war mir klar, daß viele bis dahin geheim gehaltene Tatsachen des U-2-Zwischenfalls militärischen oder geheimdienstlichen Charakter hatten und deshalb nicht öffentlich behandelt werden sollten. Ich befürchtete darüber hinaus den schweren Schaden, den eine solche Untersuchung anrichten konnte.

Sie ging von der Annahme aus, daß in Paris ein amerikanischer „Fehlschlag" stattgefunden habe und daß die „Verantwortlichen" festgestellt werden müßten. Trotzdem kam die Untersuchung zustande.

Die Entscheidung, eine solche Untersuchung vorzunehmen, wurde – wie ich schon vorher bemerkte – in der Annahme getroffen, die amerikanische Regierung trage einen Großteil der Schuld am Scheitern der Pariser Gespräche. Diese Annahme geht davon aus, daß zwei unserer Handlungen – die Übernahme der Verantwortung für die U-2-Flüge durch Eisenhower und seine Erklärung sowie die des Staatssekretärs Herter, daß die Flüge fortgesetzt werden sollten – Chrustschow keine andere Wahl ließen, als die Gipfelkonferenz abzubrechen. Hinter diese Annahme stellten sich einige Autoritäten: Chrustschow selbst, Adlai Stevenson und eine Anzahl unbedeutenderer amerikanischer Persönlichkeiten. Das Urheberrecht allerdings gehört Mr. Walter Lippmann, der diese Theorie fünf Tage, bevor das Gipfelgespräch abgeblasen wurde, als erster in einem Kommentar darlegte. Wenn Herr Lippmann auch nicht der Erfinder politischer Kritik ist, so ist er doch Amerikas Prophet und eifrigster Wortführer dieser Kritik.

Mr. Lippmann ist kein gewöhnlicher Schreiber. Er ist in seiner Tätigkeit als Kommentator ein politischer Faktor. Viele Leute beeindruckt er durch seine feierliche Schreibweise (bei Gott, das kann er), andere wieder behaupten, er sei klug. Wie dem auch immer sei, seine Worte haben Gewicht. Sie werden zweifellos auch in höheren Militärkreisen beachtet. Ich stelle dies fest, nicht um Mr. Lippmann zu kritisieren oder anzudeuten, daß sein Einfluß unheilvoll ist. Ich will nur erklären, daß seine Gedankengänge gewichtig genug sind, um zur Debatte zu stehen.

Mr. Lippmanns Feldzug, die Vereinigten Staaten als schuldige Partei in den diplomatischen Verhandlungen vor dem Gipfelgespräch hinzustellen, begann am 12. Mai 1960. Es war der Tag nach der wöchentlichen Pressekonferenz des Präsidenten, in der er sich zu seiner Verantwortung für die Flüge bekannte und sagte, sie würden fortgesetzt werden. Dazu gab Lippmann den Kommentar, die Politik des Präsidenten „sei gänzlich undurchführbar“. Er fuhr folgendermaßen fort:

„Wenn wir zugestehen, daß wir die Souveränität der Sowjets absichtlich verletzten, tragen wir alle einen Makel. Der Sowjetregierung ist es unmöglich, diesen Zwischenfall zu bagatellisieren, da er in der ganzen Welt bekannt wurde. Sie sieht sich gezwungen zu reagieren; kein Staat kann passiv bleiben, wenn eine andere Nation offen eingesteht, daß sie absichtlich in sein Gebiet eingedrungen ist.“

Lippmann kritisierte den Präsidenten, weil er nicht „den konventionellen Weg eingeschlagen hatte, den Chrustschow wies“. Die „konventionelle“ Antwort wäre nach Mr. Lippmann gewesen,

„die Verantwortung für den U-2-Flug abzulehnen und, wie es Senator Kennedy richtig feststellte, durch eine formelle und routinemäßige Erklärung des Bedauerns aus der Welt zu schaffen.“

Der Fehler des Präsidenten lag darin, daß er es ablehnte zu lügen und sich zu entschuldigen; dies war nach Mr. Lippmanns Worten „ein fataler Irrtum ... ein irreparabler Fehler“.

Wenn diese Annahme richtig ist, wenn Stevenson und Kennedy sie guthießen, dann war Chrustschow völlig im Recht, als er das Gipfelgespräch abblies. Wenn es stimmen sollte, daß es für Mr. Chrustschow „unmöglich“ war, den Zwischenfall zu bagatellisieren und daß der Kreml „gezwungen“ war, scharf zu reagieren, um seine

Selbstachtung zu erhalten, dann stimmt es auch, daß wir die Verantwortung für das Scheitern der Pariser Gespräche tragen und nicht die Sowjetunion.

Hier muß man festhalten, daß Chrustschow die Bedeutung dieser Argumente genau erkannte. Er machte sie für Wochen zu seinem zentralen Propagandathema. Er benützte sie in Moskau vor seiner Abreise zum Gipfeltreffen. Er verwendete sie bei seiner Eröffnungserklärung im Elysée-Palast. Er brachte sie im Verlauf seiner ordinären Tiraden gegen den Präsidenten bei einer Pariser Pressekonferenz vor. Sie waren der Grundpfeiler seines offiziellen Berichts in der Sowjetunion:

> „Nach der sowjetischen Entdeckung der U-2-Flüge entschlossen wir uns, nichts zu unternehmen, was die unangenehme und mißliche Lage des Präsidenten der Vereinigten Staaten verschärfen würde. Wir gaben die Erklärung ab, daß der Präsident der Vereinigten Staaten schwerlich davon Kenntnis hatte und solche Aktionen sicherlich nicht guthieße und daß offensichtlich die Hitzköpfe im Pentagon und Allan Dulles verantwortlich wären. Eisenhower aber schlug die ihm gebotene Hand aus. Er stellte fest, daß die Spionageflüge mit seiner Kenntnis und Billigung unternommen wurden. ... Hierdurch wurde offenbar, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer Aggressionshandlung eine Torpedierung des Gipfeltreffens bezweckten."

Die Ansichten Lippmanns und die offizielle Propaganda der Sowjetunion stehen im Widerspruch zu wichtigen Tatsachen.

Vor allem springt es in die Augen, daß nicht die Vereinigten Staaten, sondern die Sowjetunion aus der U-2-Episode einen internationalen Zwischenfall machten. Das spätere Scheitern der Pariser Gespräche wird unverständlich, wenn man sich nicht ins Gedächtnis ruft: Chrustschow machte wohlüberlegt in einer flammenden Rede vor dem

Obersten Sowjet am 5. Mai der Öffentlichkeit von den amerikanischen Flügen und dem Abschuß eines Aufklärers Mitteilung. Die Bedeutung seiner Entscheidung, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Flüge zu lenken, und der hohe Einsatz, um den er spielte, können nur dann richtig eingeschätzt werden, wenn man das große Risiko Chrustschows bedenkt, als er die Verwundbarkeit der Russen zugab.

Viele Monate hindurch hat die Sowjetpropaganda von der militärischen Unbesiegbarkeit ihres Landes gesprochen. Sie hatte verkündet, die UdSSR sei ebenso stark oder stärker als die Vereinigten Staaten. Dies war ein wichtiges Argument der Sowjetpropaganda und sollte dazu dienen, die freien Völker, unsere Verbündeten und uns selbst einzuschüchtern. Natürlich wußte der Kreml, daß diese Erklärungen falsch waren. Die Führer der Sowjets hatten davon Kenntnis, daß seit vier Jahren amerikanische Aufklärungsflugzeuge nach Belieben den kommunistischen Luftraum überflogen, den chinesischen ebenso wie den russischen selbst. Der Kreml wußte, daß er weder über die nötigen Raketen noch über geeignete Flugzeuge verfügte, um unsere Flüge zu verhindern. Während dieser vier Jahre jedoch machte Chrustschow von diesen Flügen der Öffentlichkeit keine Mitteilung, offenbar deshalb, weil er dann die erstaunliche Schwäche der sowjetischen Luftverteidigung hätte eingestehen müssen.

Am 5. Mai 1960 jedoch änderte der Kreml seinen Standpunkt. Als eines unserer Flugzeuge abstürzte (es war sicherlich nicht in voller Flughöhe abgeschossen worden, wie Moskau behauptete), entschloß sich Chrustschow, diesen Absturz zu einem ausgewachsenen internationalen Zwischenfall zu vergrößern und zugleich vor der Welt zuzugeben, daß der sowjetische Luftraum verwundbar sei.

Wir wollen überlegen, was Chrustschow mit der Schaffung dieses Zwischenfalls bezweckte, wobei wir festhalten, daß nicht wir es waren, sondern er, der ihn schuf.

Sicherlich wäre es der Sowjetunion nicht schwer gefallen, diesen Zwischenfall zu bagatellisieren. Als Chrustschow daraus ein internationales Ereignis machte, wollte er ihn offenbar nicht bagatellisieren, bevor die Absicht erreicht war, um derentwillen er ihn hochgespielt hatte!

Chrustschow ist bekanntlich nicht leichtfertig. Wir können sicher sein, daß er eine internationale Krise, die dem Prestige seines Landes schaden und ihn auch seine eigene Macht kosten konnte, nicht hervorrief, nur um sie wieder abzublasen, wie Lippmann, Stevenson und Kennedy glaubten, indem er die Ablehnung der Verantwortung durch Präsident Eisenhower und dessen Entschuldigung akzeptierte. Chrustschow wollte andere Fische braten, was seine Haltung in Paris bald deutlich machte.

Eine weitere Tatsache widerspricht der Lippmannschen Theorie: Chrustschow lehnte es ab, am Gipfeltreffen weiter teilzunehmen, auch nachdem Präsident Eisenhower bereits erklärt hatte, die U-2-Flüge seien eingestellt worden und würden nicht mehr aufgenommen. Vor dem Pariser Treffen schrieb Lippmann, er habe Bedenken, weil der Präsident eine Spionageaffäre „eingestanden" hätte. (Die weitere Empfehlung, der Präsident hätte eine Entschuldigung vorbringen sollen, fand erst Eingang in die Lippmannschen Spalten, als Chrustschow in Paris eine solche Entschuldigung forderte.)

Dieses Eingeständnis habe es für Chrustschow „unmöglich gemacht", den Zwischenfall zu bagatellisieren. Der Präsident rückte von seiner Politik ab; das war ein Versprechen, die bisherige Politik nicht weiter zu verfolgen. Trotzdem blies Chrustschow die Gipfelkonferenz ab. Meiner persönlichen Meinung nach war es unklug,

von einer Politik abzurücken, nachdem sie einmal zugegeben worden war. Der wesentliche Punkt allerdings ist, daß – nachdem man abgerückt war – es für Chrustschow nach Lippmanns Theorie keine weitere Ausrede mehr gab, das Gipfelgespräch zu verweigern.

Angenommen, der Präsident hätte getan, was seine linksstehenden Kritiker verlangten. Angenommen, er hätte „den konventionellen Weg, den Mr. Chrustschow wies" eingeschlagen und eine Erklärung ungefähr nachstehenden Inhalts abgegeben: „Die U-2-Flüge wurden ohne meine Kenntnis oder Billigung durchgeführt und die Regierung der Vereinigten Staaten spricht ihr Bedauern aus, daß sie stattgefunden haben."

Kann irgend jemand ernsthaft glauben, daß Chrustschow das so einfach hingenommen hätte? In Anbetracht der Bedeutung und der Folgen erscheint das unwahrscheinlich. Hätte er den Präsidenten dazu gebracht, ihm den kleinen Finger zu reichen, so hätte er sicherlich versucht, die ganze Hand zu ergreifen. Es ist nicht schwer, sich die Erwiderung Chrustschows auf eine solche Erklärung vorzustellen: „Wir freuen uns zu hören, daß Präsident Eisenhower nichts mit dem infamen Spionageauftrag zu tun hat und daß er von der Aggression auf sowjetisches Staatsgebiet keine Kenntnis hatte, wie sie seit vier Jahren von seinen Untergebenen durchgeführt wurde. Zu ihrem größten Bedauern sieht sich die Sowjetregierung nicht in der Lage, die Erklärung der Vereinigten Staaten zu akzeptieren. Wenn nicht einmal der Präsident Herr im eigenen Hause ist, welche Sicherheit haben wir dann, daß diese Flüge aufhören? Es ist für uns nicht zumutbar, daß derartige internationale Gangster ungeschoren bleiben. Die Sowjetregierung kann sich nur dann zufriedengestellt sehen, wenn die Übeltäter entlarvt, vor Gericht gestellt und bestraft werden. Wir sind gewiß, daß

der Präsident der Vereinigten Staaten im Interesse des Friedens Schritte unternehmen wird, um seine verfassungsmäßige Autorität zur Geltung zu bringen" und so weiter. ...

Um es noch einmal zu sagen: Wenn es schon feststand, daß Chrustschow sich entschlossen hatte, den Zwischenfall mit dem Flugzeug für seine Zwecke auszunützen und er darüber hinaus physikalische Meßergebnisse über die stattgefundenen Flüge besaß, so hätte der Präsident geradezu verwegen gehandelt mit dem Versuch, sie abzuleugnen oder mit der Behauptung, er hätte von ihnen keine Kenntnis gehabt, oder mit einer Entschuldigung.

Hier erhebt sich eine Frage, die viele Menschen verwirrt hat. Wäre es nicht für die Vereinigten Staaten klüger gewesen, wenn sie zu den Moskauer Tiraden Chrustschows einfach geschwiegen hätten? Konnten wir nicht so die Entlarvung der Aufklärungsflüge vermeiden und damit auch die peinliche Veröffentlichung, wir hätten gegen das Völkerrecht verstoßen? War nicht unser Verhalten ohne Präzedenzfall und ungewöhnlich, als wir uns entschlossen, offen über unsere eigene Spionageaffäre zu sprechen? Wieder einmal findet sich meiner Meinung nach die Antwort in Chrustschows ursprünglicher Entscheidung, aus dem U-2-Zwischenfall Kapital zu schlagen.

Kennt jemand in der modernen Geschichte bereits einen Fall, daß der Staatschef einer Großmacht vor seinem Parlament die Nachrichtentätigkeit einer anderen Großmacht enthüllte und dabei noch öffentliche Genugtuung verlangte? Spionagefälle wurden selbstverständlich veröffentlicht. Wenn ein Oberst Abel oder ein anderer aus der Reihe der Sowjetspione gefaßt wird, macht das Justizministerium der Presse Mitteilung; über den Verhafteten wird vielleicht im Kongreß gesprochen; der Häftling wird vor Gericht gestellt und verurteilt. Tritt aber der Präsident der Vereinigten Staaten in solch einem Fall vor

den Kongreß, schwenkt als Beweis der Schuld Abels Dokumente und verlangt vor der ganzen Welt eine Erklärung Chrustschows, ob er persönlich an dessen Mission Anteil hatte? Ein solches Verhalten wäre wirklich gegen alle Gepflogenheit.

Staatschefs befragen einander nicht öffentlich wegen Spionageaffären – es sei denn, einer von ihnen verfolgte einen besonderen Zweck. Genau das tat Chrustschow: Er brach mit der Tradition, als er darauf bestand, die amerikanische Regierung möge einen Spionagefall öffentlich darlegen, dessen Beweise sich bereits in sowjetischer Hand befanden.

Als nun Chrustschow diesen ungewöhnlichen Weg eingeschlagen hatte, blieb den Vereinigten Staaten keine andere Wahl, als so zu reagieren, wie sie es getan haben. Da Chrustschow sich entschlossen hatte, Spionageangelegenheiten zu einem Faktor der internationalen Diplomatie zu machen, mußten die Vereinigten Staaten annehmen, daß seine wahre Absichten hinsichtlich dieses Zwischenfalls diplomatischer Natur waren; mit anderen Worten: der Entschluß, den U-2-Flug zu veröffentlichen, und das Gipfeltreffen waren untrennbar miteinander verbunden. Was aber war Chrustschows Absicht? Für welchen hohen Preis war er bereit, den Mythos von der Unverletzlichkeit des sowjetischen Luftraumes zu opfern? (Es ist paradox: Die Tatsache, daß man diese Frage immer noch stellen muß, beweist, daß Chrustschow teilweise seine Absicht erreicht hat.) Wo liegt hier das Geheimnis? Warum tasten wir nach der Antwort, die geradezu in die Augen springt?

Chrustschows Streben richtete sich auf Berlin. Chrustschow hatte vor der Welt erklärt, wenn ihm Berlin nicht gegeben würde, würde er es nehmen. Als das Gipfeltreffen herannahte, gewann Chrustschow die Überzeu-

gung, daß er Berlin nicht erhalten würde, weil die Vereinigten Staaten entschlossen waren, ihm in diesem Punkt nicht nachzugeben.

Chrustschow beschloß daraufhin, die Konferenz unter Umständen scheitern zu lassen, die die Tatsache verschleiern würden, daß er sich nicht durchsetzen konnte.

Der Absturz der U-2 ereignete sich gerade zu einem Zeitpunkt, in dem er als Waffe gegen die Vereinigten Staaten verwendet werden konnte, um sie in letzter Minute zu Konzessionen bezüglich Berlins zu zwingen; falls dies aber nicht gelang, konnte der Zwischenfall als Ausrede dienen, sich um die Konferenz zu drücken.

Die feste Haltung des Westens bezüglich Berlins brachte die Sowjets an den Rand einer schweren diplomatischen Niederlage. Chrustschow verhütete schlau in letzter Minute diese Niederlage; zumindest streute er der Welt Sand in die Augen, so daß diese Niederlage nicht deutlich erkannt oder verstanden wurde. In diesem kritischen Augenblick bewies unsere Regierung gute Nerven; daher gelang es Chrustschow nicht, ein Nachgeben in der Berliner Frage zu erzwingen.

Ich weiß, daß Chrustschows Absicht, die Ablenkung der Aufmerksamkeit durch seinen Bluff, erreicht worden ist. Anstatt die technische und strategische Vollkommenheit der U-2 zu preisen, denken wir an sie mit unguten Gefühlen. Mutlose Mitbürger verfolgen uns mit ihrer Skepsis und zweifeln an unseren Chancen. Anstatt uns die Lehren dieser Wochen zu Herzen zu nehmen und uns vor der Welt zu ihnen zu bekennen, haben wir Angst vor der eigenen Courage. Sogar jetzt noch fällt uns die Erkenntnis schwer, daß Entschlossenheit und Festigkeit sich auszahlen.

Bezeichnenderweise haben die verantwortlichen Sprecher der anderen Nationen in der freien Welt Chrustschows

Ausschlachtung des U-2-Falles richtig eingeschätzt, als sie darin nicht mehr sahen als eine Aktion der russischen Kommunisten – gerade rechtzeitig gestartet, bevor Chrustschow von Moskau nach Paris reiste.

Nicht immer wird der Westen so leicht siegen: nicht immer wird es ohne Schießen abgehen. Wenn wir aber Glück und Erfolg haben, sollten wir darüber nachdenken. Wenn wir eine feste Haltung eingenommen haben, sollte das nicht nachträglich wie ein Schock auf uns wirken.

Ich selbst weine dem Scheitern des Pariser Gipfeltreffens keine Träne nach. Ich war stets gegen Gipfeltreffen, weil der einzige Fortschritt, den sie bringen können, darin liegt, daß der Kommunismus einen Schritt näher an die Weltherrschaft herankommt. Entweder scheitert ein Gipfeltreffen, weil es kein Ergebnis bringt, oder es wird den Kommunisten etwas zugestanden, was für den Westen wichtig ist. Nur ein Gipfeltreffen, das nicht stattfindet, kann erfolgreich sein.

Die Kommunisten denken niemals an ein Gipfeltreffen oder nehmen gar an einem teil, wenn sie nicht die besten Karten haben. Am Konferenztisch haben sie nur zwei Ziele: tatsächliche oder propagandistische Erfolge für sich selbst. Schon wenn wir uns an den Konferenztisch setzen und uns ernsthaft um Verständigung in strittigen Fragen bemühen, gestehen wir ihnen automatisch einen Vorteil zu, da sie sich an die Vereinbarungen nicht halten. Selbst angenommen, daß bei einem Gipfeltreffen irgendeine Art von Übereinkommen erzielt wird, finden wir, auch wenn wir weit zurückdenken, nichts, was darauf schließen läßt, die Kommunisten würden nun zu einem solchen Abkommen stehen. In den letzten 45 Jahren schlossen die Russen mit anderen Ländern buchstäblich Hunderte von Übereinkommen, Verträgen und Abkommen, fühlten sich aber nie verpflichtet, auch nur eines zu achten, wenn es

mit ihren weltweiten revolutionären Zielen nicht im Einklang stand. Gipfeltreffen führen im kommunistischen Krieg niemals zum Frieden. Das dürfen wir nie vergessen.

In Wahrheit kann jeder Amerikaner stolz sein, wenn er weiß, daß amerikanischer Erfindungsgeist und Fleiß imstande waren, ein Flugzeug zu bauen, das die solide Abschirmung des Herzlandes unseres Gegners durchdrang. Zu den Geheimnissen unserer Angriffs- und Verteidigungsmöglichkeiten gestatten wir kommunistischen Agenten beinahe freien Zutritt. Ähnliche Informationen über Rußland zu erhalten, war für uns solange beinahe unmöglich, bis die U-2 über Rußland aufklärte.

Man verlangt nun von uns, wir alle sollten wegen dieses Zwischenfalls beschämt die Köpfe senken; stattdessen sollte man uns auffordern, uns stolz zu dem zu bekennen, was uns rechtens zusteht.

Gerade hier boten sich zwei Gelegenheiten, der Welt mit Posaunentönen folgendes verständlich zu machen: erstens, daß die physischen Schwierigkeiten überwunden werden konnten, um wichtige Informationen zu bekommen, und zweitens, daß die sowjetische Behauptung von ihrer Luftüberlegenheit ein reines Märchen war.

Das psychologisch richtige Ausspielen dieser beiden Asse konnte der Position der Vereinigten Staaten weitestgehend zugutekommen; mit etwas Geschick hätte sich auch der Erfolg der Russen, das Scheitern des Pariser Treffens beträchtlich verringern lassen.

(In meinen Augen wurde auch noch eine andere Möglichkeit nicht ausgenützt: wenn – umgekehrt – ein russisches Aufklärungsflugzeug über unserem Gebiet entdeckt worden wäre, so hätten wir die Maschine aus ihrer vollen Flughöhe herunterschießen können.)

Wir wollen die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß diese erstaunliche U-2 wirksame Operationen in einer

Höhe von rund 60000 Fuß (Anm. d. Übers.: 18000 Meter) durchführen konnte; bei der Durchführung von Aufklärungsflügen in der Stratosphäre war sie überaus nützlich und wird es weiter sein. Wir wollen uns darüber hinaus ins Gedächtnis rufen, daß dieses Flugzeug den Stand der technischen Entwicklung in der Luftfahrt der Vereinigten Staaten vor über sechs Jahren repräsentiert; mit gutem Grund können wir annehmen, daß neue technische Fortschritte die U-2 nun veraltet erscheinen lassen. Dennoch überwand dieses veraltete Flugzeug das russische Verteidigungssystem. Sein Flug war keineswegs nur ein glücklicher Zufall oder ein einmaliges Ereignis. Während vieler Monate war die U-2 zur Verteidigung der westlichen Welt eingesetzt, indem sie aus der Stratosphäre Aufnahmen machte.

Der Untersuchungsausschuß des Kongresses, der sich mit dem Flug der U-2 und dem Scheitern der Gipfelgespräche in Paris befaßte, hätte Zeit und Geld bedeutend nutzbringender verwenden können als er es getan hat. Er hätte versuchen können, die Wahrheit zu ergründen, die so vielen Amerikanern unbekannt ist: Rußland trägt die Verantwortung für den kommunistischen Krieg; Rußland ist der Angreifer und entschlossen, die Welt zu erobern; Friede für Rußland bedeutet Niederlage für die Vereinigten Staaten; Beschwichtigungsversuche und noch so viele schöne Reden werden die Russen nicht von ihrem Ziel abbringen, die Welt zu beherrschen oder sie zu zerstören.

Das ist des Pudels Kern.

VIERTES KAPITEL

KUBA

Nun ein Blick auf eine reale, ganz in unsere Nähe gerückte Gefahr: die Verwandlung Kubas in eine Bastion des Kommunismus, nur neunzig Meilen von unserer Küste entfernt und in nächster Nachbarschaft unserer lateinamerikanischen Freunde.

Die Freiheit in Kuba ist heute tot. Die Finsternis des Totalitarismus senkte sich herab, löschte die Menschenwürde aus, ließ Menschenleben wohlfeil werden und zerstörte jeden Schimmer von Menschenrechten. Über unseren Nachbarn im Süden wurde ein Terrorregime errichtet. An die Stelle der Demokratie, wie sie die Revolution versprochen hatte, wurde ein harter, kommunistischer Staat gesetzt. Argumente wurden von Gewehrsalven verdrängt. Die Religion wurde zum Gegenstand des Spottes und der Verfolgung. Das Recht auf Eigentum wurde vernichtet und Konfiskationen durch den Staat traten an seine Stelle.

In den letzten dreißig Jahren machte die amerikanische Außenpolitik einige bemerkenswerte Fehler. In Südostasien, in Europa, im mittleren Osten und in Afrika haben diese Irrtümer erst kürzlich bittere Früchte getragen. All diese Gebiete liegen fern ab unserer Heimat, weit genug, um unseren Eifer und unsere Angst vor möglichen unmittelbaren Folgen zu dämpfen.

Kuba, das direkt vor unserem eigenen Land liegt, ist nun ganz etwas anderes. Der Durchschnittsamerikaner, der mit Geldverdienen und der Sorge für seine Familie beschäftigt ist, mag mit einiger Berechtigung die Verwicklungen ignorieren, die durch Errichtung eines kommunistischen Regimes, sagen wir in Laos, entstehen. Kein Amerikaner aber kann den Ernst der Situation übersehen, die aus der Bildung einer kommunistisch beherrschten Regierung auf der Insel Kuba resultiert.

Im zarten Alter von 32 Jahren verjagte Fidel Castro im Januar 1959 den Diktator Fulgencio Batista aus der Macht. Am 13. Februar wurde er formell zum Ministerpräsidenten ernannt; es folgte im ersten Jahr eine Welle von Hinrichtungen (557 sind derzeit registriert) und tausende von Verhaftungen. Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie, Ausbildung einer Miliz, ein Freundschaftbesuch Castros in den Vereinigten Staaten und wortreiches Leugnen von Sympathie gegenüber den Kommunisten folgten einander auf dem Fuße.

Wenige Monate später aber griff Castro nach den amerikanischen Zuckerraffinerien, ermutigte kommunistische Aufstände in Haiti, Nicaragua und der Dominikanischen Republik, knüpfte wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen mit Rußland an und startete eine bösartige Haßkampagne gegen die Vereinigten Staaten.

Verwundert schüttelten die Amerikaner ihre Köpfe und schauten sich nach einer Führung um.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten, mit ihrem weitgespannten Nachrichtennetz dürfte es keineswegs eine unmögliche, ja nicht einmal eine schwierige Aufgabe gewesen sein, die Wahrheit über Castro herauszufinden. Gleich von allem Anfang an erhoben sich Stimmen, auch seitens hochgestellter und bedeutender Persönlichkeiten, die vor kommunistischen Tendenzen in Castros engstem

Mitarbeiterkreis warnten. Es bestand zum Beispiel niemals ein ernstlicher Zweifel darüber, daß der Bruder des Rebellen, Raoul, durch und durch Marxist war. Auch über den berüchtigten Che Guevara bestand sicherlich kein Zweifel. Diese Warnungen hätten gründlich untersucht und die Ergebnisse dem amerikanischen Volk mitgeteilt werden sollen.

Unser Volk brauchte eine derartige Unterrichtung, um auf ein Ereignis, das wie eine gesunde Revolution aussah, in Wirklichkeit aber von Grund auf teuflisch war, richtig zu reagieren. Zum anständigen und gutwilligen Amerikaner gehört der Wunsch, Verfolgte zu unterstützen; das läßt uns glauben, ein Mann wie Castro – ein Mann, der eine Revolte gegen einen Diktator geführt hatte – sei ein edler und freisinniger Mann im Sinne jener großen Amerikaner, die einst im Jahre 1776 für die Unabhängigkeit ihrer Heimat gekämpft hatten. Das ist ein schöner, warmherziger Zug des amerikanischen Volkes und niemand möchte ihn jemals missen. Sein Mißbrauch aber, insbesondere im Falle Kubas seit der Machtergreifung Castros, brachte tragische Verwirrungen mit sich.

Ich möchte betonen, daß ein bestimmter Teil der amerikanischen Presse dafür verantwortlich ist. Ich kann nicht verstehen, daß ein Berichterstatter einer der angesehensten Zeitungen der Vereinigten Staaten – der „New York Times“ – hartnäckig ein kommunistisches Regime wie das Castros verteidigt, nur weil er einmal mit seinem Schöpfer zusammengetroffen ist und von seiner Persönlichkeit beeindruckt war. Eine Zeitung wie die „Times“ trägt eine Verantwortung, die zweifellos die Eindrücke eines Korrespondenten weit übertrifft, besonders wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die nicht nur für die Existenz unseres Volkes, sondern für das Wohlergehen der ganzen westlichen Hemisphäre von vitaler Bedeutung ist.

Präsident Kennedy (damals Senator) schrieb in seinem Buch „Die Strategie des Friedens“ über Castro:

„Um die Bedeutung der antikolonialistischen Erhebung in Asien und Afrika zu verstehen, müssen wir uns unsere eigene revolutionäre Vergangenheit in die Erinnerung zurückrufen; wir sollten die Lebensbeschreibung Simon Bolivars, des großen ‚Befreiers‘ und zeitweiligen ‚Diktators‘ von Südamerika noch einmal lesen, um die Sehnsucht nach Freiheit und Reformen, die sich südlich unserer Grenzen wie eine ansteckende Krankheit verbreiten, richtig zu verstehen. Bei einer früheren Reise durch Lateinamerika wurde ich mit den Hoffnungen und Sorgen vertraut, die den Umschwung des lateinamerikanischen Nationalismus charakterisieren.

Fidel Castro ist ein Teil des Vermächtnisses von Bolivar, der einst seine Männer über die Anden führte, der spanischen Herrschaft ‚Kampf bis zum Tode‘ schwor und erklärte, daß dort ‚wo eine Ziege durchkommt, es auch einer Armee möglich sei‘. Castro ist auch ein Teil des Fehlschlags dieser Revolution, die den Krieg gegen Spanien gewann, die angestammte Feudalherrschaft aber so ziemlich ungeschoren ließ.“

Das Beweismaterial dafür, daß unser State Department über Castros Hinneigung zu den Kommunisten vor und nach seinem Eingreifen in Kuba unterrichtet war, ist beträchtlich und wird immer erdrückender. Die Verhöre vor dem „Judiciary Committee of the Senate“ (Anm. d. Übers.: Senatsausschuß für die Justiz) vom 12. Juni 1961, in denen der frühere Botschafter in Mexiko, Robert C. Hill aussagte, bieten umfangreiche Nachweise für diese Feststellung.

Gemäß Seite 779 dieses Dokuments stellte Mr. Sourwine die Frage: „Welche Geheimberichte über die kommunistischen Beziehungen Castros ließen Sie direkt oder indirekt dem Staatssekretär zukommen?“ Darauf kam es zu folgenden Aussagen:

„Mr. Hill: ‚Von der Botschaft ging fortlaufend eine ganze Flut von Informationen ab, Mr. Sourwine.‘
Mr. Sourwine: ‚Zu welchem Zeitpunkt begann dies?‘
Mr. Hill: ‚Gleich nach meiner Ankunft in Mexiko, im Jahre 1957. ...‘
Mr. Sourwine: ‚Sie behaupten, der Tenor dieser Berichte während der ganzen Zeit, also ab 1957 und dann im Laufe der Jahre verstärkt, sei gewesen, daß Castro von Kommunisten umgeben war und unter deren Einfluß stand?‘
Mr. Hill: ‚Das ist richtig.‘“

Vielleicht noch besorgniserregender ist eine weitere Aussage des Botschafters Hill, wonach Berichte über Castro, die vom State Department und aus nachrichtendienstlichen Quellen stammten, in Washington diesen in einem freundlichen Licht erscheinen ließen. Mr. Hill erklärte: „Ich gewann den Eindruck, daß zahlreiche dieser Berichte im Sinne Fidel Castros gefärbt waren. Ich führe hier einen als Beispiel an; er befaßte sich mit dem ersten Jahr der Herrschaft Castros. Er behandelte Castro nach meiner Ansicht in einer viel freundlicheren Art, als es dieser schändliche Charakter verdiente.“

Heute, nachdem sich Castro vor der ganzen Welt zu seinem Kommunismus bekennt und sich brüstet, wie gut er seine Überzeugung in den ersten Tagen der Revolution verborgen hätte, ordnet sich natürlich jedermann wieder ein. Das State Department gab ein Weißbuch heraus und die eifrigsten Parteigänger Castros in der amerikanischen Presse haben ziemlich zurückgesteckt. Ich meine aber, es war für viele Amerikaner völlig unangebracht gewesen, sich bei Castro eine marxistisch-leninistische Eintrittskarte zu besorgen und sich seinen Ansichten anzupassen. Ganz von Anfang an wäre es die Aufgabe der Regierung der Vereinigten Staaten gewesen, auf die wahre Natur der sogenannten „Erhebung“ Kubas hinzuweisen. Meiner An-

sicht nach hätte dies durch eine ernsthaftere und durch weniger Vorurteile beeinträchtigte Untersuchung seitens unserer Nachrichtendienste ermöglicht werden können.

Die derzeitige Lage in Kuba ist nicht ganz unähnlich jener Tyrannei, die dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) vorangegangen war. Erinnern wir uns an die Haltung unserer damaligen Regierung, als sich die Kubaner unter der Last ihrer Arbeit zugunsten des spanischen Imperialismus krümmten. Wir wollen uns an den Patriotismus unseres Volkes erinnern, das damals, als eine europäische Macht vor unserer Türe herrschte, sich für die Freiheit der westlichen Hemisphäre begeisterte.

Im 19. Jahrhundert lastete die schwere Hand Spaniens auf der kleinen Insel Kuba. Tyrannei, Habgier und Egoismus bezeichnete die Kolonialpolitik der großen Herrn der westlichen Hemisphäre seit den Tagen Alvas, Pizarros, Cortez' und de Sotos. Die spanische Regierung zollte den neuen Ideen keine Aufmerksamkeit, die die Vereinigten Staaten allein durch ihr Beispiel in ganz Amerika verbreiteten. Es erkannte in der Monroe-Doktrin von 1823 keineswegs die Grundgedanken, die sich einst gegen ihre eigene üble Herrschaft in Kuba wenden könnten. Es achtete kaum auf die starken kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen Kuba und der großen Republik im Norden entwickelten. Mit kurzen Worten: Spanien betrieb in seiner Kolonie Kuba eine blinde Politik von berechneter Grausamkeit und Unterdrückung; es unterdrückte jeden Funken von Unabhängigkeitsstreben oder Eigenleben, der sich in der hungernden, niedergedrückten Bevölkerung dieser Insel regte.

Ebenso wie heute bedeutete gegen Ende des 19. Jahrhunderts Kuba für die Vereinigten Staaten ein Problem und eine Bedrohung. Durch siebzig lange Jahre war die Tatsache, daß Spanien Kuba besaß und wie es Kuba ver-

waltete, eine Quelle der Sorge für die Vereinigten Staaten. Die Regierungsmethoden, die Behandlung der Bevölkerung, die andauernden Unruhen und das Unglück der Kubaner, die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung der Einwohner – das alles widerstrebte dem tief eingewurzelten Gefühl der Amerikaner für sauberes Vorgehen und menschlichen Anstand. Hunger, Ausbeutung, Vernichtung und Elend lasteten auf einer der schönsten Inseln der Welt, die, seit sie unter die Herrschaft der Spanier geriet, niemals Gelegenheit hatte, ihre Möglichkeiten zu entwickeln oder ihre Einwohner über die Stufe des Feudalismus emporzuheben. Dies alles geschah unmittelbar vor unserer Tür und unter dem Schutze einer fremden Macht.

Der Hauptschurke in dieser früheren Geschichte Kubas war ein gewisser General Weyler, damals spanischer Gouverneur von Kuba. Sein Name wurde zum Sinnbild der Brutalität für alle Amerikaner in der Zeit vor der Jahrhundertwende. General Weyler war es, der eines der grausamsten und unmenschlichsten Konzentrationslager der ganzen Geschichte erfand. Er gab einen Befehl heraus, demzufolge alle Landbewohner Kubas binnen acht Tagen in befestigten Gebieten zusammenzufassen seien, aber er verweigerte ihnen das Recht, Nahrungsmittel mitzunehmen. Das Resultat mußte der vorausberechnete Hungertod von Hunderttausenden von Kubanern sein, die sich normalerweise von ihren Bodenerträgnissen ernährten. Hungersnot und Krankheit wüteten ungehindert in allen Teilen Kubas, wo immer Guerillakämpfer ihren Widerstand gegen die Tyrannenherrschaft Weylers konzentrierten. Am bittersten litten Frauen und Kinder.

Als dem amerikanischen Volk zu Bewußtsein kam, was dieser „Reconcentrado“-Befehl an Lebensgefahr und Leiden wirklich bedeutete, war seine Entrüstung eine

Sache des Augenblicks. Es forderte Intervention und Taten. Diese Forderungen freilich wurden übertönt von einem ganzen Chor von „Besänftigern". Diese erklärten: „Hier handelt es sich um eine auswärtige Angelegenheit. Was die Spanier tun, geht uns nichts an. Wenn wir etwas unternehmen, riskieren wir vielleicht einen Krieg."

Es sei hier festgehalten, daß die amerikanische Entrüstung sich in jenen Tagen fast ausschließlich auf humanitäre Erwägungen hinsichtlich des kubanischen Volkes gründete. Die Spanier hatten die Vereinigten Staaten nicht beleidigt und verspottet, wie Castro dies heute tut. Sie verschworen sich nicht mit Feinden unseres „way of life" und unserer Regierungsform, wie heute die Regierung Castro. Sie unternahmen keine Bemühungen, eine Ideologie zu verbreiten, die den amerikanischen Interessen in der westlichen Hemisphäre zuwiderlief. Nur in ihrer brutalen Behandlung des kubanischen Volkes zeigten sie ein so unmenschliches Verhalten, daß es im Interesse von Anstand, Ordnung und Gerechtigkeit für die Vereinigten Staaten schwierig war, nicht einzuschreiten.

Von offizieller Seite gab es einige Verzögerungen; dies war vielleicht verständlich. Amerika war eine junge Nation und hatte die Folgen eines harten und blutigen Bürgerkrieges noch kaum überwunden. Spanien hingegen war seit langem Mitglied der Völkerfamilie, es verfügte über Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der internationalen Bündnispolitik.

Unsere Kriegsmaschinerie war klein und unerprobt. Spanien führte seit rund tausend Jahren Kriege; es war gegen Angriff, Aufruhr und Verteidigung gewappnet. Unsere Städte und Ortschaften an der Küste waren ungeschützt. Von Spanien war bekannt, daß es über eine Flotte von 200 Kriegsschiffen und 200000 wohlgerüstete und kriegsbereite Soldaten in Kuba und Puerto Rico verfügte.

Es gab viele triftige Gründe – viel mehr als es heute gibt –, die in der Sache Kuba für eine Bedenkzeit der Staatsführung sprachen.

Am 15. Februar 1898 wurde die „Maine“, ein Schlachtschiff der Vereinigten Staaten, durch eine ungeheuere Explosion im Hafen von Havanna versenkt, wobei 264 amerikanische Matrosen den Tod fanden. Der Verlust der „Maine“ bei Wahrnehmung eines friedlichen Auftrages in den spanischen Gewässern, war für unsere Republik ein Fanal. Er lieferte unserer jungen und gespannten Nation ein Ereignis, auf das sie sich konzentrieren konnte, und dazu einen Schlachtruf. Die Parole „Denkt an die ‚Maine‘!“ elektrisierte ein friedliches Volk zur Kriegsbereitschaft und führte das stolze spanische Königreich in eine Katastrophe.

Indessen verwandelt auch eine heftige Provokation eine unvorbereitete Nation nicht in eine schlagkräftige Militärmacht, die imstande ist, zu Lande wie zu Wasser einen Angriffskrieg zu führen. Das Vorhaben war enorm, aber unsere Nation ließ sich kraftvoll darauf ein, befeuert von einem rechtschaffenen und empörten Patriotismus, wie er unserem Lande heutzutage zu oft mangelt.

Damals konnten wir freilich einfach von uns aus handeln. Kühn konnten wir einen Kurs verfolgen, wie ihn uns unser nationales Gewissen vorschrieb, ohne uns Gedanken darüber zu machen, wie eine solche Aktion mit unserem Prestige in einer internationalen Organisation wie den „Vereinten Nationen“ in Einklang gebracht werden könnte. Unsere Handlungsfreiheit wurde auch nicht durch Überempfindlichkeit gegenüber der Reaktion anderer Mächte eingeschränkt. Um die Jahrhundertwende waren wir sicherlich nicht die mächtigste Nation dieser Erde, wir waren auch nicht die reichste oder die einflußreichste. Aber nach unserer eigenen Überzeugung und nach unserem Willen, dafür einzustehen, gehörten wir zu

den unabhängigsten Völkern der damaligen Welt. Diese Unabhängigkeit – stark, männlich und unerschrocken – ließ uns das weit mächtigere Spanien herausfordern und wegen seiner Tyrannenherrschaft über unsere Nachbarn in der westlichen Hemisphäre zur Rechenschaft ziehen. Und diese unsere Unabhängigkeit veranlaßte die anderen Nationen der Welt, nunmehr unserem flügge gewordenen Land jenen Respekt zu zollen, den Überzeugungstreue und Entschlossenheit begründen.

Nun wollen wir unsere Stellung in der heutigen Welt betrachten. Wir verfügen über mehr Macht, Reichtum und Einfluß als irgendeine andere Nation dieser Erde. Wir haben ein Militärpotential, dem kein anderes gleicht. Wir haben ein ausreichendes Produktionsvolumen. Unser technischer Fortschritt verschafft uns die Möglichkeiten, alles zu unternehmen und mehr zu erreichen als irgendeine andere Nation unseres Erdballes. Alle Möglichkeiten stehen zu unserer Verfügung; aber was bedeutet das im Bereich der internationalen Beziehungen? Welches Gewicht hat das alles, wenn ein kommunistisch orientierter und kommunistisch gelenkter Emporkömmling wie Fidel Castro unsere Fahne und alles, was sie repräsentiert, herausfordern und beleidigen kann? Welchen Wert hat unsere Macht, wenn wir uns fürchten, auch nur einen Teil davon für unser nationales Gewissen und das gemeinsame Wohlergehen der westlichen Hemisphäre zu riskieren?

Ich möchte an dieser Stelle vom weisen alten König Aratus berichten, der 220 Jahre vor Christus lebte. Ich denke, seine Worte bezeichnen klar und zusammenfassend die Haltung jener patriotischen Amerikaner, die 1898 die Macht Spaniens herausforderten. Das ist es, was Aratus zu sagen hatte:

> „Dieser Krieg ist schrecklich, das gebe ich zu, aber er ist nicht so schrecklich, daß wir, um ihn zu vermei-

den, eine Unterwerfung auf uns nehmen sollten. Warum rühmen wir unsere Gleichheit, unsere Redefreiheit und alles das, was wir unter dem Worte Freiheit verstehen, wenn nichts dem Frieden vorzuziehen ist? Friede in Verbindung mit Gerechtigkeit ist das schönste und kostbarste Gut. Wenn er aber mit Niedertracht und Feigheit verknüpft ist, ist nichts beschämender und unheilvoller als der Friede."

Als einem Konservativen wurde mir früher oft vorgeworfen, mich nur mit der Vergangenheit zu beschäftigen, anstatt in die Zukunft zu blicken. Was unsere Beziehungen zu Kuba betrifft, so bekenne ich mich eines gewissen Vorurteils hinsichtlich der Bedingungen und Verhaltensweisen schuldig, wie sie unter der Präsidentschaft McKinleys gegeben waren. Sie bieten meiner Meinung nach eine bedeutende und lebenswichtige Orientierung auch für unsere heutigen Verhältnisse und Aktionen. Meiner Überzeugung nach tun wir sehr gut daran, die Vergangenheit zu studieren, um im Vergleich zu ihr unsere nationale Haltung, unsere nationalen Interessen und unsere Vaterlandsliebe zu überprüfen.

Obwohl wir in den auf den Untergang der „Maine" folgenden Tagen eine Unternehmung von unserer Seite diplomatisch vorzubereiten begannen, so waren doch unsere Möglichkeiten begrenzt. Wir sahen uns gezwungen, mehr Männer, Geld und Schiffe zu mobilisieren, als jemals vorher in der Geschichte der Republik. Und wir mußten schnell handeln, wenn wir unsere schutzlosen Küsten vor Angriffen der Spanier von der See her bewahren wollten. Es stellte sich freilich heraus, daß unsere Nation, in deren Reihen der Geist von 1776 hell aufloderte, der Aufgabe mehr als gewachsen war.

Als erstes stellte der Kongreß – mit einmütiger Zustimmung beider Häuser – dem Präsidenten sofort 50 Millionen Dollar „für nationale Verteidigung und für jeglichen

damit verbundenen Zweck“ sofort zur Verfügung. Es wurden fieberhafte Vorbereitungen getroffen, um das ganze amerikanische Volk zum Kriegseinsatz zu mobilisieren.

Die Stimmen der „Besänftigung“ waren jedoch noch nicht ganz zur Ruhe gebracht. Im April 1898 überreichten die Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Rußlands Präsident McKinley eine gemeinsame Note, in der die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien „freundschaftlich beigelegt“ werden könne. In einer höflichen Botschaft antwortete der Präsident den europäischen Mächten, sie sollten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und die Vereinigten Staaten ihre Probleme selbst lösen lassen. Das war am 7. April. Am 11. April ließ der Präsident dem Kongreß eine Botschaft zukommen, in der er die ganze traurige Lage der hilflosen und geknechteten Insel Kuba noch einmal darlegte und erklärte, daß für Amerika nun die Stunde des Handelns gekommen sei.

Der Präsident führte aus, es handle sich in Kuba um einen Aufstand, der sich in einer fortgesetzten Reihe von Aufruhrhandlungen gegen die Spanier äußere; diese hätten seit mehr als fünfzig Jahren auf dieser Insel einen Zustand von Verwirrung und Unruhe aufrecht erhalten, der die Sicherheit, das Wohlergehen und die Souveränität der Vereinigten Staaten bedroht habe, während die Barbarei der spanischen Regierung „im amerikanischen Volk Empfindungen des Mitgefühls ausgelöst und die Gefühle menschlicher Sympathie zutiefst getroffen“ habe. Er führte weiter aus, demgegenüber sei Neutralität ruinös für Kubas Wohlergehen und gefährlich für Amerika.

Der Kongreß handelte unverzüglich im Sinne der Botschaft des Präsidenten. Er nahm einstimmig eine gemein-

same Resolution an, in der sich die Vereinigten Staaten zu einer Politik des bewaffneten Eingreifens in den Konflikt zwischen Spanien und Kuba verpflichteten.

So handelte eine große und verantwortungsbewußte Nation im Sinne ihrer Bestimmung, trotz der Warnungen und des Druckes von sechs europäischen Großmächten, denen ein bewaffneter Konflikt in den beiden Amerikas zu jenem Zeitpunkt ungelegen und unerwünscht war.

Ich möchte daran erinnern, daß dies alles in einer Zeit geschah, in der die Vereinigten Staaten ihren eigenen Weg gingen, ihre eigene Außenpolitik festlegten und sich auch in der Völkerfamilie zur Eigenverantwortung bekannten. Das alles war, bevor wir uns darauf einließen, bei unseren Entscheidungen den Ansichten anderer Nationen Einfluß einzuräumen und bevor wir begonnen haben, die Reaktion anderer Nationen und anderer Machtblöcke auf die Gestaltung unserer internationalen Politik zu fürchten. Es war, bevor die „Vereinten Nationen" bestanden, dieses Forum für anti-amerikanische Propaganda in unserer eigenen Mitte. Und es war, bevor wir den Verfechtern fremder Ideologien und den „Diktatoren der roten Tinte" gestatteten, unsere Zeitungen und unser State Department zu beeinflussen.

Das war eine Zeit, in der unser Patriotismus sich noch glühend und unverfälscht äußerte, in der Nationalstolz und bedingungslose Treue noch hochgehalten wurden. Es war eine Zeit, in der der Geist der Freiheit und der Gerechtigkeit herrschte, der unsere Nation zu einem Leuchtturm der Freiheit für die ganze Welt gemacht hatte.

Und die dem amerikanischen Volk verliehenen Gaben standen in jenen Prüfungstagen im Einklang mit seinem Enthusiasmus, sie setzten sie in den Stand, die schwersten Lasten des Krieges auf sich zu nehmen. Zu Beginn des Krieges verfügten wir über ein Heer von rund 25000

Mann. Es war nötig, unseren Mannschaftsstand rasch zu erhöhen. Präsident McKinley rief Freiwillige auf. Die Antwort kam schnell und überzeugend. Obwohl sich der Aufruf nur auf 125 000 Männer bezog, boten mehr als eine Million von den sechs Millionen tauglichen Amerikanern ihre Dienste an.

Ähnlich war der Widerhall des amerikanischen Volkes auf die Notwendigkeit erhöhter Geldmittel. Um die beachtliche Freiwilligen-Armee von 300000 Mann zu erhalten, hatte der Kongreß eine „Kriegsanleihe" beschlossen; die Bevölkerung wurde aufgefordert, zweihundert Millionen Dollar zu zeichnen, die die Regierung mit jährlich drei Prozent zu verzinsen versprach.

Das Vertrauen des amerikanischen Volkes in die Kraft und den Rückhalt seiner Regierung war so stark, daß geradezu ein Käufersturm auf diese Obligationen einsetzte. Fünfmal wurde die 200-Millionen-Kriegsanleihe überzeichnet; das stärkte nicht nur die Regierung, sondern auch das Selbstvertrauen der Nation. Diese Demonstration der gewaltigen Mittel und der inneren Stärke der Vereinigten Staaten ließ die Welt zögern und sich Rechenschaft ablegen, bevor sie den Feinden dieser so vitalen jungen Republik Unterstützung gewährte. Eine Nation nach der anderen beeilte sich, ihre Neutralität im Kubakrieg zu erklären.

So erzwang auch die sichtbare Kundgebung der amerikanischen Entschlossenheit und Stärke sofort den Respekt der Welt, jene Art von Respekt, den sich unser schwankender und unsicherer Kurs in den internationalen Angelegenheiten im gegenwärtigen entscheidenden Zeitpunkt unserer Geschichte nicht zu verschaffen vermag.

Ich will hier nicht versuchen, die mutigen und beispielhaften Leistungen unseres Volkes im Kubakrieg mit Spanien darzustellen. Ich möchte nur sagen, daß unsere

Entschlossenheit größte Schwierigkeiten überwunden hat. Sie führte zu einem entscheidenden Sieg, der die spanische Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre für alle Zeiten gebrochen hat. Wie unser Volk diese Schwierigkeiten überwand, wird für immer auf einem Ruhmesblatt in der Geschichte nationalen Mutes verzeichnet sein. Ich würde meine Leser gerne in die hitzeglühenden Dschungel führen, als Leutnant Rowan aus West Point seine berühmte „Botschaft an Garcia" übermittelte, ich möchte die historischen Heldentaten Admiral Dewey's und seine Einnahme von Manila beschreiben und noch einmal vom Mut erzählen, den die US-Marinesoldaten bei Guatanamo bewiesen. Auch die Heldentaten der „Rauhreiter" und ihres Buckley O'Neil sollte ich erwähnen, als sie den San Juan-Hügel erstürmten. Ich müßte auch an den Heroismus und die Tapferkeit der amerikanischen Ärzte erinnern, die die Tropenkrankheiten besiegten, als sie unter unseren Truppen wüteten.

Aber was ich eigentlich unterstreichen will, ist: In den Tagen des spanisch-amerikanischen Krieges war unser Geist und unser Patriotismus so kraftvoll, daß wir trotz der Unerfahrenheit unserer Jugend und trotz unserer mangelnden Vorbereitung die Initiative ergriffen. Wir haben dann einen großen Sieg errungen und ein Volk befreit. Wir bezahlten diesen Sieg mit Krankheit, Leid und Trauer. Aber – wie ein Historiker der damaligen Zeit es ausdrückte:

> „Alle unschätzbaren Werte kosten etwas. Die Zivilisation hat einiges gekostet; das Christentum hat einiges gekostet. Lassen wir das Kritisieren. Gemessen an seinen großartigen Ergebnissen war kein Krieg in der ganzen Geschichte so billig, wie der spanische Krieg von 1898, wenn wir ihn nur richtig betrachten."

Jawohl, der kubanische Krieg von 1898 kostete uns etwas. Dessen war sich unsere Nation bewußt, sie war

aber bereit, zugunsten der Menschlichkeit und der Freiheit in der westlichen Hemisphäre den Preis zu zahlen. Auch unsere Regierung wußte genau, daß wir opfern müßten; aber dieses Wissen hielt sie keinen Deut davon ab zu tun, was getan werden mußte.

Wie ist nun unsere derzeitige Lage? Meiner Meinung nach können wir uns nur für Freiheit oder für Sklaverei entscheiden. Manche unter uns geben sich der falschen Vorstellung hin, daß wir den beklemmenden Frieden, wie er seit Ende des Zweiten Weltkrieges eingetreten ist, durch Anpassung an die totalitäre Lehre des Kommunismus weiter erhalten können. Vor die letzte Entscheidung gestellt, scheinen manche unter uns dem Nachgeben und der stückweisen Aufgabe von Freiheit und Menschenrechten den Vorzug zu geben. Zu unserer unendlichen nationalen Schande würden manche von uns lieber „auf dem Bauch nach Moskau kriechen als der Möglichkeit eines Krieges ins Auge sehen".

Im günstigsten Fall kann diese Haltung den status quo im kommunistischen Krieg aufrechterhalten, den unbehaglichen Frieden. Man sieht die überragende Notwendigkeit nicht ein, daß wir – im Interesse der ganzen Menschheit – den gegenwärtigen Kampf gegen die gottlosen Kräfte des internationalen Kommunismus gewinnen müssen.

Es hat nicht den Anschein, daß wir die enormen Risiken, die in Kuba auf dem Spiel stehen, wirklich erkennen. Die ganze Situation ist für die Kommunisten wie nach Maß gemacht. Hier haben sie eine ausgezeichnete Basis, um ihre ideologische Offensive gegen die beiden Amerika zu starten und fortzuführen. Sie haben hier eine Inselfestung, die sie bis zu den Zähnen bewaffnen können, um für jede militärische Eventualität gerüstet zu sein, die die Zukunft vielleicht mit sich bringt. Das gibt ihnen ein zug-

kräftiges Argument in der Welt der öffentlichen Meinung; sie können ungehindert erklären: „Wir sind so stark, daß wir – ohne daran gehindert zu werden – in der Lage sind, vor der südlichen Haustür der Vereinigten Staaten dem internationalen Kommunismus ein Schaufenster einzurichten."

Hier liegt für die Vereinigten Staaten nicht nur eine Gefahr; hier werden wir beschämt und beleidigt und das zerstört – je länger, je mehr – den Respekt, den die Welt uns noch entgegenbringt. Wenn das amerikanische Volk sich dieses Prestigeverlustes eingedenk ist, wird es – meiner Meinung nach – Kuba nicht weniger Aufmerksamkeit widmen als Laos oder Berlin. Es muß sich einmal überlegen, ob unsere Verbindlichkeiten gegenüber den „Vereinten Nationen" die Ausbreitung von Sklaverei und Umsturz innerhalb der westlichen Hemisphäre wert sind. Es muß einmal darüber nachdenken, ob wir noch irgendeine schwache Verbindung zum Geist der Monroe-Doktrin unterhalten oder ob wir bereits alle unsere nationalen Interessen dem Kollektiv-Urteil fremder Mächte ausgeliefert haben.

Eine verblüffende Ängstlichkeit und Unentschlossenheit charakterisierte unser Verhalten in der Kuba-Krise. Die intellektuelle Theorie der Nichteinmischung versetzte uns in Hypnose, während Castro uns lauthals beleidigte, unser Eigentum konfiszierte, unsere Mitbürger in die Gefängnisse warf und dem tödlichsten Feind, den die Welt jemals kannte, den Hof machte – bis er schließlich zugab, daß er ein Kommunist ist und es immer war. Unsere Haltung vor der Welt glich der eines Riesen, der gelähmt und verwirrt nur nebelhaft die Gefahr wahrnahm, die ihn bedrohte; ein Riese, der über die nötige Kraft verfügte, um dieser Drohung zu begegnen, der aber zu entschlußunfähig war, seine Kräfte zu nützen.

Ist es da ein Wunder, wenn viele Menschen im Ausland glauben, die Vereinigten Staaten seien schwächer als die Sowjetunion? Ich möchte nachdrücklich betonen, daß dieses von Unkenntnis geprägte Urteil an sich nichts bedeutet. Nur den Eitlen und unheilbar Sentimentalen unter uns wird der Schlaf geraubt bei dem Gedanken, daß fremde Völker von unserer Macht nicht so beeindruckt sind wie wir es wünschten. Worüber man schlaflos werden kann, ist, was diese Leute, weil sie uns für schwächer halten als wir es sind, wahrscheinlich tun werden: nämlich sich auf die Seite schlagen, die anscheinend die gewinnende ist.

Durch unsere Weigerung, in Kuba zu handeln in dieser schwerwiegenden, für die ganze Hemisphäre wichtigen Krise, fordern wir die unentschlossenen Völker der Welt geradezu auf, sich von den russischen Erklärungen ihrer Unbesiegbarkeit überzeugen zu lassen und sich im kommunistischen Krieg dem gegnerischen Block anzuschließen. Es ist sicher, daß unsere Feinde großes Kapital schlagen, aus unserer Unfähigkeit oder unserem mangelnden Willen, die wahre Bedeutung einer kommunistischen Bastion unmittelbar vor unserer Südküste zu erkennen. Die Zeit ist überreif, um die kommunistische Eroberung Kubas als das einzuschätzen, was sie ist, nämlich: der bedeutendste Sieg im kommunistischen Krieg, der die bevorstehende Errichtung einer kubanischen Sozialistischen Sowjetrepublik ankündigt und auf die Bildung einer lateinamerikanischen Union Sozialistischer Sowjetrepubliken hinzielt.

Nach diesen Erkenntnissen müssen wir handeln. Wir müssen alsolut und deutlich klarstellen, daß in der westlichen Hemisphäre kommunistische Regierungen nicht geduldet werden und daß das Castro-Regime aus diesem Grunde beseitigt werden wird. Wir müssen auch unmißverständlich klarstellen, daß wir bereit sind, unser mili-

tärisches und wirtschaftliches Potential für diese Verteidigung der Freiheit einzusetzen.

Es hat einen Zeitpunkt gegeben, zu dem wir das hätten tun können; aber zu unserer Schande wurden wir gegenüber unseren kubanischen Freunden wortbrüchig, und so schlug dieser Versuch fehl. Hätte Präsident Kennedy an seinem ursprünglichen Entschluß festgehalten, eine Invasion durchzuführen, wie sie geplant war, so hätten wir heute ein freies Kuba oder zumindest ein Kuba in tatsächlichem Aufstand gegen Castro und den Kommunismus. In der Nacht der geplanten Invasion gelang es irgend jemandem, den Präsidenten dazu zu bestimmen, die Luft- und Seestreitkräfte zurückzurufen, die wir aus rein militärischer Notwendigkeit zugesagt hatten. Kein vernünftiger militärischer Befehlshaber würde einen Angriff dieser Art, der den Einsatz von Amphibienfahrzeugen zur Landung erfordert, ohne Unterstützung durch Flugzeuge und Marine in Betracht ziehen. Gerade wir Amerikaner haben Erfahrung in Landeunternehmungen, wir verstanden es, unsere Truppen in schwerem feindlichen Feuer an den Strand zu bringen. Was mit solcher Unterstützung ein verhältnismäßig leichtes und billiges Unternehmen gewesen wäre, wurde durch das Fehlen dieser Unterstützung zu einem Fiasko, und zwar zu einem sehr beschämenden.

Es nützt uns nichts, wenn wir diesen schmählichen Fehlschlag in seinen Einzelheiten untersuchen; weit befähigtere Schriftsteller als ich haben das bereits getan. Ebensowenig hilft es uns, wenn wir in der Gruppe von Angsthasen, die den Präsidenten in auswärtigen Angelegenheiten berät, den Mann feststellen, der imstande war, die Ansichten des Präsidenten zu ändern. Was wir aus diesem Versagen herausholen müssen, sind die Lehren.

Die wichtigste Lehre ist ohne Zweifel, daß der Präsident als oberster Befehlshaber sich vor militärischen Ent-

scheidungen mit Militärs beraten soll und nicht mit Leuten, die nicht nur für die Aufgaben ungeeignet sind, für die sie ernannt wurden, sondern erst recht keine Voraussetzung mitbringen, um als militärische Berater zu dienen. Man konnte meinen, daß die schrecklichen Folgen von Roosevelts militärischem Unverstand – seine katastrophale Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" und seine ebenso schlecht beratene Entscheidung bezüglich Berlins – jedem unserer Präsidenten zur ewigen Warnung dienen würde, wenn er sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, Kriegsentscheidungen zu treffen. Offenbar aber war diese Lektion nicht gut gelernt worden.

Während es schwierig ist, hinsichtlich des Invasions-Fiaskos irgendein positives Ergebnis zu entdecken, so bin ich doch der Meinung, daß die Reaktion unserer Bevölkerung als ein solches angesehen werden kann.

Gleich nach dem Zwischenfall entdeckte ich – sowohl in meiner Post wie in meinen Gesprächen mit Menschen überall im Lande – erstmals ein Erwachen hinsichtlich der wirklichen Bedeutung des Castro-Regimes. Ich stellte eine gewisse Entschlossenheit und den Willen fest, irgend etwas zu tun, was den Präsidenten bestimmen sollte, gegenüber dieser Drohung das Nötige zu unternehmen.

Diese Leute waren in ihrer Einstellung sicherlich typisch für viele Amerikaner; sie wünschten Taten. Ermutigt wurden sie durch Mr. Salingers Ankündigung, die Regierung erwäge ein vollständiges Embargo über Kuba, und durch die tapferen Worte, die der Präsident vor einer Gruppe amerikanischer Zeitungsleute gefunden hatte. Sie schienen die Monroe-Doktrin noch einmal zu bestätigen. Aber verursachte die Verzögerung einer festen Haltung gegenüber Castro unmittelbar nach dem Fiasko der Invasion Unruhe und Entmutigung, so war man doch geduldig

und vernünftig genug, um zu erkennen, daß die Lage Vorsicht und Planung erforderte.

Dann kamen die Verhandlungen über den Austausch von Gefangenen gegen Traktoren und das amerikanische Volk sah sich zu dem Schauspiel gezwungen, daß unsere Regierung den erpresserischen Forderungen eines kommunistischen Machthabers nachgab. Der Welt wurde das Bild eines amerikanischen Volkes gezeigt, das Geld zusammenkratzt, um einem Westentaschen-Diktator den von ihm festgesetzten Preis zu bezahlen. Wir stehen in der Schuld jener patriotischen Kubaner, die ihr Heimatland befreien wollten. Wir haben sie verleitet und ihnen dann nicht geholfen. Wir haben ihnen und allen anderen freiheitsliebenden Völkern in der ganzen Welt gegenüber die Pflicht, eine feste Politik zu entwickeln, die sich auf Stärke stützt und die kein Nachgeben gegenüber kommunistischen Forderungen duldet.

Eine Erklärung unserer Absichten, wie ich sie vorschlage, würde uns sofort von unserer blinden und unrealistischen „Nichteinmischung" befreien, die wir bisher nur um ihrer selbst willen betrieben haben. Die Welt würde wissen, daß wir uns das Recht vorbehalten, in Situationen einzugreifen, in denen die Freiheit der Welt, unsere eigene Sicherheit und das Wohlergehen unserer Nachbarn direkt betroffen sind und daß wir derartige Belange nicht mehr nur der Beurteilung anderer anvertrauen werden. Ich bin der entschiedenen Ansicht, daß schon eine derartige Erklärung den Vereinigten Staaten ihre angemessene Rolle als führende Macht der Welt zurückgeben würde.

Nach solchem Neubeginn sollten wir, so meine ich, uns vor allem für das wirtschaftliche und politische Aufblühen der anderen amerikanischen Republiken einsetzen, um dafür wiederum ihre Unterstützung zu erhalten. Wir

sollten ein wirksames und vollständiges Embargo gegen Kuba durchsetzen und es nötigenfalls durch eine militärische Blockade unterstützen. Falls allerdings diese Maßnahmen fehlschlagen, sollten wir in Übereinstimmung mit anderen amerikanischen Staaten zu weiteren Aktionen schreiten, die geeignet erscheinen, den Kommunismus aus dem Frontbereich der westlichen Hemisphäre zu vertreiben.

Solches Handeln ist es, das die Welt von einer Nation erwartet, die mit Blut und Opfern Kubas Freiheit bereits einmal erkauft hatte. Dies erwartet die Welt von einem Volk, das sich der Rechte und Pflichten eines Wächters der westlichen Zivilisation voll bewußt ist.

Ich glaube, daß ein solcher Kurs uns gebieterisch vorgezeichnet ist – was immer wir dabei riskieren mögen –, wenn wir unserem amerikanischen Erbe gerecht werden und Verfechter der Freiheit sein wollen in einer Welt, die sich einer Verschwörung der Sklaverei gegenübersieht. Dieser Kurs muß furchtlos verfolgt werden, im vollen Bewußtsein, daß nicht nur unsere nationale Ehre, sondern auch unsere nationale Existenz auf dem Spiele steht. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen im Geiste anständiger Menschen, die entschlossen sind, den Triumph des Bösen zu verhindern.

FÜNFTES KAPITEL

DIE MONROE-DOKTRIN – HEUTE

Was geschah überhaupt mit der Monroe-Doktrin?

Das Kuba-Fiasko und unsere dabei gezeigte unentschlossene Politik rückt die ernste Frage nach unseren Beziehungen zu jenem Amerika, das südlich unserer Grenzen liegt, scharf in den Brennpunkt. Es sind Fragen, die ehrlich gestellt und realistisch beantwortet werden müssen.

Die Existenz von Kuba als einer Enklave des Kreml, neunzig Meilen von unserer Küste, beschwört als erstes die ebenso einschlägige wie unbequeme Frage herauf: Was geschah überhaupt mit der Monroe-Doktrin?

Die Welt war ganz anders als heute, nicht zuletzt in politischer Hinsicht, als Präsident James Monroe im Jahre 1823 vor dem Kongreß jene Grundsätze umriß, die seither als „Monroe-Doktrin" bekannt wurden. Damals wurde befürchtet, Spanien bereite sich auf die Wiedereroberung seiner Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent vor; dies bereitete England mehr Sorgen als den noch relativ jungen Vereinigten Staaten. England wünschte eine gemeinsame Erklärung, wir aber vertraten unseren Standpunkt selbst. Mit dieser Doktrin verkündeten wir der Welt, daß wir jedes Land außerhalb unserer Hemisphäre vor dem Versuch warnten, in irgendein auf dieser gelegenes Gebiet einzudringen, und daß wir, falls nötig, dieser Warnung militärisch Nachdruck verleihen würden.

Wir erklärten der Welt dem Sinne nach: „Haltet ein! Mischt euch nicht in die Angelegenheiten irgendeiner amerikanischen Regierung, weder mit Gewalt noch durch Umsturzversuche – sonst werden wir, die Vereinigten Staaten, zugunsten dieses heimgesuchten Landes eingreifen."

Niemand wird leugnen, daß diese Erklärung für die Geschicke der ganzen westlichen Hemisphäre von größter Bedeutung war. Im Jahre 1962 freilich, rund 140 Jahre nach ihrer Formulierung, hat die Doktrin ihre Grundzüge geändert. Obgleich einige Historiker meinen, die Monroe-Doktrin sei niemals wirklich voll wirksam gewesen, stellen Kenner der südamerikanischen Verhältnisse heute fest, daß sie – was ihre wörtliche Bedeutung betrifft – nicht nur ihre Wirksamkeit verloren, sondern – verglichen mit ihrer ursprünglichen Bedeutung – auch ihren Charakter geändert habe. Im Laufe unseres Jahrhunderts wurde sie „panamerikanisiert".

Woodrow Wilson, der die Gründung einer Liga der panamerikanischen Nationen vorgeschlagen hatte, vertrat die Meinung, daß unser Anspruch auf einseitige Interventionen innerhalb unseres Kontinents aufgegeben und die Monroe-Doktrin dadurch umgeformt werden solle. Die dramatische Abkehr von der Doktrin vollzog sich aber erst im Jahre 1933 auf der Konferenz der amerikanischen Staaten in Montevideo. Hier erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, auf einseitige bewaffnete Interventionen bei Streitigkeiten der lateinamerikanischen Staaten zu verzichten. Im gleichen Jahr führte Sumner Welles in einem Memorandum an den Präsidenten Roosevelt aus, daß zwar die Monroe-Doktrin die Selbstverteidigung der Vereinigten Staaten betreffe, daß sie aber auch als eine Doktrin der „kontinentalen Selbstverteidigung" angesehen werden könne.

Beim Herannahen des Zweiten Weltkrieges war das Maß der Solidarität auf unserem Kontinent beträchtlich; diese hielt, wenn auch nicht einmütig, bis zum Ende des Krieges an. Im Jahre 1945 umriß der „Act of Chapultepec" die wesentlichen Grundzüge eines Sicherheitssystems der Länder der westlichen Hemisphäre für die Zeit nach dem Kriege. Hier wurde noch einmal betont, daß jeder Angriff auf die Integrität, Unverletzlichkeit, Souveränität oder politische Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates als eine Angriffshandlung gegen alle anderen amerikanischen Staaten betrachtet werden würde.

Später, am 30. April 1948, wurde in Bogotá die „Charter of the Organization of the American States" (OAS) unterzeichnet; diese erweiterte die Monroe-Doktrin in dem Sinne auf den ganzen Kontinent, daß dessen Verteidigung nunmehr als eine Aufgabe aller 21 Mitgliedsstaaten aufgefaßt wurde.

Und nun kommen wir zur Kernfrage. Was hat die „Organization of the American States" getan, um der offenkundigen Bedrohung unserer Freiheit entgegenzutreten?

Die Antwort ist, wie ich fürchten muß, denkbar einfach: Bis heute so gut wie nichts. Auch der im Februar 1962 erfolgte Ausschluß Kubas aus der OAS muß sich erst noch als wirksam erweisen.

Die kommunistische Infiltration auf unserem Kontinent bildet seit Jahren eine ernsthafte Gefahr. Bisher waren die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, von der OAS mehr zu bekommen als leere Worte. Die Konferenz von Bogota im Jahre 1948 mißbilligte „die politische Aktivität des internationalen Kommunismus" als ein System, das „darauf hinzielt, öffentliche und bürgerliche Freiheitsrechte zu unterdrücken". Das vierte Treffen der Außenminister (1951) wurde wegen der Notwendigkeit einberufen, „ge-

meinsame Verteidigungsmaßnahmen gegen die aggressiven Aktionen des internationalen Kommunismus" zu treffen.

Die Kommunisten betreiben Einmischung in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Einige ihrer besonders eifrigen Interventionisten haben Kuba dazu ausersehen, als Stützpunkt zu dienen. Die Kubaner – ebenso wie die Kommunisten in der gesamten Sowjetwelt – sind entschlossen, unseren Mitbürgern in dieser Hemisphäre ihre Rechte und ihr Eigentum wegzunehmen und unsere Nachbarn zu zwingen, Satelliten des kommunistischen Imperiums zu werden. Diese Aktivität von seiten der Kommunisten und ihrer Mitläufer stellt eine offenkundigere Verletzung sowohl des Völkerrechts wie der Monroe-Doktrin dar als sie jemals begangen wurde.

Doch bis jetzt ist es uns noch nicht einmal gelungen, bei der „Organisation der amerikanischen Staaten" Sanktionen politischer oder wirtschaftlicher Natur gegen das lärmende Castro-Regime durchzusetzen. Bis Mitte Dezember 1961 haben nur zwölf der lateinamerikanischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Kuba und Castro abgebrochen – die Dominikanische Republik, Haiti, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Kolumbien, Paraguay, Peru und Venezuela. Auf der Konferenz der OAS in Punta del Este (Uruguay) Anfang 1962 wurde Kuba endlich aus diesem Klub hinausgeworfen. Aber es war nur ein begrenztes Ziel, das die Vereinigten Staaten damit erreichten. Unser eigentlicher Wunsch – ein kollektiver Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kuba – wurde nicht erfüllt.

Angesichts dieser schwersten aller Gefahren, die ganz Lateinamerika seitens des unnachgiebigen internationalen Kommunismus droht, halten manche Leute die Monroe-Doktrin dem Buchstaben nach für tot oder für unanwend-

bar. Ihr Geist aber ist lebendig geblieben und ihn müssen wir am Leben erhalten.

Die unglaubliche Tatsache, daß Chrustschows kleine, lärmende Marionette Castro nur wenige Flugminuten von unserer südlichsten Stadt seine Nase hoch trägt und die Freiheit verhöhnt, betrifft nur die Oberfläche der verwickelten Lage, der wir uns auf der westlichen Hemisphäre gegenübersehen. Wir müssen kommunistische Umtriebe auf dem amerikanischen Kontinent, innerhalb unserer eigenen Grenzen wie in Süd- und Mittelamerika, mit jeder Waffe unseres Arsenals bekämpfen. Wir sehen uns aber auch einem organisierten Anti-Amerikanismus gegenüber, der zum Teil kommunistisch inspiriert ist, sich zum Teil aber auch auf die alte Tradition des „Gringo"-Hasses gründet.

Hier wie anderswo müssen wir unsere schwankende, unsichere nationale Zielsetzung überwinden. Während eines ganzen Jahrhunderts war unsere Politik gegenüber Lateinamerika gutgemeint, aber untauglich.

Mit sehr wenigen Ausnahmen haben zwar die lateinamerikanischen Staaten im globalen Konflikt zwischen totalitärer Tyrannei und einer Regierungsform, die dem Willen des Volkes entspricht, ihren Standpunkt zögernd auf der Seite der nichtkommunistischen Welt eingenommen. Aber hinsichtlich der gegenwärtigen wie der zukünftigen Haltung Lateinamerikas ist Ungewißheit entstanden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten versuchte in den letzten dreißig Jahren die lateinamerikanischen Staaten insofern zu beschwichtigen, als sie sich die traditionellen, gesetzlich fundierten Rechte beschneiden ließ, ihre Bürger und deren Eigentum in Lateinamerika zu schützen. Diese Politik der Nachgiebigkeit sollte zur Harmonie und zum allgemeinen Wohlergehen in der westlichen Hemisphäre

beitragen, hatte aber zwei Folgen: 1. Geradezu zementierte Vereinbarungen gegen Interventionen in die inneren oder äußeren Angelegenheiten irgendeines lateinamerikanischen Landes und 2. die „Panamerikanisierung“ der Monroe-Doktrin, wie sie uns ja schon bekannt ist. Seit einer ganzen Reihe von Jahren hat die Regierung der Vereinigten Staaten die personellen und wirtschaftlichen Rechte ihrer Bürger in Lateinamerika nicht mehr geschützt.

Während der Amtszeit Woodrow Wilsons verletzten die Mexikaner beinahe unwidersprochen personelle wie Eigentumsrechte von Bürgern der Vereinigten Staaten. Im Jahre 1938 konfiszierten die mexikanischen Beamten den beträchtlichen amerikanischen Besitz an Ölvorkommen und die Regierung Boliviens folgte noch im gleichen Jahr diesem Beispiel. Rund zehn Jahre später nahm Juan Peron Amerikanern gehörende öffentliche Versorgungsbetriebe weg und löste damit eine weit verbreitete Epidemie solcher Beschlagnahmen aus.

Die umfassendsten Enteignungen der Nachkriegszeit fanden im Jahre 1952 in Bolivien (hier bezogen sie sich auf nicht allzu wertvolles Bergbaueigentum) und in Kuba in den Jahren 1959 und 1960 statt. Dort ging es um enorm wertvolle Beteiligungen an Zucker- und Viehzucht-Plantagen, Zuckerraffinerien und öffentlichen Versorgungsbetrieben.

Obwohl schon bei den früheren Verletzungen von Eigentumsrechten der kommunistische Einfluß spürbar war, wurde dieser erst in den 50er Jahren ganz offensichtlich. Er wurde bereits 1952 in Bolivien festgestellt, in Guatemala während der Regierungszeit Jacobo Arbenz' (1952–1954) und etwas früher in Mexiko, hier allerdings mit etwas weniger schlimmen Folgen. Und selbstverständlich in Kuba, sowohl vor wie nach der Regierungsübernahme durch Fidel Castro und seine Genossen.

Die Politik bewaffneten Eingreifens zum Schutz unserer Bürger war dem Konzept der „guten Nachbarschaft" geopfert worden. Dies ist einer der Faktoren, der zu unserem heutigen Problem Lateinamerika beiträgt; er illustriert noch einmal die Bereitschaft unseres Landes, seine international festgelegten Rechte aufzugeben, um dafür etwas Wohlwollen einzuhandeln. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß vielfach gerade diejenigen US-Bürger, deren Eigentum in Lateinamerika konfisziert wurde, beträchtliche und vielseitige Beiträge zum Aufblühen dieser Länder geleistet haben. Allerdings gehören – abgesehen von Kuba und einigen Einzelfällen wie dem Griff nach dem I. T. & T.-System in Brasilien – die Enteignungen im wesentlichen der Vergangenheit an.

Was können wir nun heute tun in Hinblick auf Lateinamerika und auf unseren Kampf gegen unseren Hauptfeind, den Kommunismus?

Die weltweite Antwort hat Vorrang: den Sieg über den Kommunismus zum nationalen Hauptziel erklären. Als zweites muß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika als ihr Hauptanliegen sicherstellen, daß die benachbarten Republiken sich erneut mit unserem Land und seinen Verbündeten identifizieren im globalen Kampf für nationale Unabhängigkeit und individuelle Freiheit und Würde.

Die große Masse der Bevölkerung Lateinamerikas – die „kleinen Leute" und der Mittelstand – werden wahrscheinlich in diesem so bedeutsamen Kampf in ihrem Teil der westlichen Welt den Ausschlag geben. Seit Anfang unseres Jahrhunderts ist der politische und soziale Einfluß dieser Gruppen in Lateinamerika im Wachsen begriffen. In allen zwanzig Ländern südlich des Rio Grande ist das Volk gegenwärtig bereits in Bewegung geraten oder unzufrieden. In den letzten zehn Jahren folgte ein

Diktator dem anderen. Bis Anfang 1960 wurden diese altmodischen Despoten, die oft mit den reichen Gutsbesitzern, Bergwerksbesitzern und Bankiers eng verbunden waren, in den meisten dieser Länder ermordet oder entmachtet. Anfang 1962 regierten Diktatoren nur mehr in vier kleinen lateinamerikanischen Staaten.

Die wichtigsten Anliegen dieser Völker sind: persönliche Freiheit zu erlangen, eine Verdammung durch die römisch-katholische Kirche zu vermeiden und ihren dürftigen Lebensstandard möglichst rasch zu erhöhen; der letztgenannte Faktor dürfte der mächtigste sein. Ihr Freiheitskonzept ist nebelhaft. Viele der kleinen Leute in Lateinamerika haben niemals über Freiheit in nennenswertem Umfang verfügt. Die derzeitige Gefahr besteht darin, daß die Kommunisten mit ihrer Behauptung, Religion sei „Opium für das Volk“, die Treue zur Religion und zur Kirche untergraben, bevor die kleinen Leute merken, daß der Klerus fast ausnahmslos ihr bester Freund ist.

Solange die große Masse nicht davon überzeugt werden kann, daß eine rasche Änderung der bisherigen Verhältnisse im Sinne ihrer Wünsche möglich ist, wird es sich vielleicht als unmöglich erweisen, den Kommunismus in Lateinamerika wirksam zu bekämpfen und zu besiegen. Die Masse des Volkes denkt noch zu schlicht, als daß sie das enorme Täuschungsmanöver durchschauen könnte, das derzeit im Gange ist. Zuviele ihrer Führer versuchen, in der „neutralistischen“ Art von Südostasien und Afrika von beiden Seiten Nutzen zu ziehen. Wie dem auch immer sei: Man muß die Masse des Volkes zur Überzeugung bringen, daß eine Demokratie mit ihrem freien Unternehmertum das geeignetste Mittel ist, ihre wichtigsten Ziele zu erreichen, und daß auch die Führung ihrer Kirche nicht länger als ein Hindernis zum Fortschritt angesehen werden sollte.

Unsere Hilfsprogramme für Lateinamerika sollten auf den Gedanken ausgerichtet sein, solche Änderungen in Lateinamerika mit durchzusetzen. Vorrang gebührt hier einem sozial verantwortungsbewußten Kapitalismus und solchen Regierungen, die eine wirklich repräsentative Demokratie anstreben. Die Aussichten für Regierungen mit stärkerem sozialen Verantwortungsgefühl und für wirksamere unternehmerische Privatinitiative scheinen in Lateinamerika heute etwas besser zu sein als vor etwa zehn Jahren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden durch die Ereignisse in Guatemala, Bolivien und besonders Kuba stark gestört. Sowohl die Regierung der Vereinigten Staaten wie die amerikanischen Unternehmer müssen sich nach besten Kräften dafür einsetzen, solchen lateinamerikanischen Unternehmern, denen das Wohlergehen ihrer Länder am Herzen liegt, beizustehen und sie zu stützen.

Wir sollten keine Programme oder Pläne fördern, die wir nicht vorher sorgfältig auf ihre Wirkung auf die breite Masse und deren Einstellung gegenüber dem privaten Unternehmertum ihrer Länder geprüft haben. Offizielle Unterstützung von Programmen und Plänen, die zur Folge haben können, daß sich Lateinamerika noch entschlossener dem Sozialismus zuwendet, würden unsere Bemühungen vereiteln, der globalen kommunistischen Bedrohung dieses Teiles der Welt entgegenzutreten. Sozialismus kann in Lateinamerika, wie in anderen unterentwickelten Gebieten leicht zum Kommunismus führen, vor allem wegen der Unerfahrenheit, Schwäche, Verschwendungssucht und Bestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung.

Ich schlage nicht vor, die Uhren in Lateinamerika auf jene Tage zurückzustellen, in denen wir die Neigung hatten, die Länder im Süden unserer Grenze herablassend

als „arme Vettern“ zu behandeln. Gegenüber den kommunistischen Aggressoren aber müssen wir auf Einigkeit auf unserem Kontinent bestehen. Sollte die „Organization of American States“ sich dazu aufschwingen können, gegen die Verbreitung des Kommunismus – gleichgültig, in welcher Form er sich offenbart – klar und kompromißlos Stellung zu nehmen, dann will ich ein eifriger Verfechter dieser Organisation werden. Wenn die OAS eine energische Führung benötigt, liegt es offenkundig an den Vereinigten Staaten, diese Führung zu übernehmen. Wenn sich die OAS aber weiterhin weigert, gegen kommunistische Expansionen wirksam einzuschreiten, dann bleibt den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig, als ihrerseits zur Tat zu schreiten.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die lateinamerikanischen Republiken uns schief ansehen werden, wenn wir eine nachdrückliche Aktion gegen den Kommunismus auf unserem Kontinent unternehmen sollten. Und selbst wenn sie es tun, was bedeutet schon ihre Kritik, wenn es sich klar um eine Frage unserer (und ihrer) Freiheit handelt? Zu guter Letzt werden sie einsehen, daß wir ihren Kampf nicht weniger kämpfen wie den unseren.

SECHSTES KAPITEL

DER WELT-GERICHTSHOF

In den folgenden drei Kapiteln will ich drei mögliche Gefahren behandeln. Sie sind nicht gänzlich kommunistischen Ursprungs; trotzdem gereichen sie, wenn ihre volle Entwicklung zugelassen wird, unserem Feind zum Nutzen. Diese drei Gefahren sind der „Welt-Gerichtshof" und die fortwährenden Versuche, das diesbezügliche Conally-Amendment zu widerrufen; die Abrüstung oder die Rüstungskontrolle, wie der 87. Kongreß sie so schlau bezeichnete; und schließlich die „Vereinten Nationen".

Gleich zu Anfang gebe ich zu, daß ein Argument gegen diese Symbole des Lichtes und der Tugend ungefähr das gleiche bedeutet wie ein Angriff auf Mutterliebe oder Familie. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, daß zwischen diesen drei Themen eine deutliche Verbindung besteht, die alle um ihre Freiheit besorgten Amerikaner voll und ganz erkennen sollten. Der gemeinsame Nenner ist: Im gegenwärtigen Augenblick ist die Welt für diese drei Anliegen einfach noch nicht reif.

Ich behaupte nicht, daß die Welt diesen Reifegrad niemals erreichen wird; mein Optimismus läßt mich hoffen, daß wir – da wir einerseits höhere Stufen der Zivilisation und damit besseres Verständnis, bessere Verbindungen innerhalb der Völker der Welt erreichen, andererseits das kulturelle und Traditionserbe der Völker immer wieder

einzigartig ist – durch gegenseitige Abkommen und Verständigung eine Beilegung der Schwierigkeiten ins Auge fassen können, die unsere Welt heimsuchen.

Diese Zeit ist aber noch nicht gekommen. In künftigen Sitzungen des Senats der Vereinigten Staaten wird sicherlich immer wieder der Versuch unternommen werden, das Conally-Amendment, besser ausgedrückt, den Conally-Vorbehalt zu widerrufen; deshalb soll diese Gefahr zuerst erörtert werden.

Der Conally-Vorbehalt stellt ausdrücklich fest, daß die Vereinigten Staaten die Jurisdiktion eines Welt-Gerichtshofes nicht akzeptieren in Streitfällen, deren Sachverhalte „der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten unterworfen sind, so wie sie von den Vereinigten Staaten selbst bestimmt wird".

Für den Welt-Gerichtshof gibt es herzerweichende Argumente; seine Anwälte erfanden den prächtigen Slogan: „Weltfrieden durch Gesetz". Das klingt einfach und narrensicher. Diese Anwälte führen ihren Beweis durch Induktion und stellen fest: „Das vom Gericht angewandte Recht schafft in jedem Volk Frieden. Folglich würde durch einen Welt-Gerichtshof angewandtes Recht allen Völkern Frieden bringen."

Der Begriff „Welt-Gerichtshof" macht mich ob seiner Einfalt besorgt. Die arglosen Menschen in unserem Land, die an die Gesetze und die bestehende (oder angeblich bestehende) Ordnung gewöhnt sind, können leicht getäuscht werden, wenn man ihnen mundgerecht macht, daß durch einen Welt-Gerichtshof alle Menschen in der Welt in den Schutz von Gesetz und Ordnung gelangen. In ihrer Leichtgläubigkeit bedrängen sie dann ihre Senatoren, den Conally-Vorbehalt zu widerrufen, um eine Utopie Wirklichkeit werden zu lassen. Die Senatoren sind auch nicht anders wie andere Menschen innerhalb oder außer-

halb der Politik; manchmal antworten sie zuerst und denken erst nachher. Ich befürchte, eines Tages könnten genügend Senatoren diesem wohlgemeinten Drängen nachgeben und damit unser Volk allen Unsicherheitsfaktoren eines Welt-Gerichtshofes aussetzen.

Was sind nun einige dieser Unsicherheitsfaktoren und unmittelbaren Gefahren für unseren „way of life“? In unserem Land entwickelte sich das geltende Recht aus dem gemeinsamen Gedankengut und aus Begriffen, nach denen wir unser Leben in kultureller, sozialer und ethischer Hinsicht einrichteten. In der weiten Welt von heute aber gibt es keinerlei solche gemeinsame Grundlage und ohne sie ist es nicht einmal möglich, ein allgemein verbindliches Grundgesetz zu formulieren!

Wir im Westen machen vieles gleich, sogar unsere Gerichtsverfahren haben viele Ähnlichkeiten; aber die Praktiken, wie sie in der ganzen Familie der Völker rund um den Erdball angewandt werden, sind unterschiedlich bis zu den größten Extremen. Heute anzunehmen, daß eine Maßregel, die auf eine bestimmte Lage in Ghana angewendet wird, vergleichbar wäre mit dem, was dieselbe Lage in Illinois erfordert, ist geradezu lächerlich. Schon zwischen den Sprachen der Völker besteht große Ungleichheit. Sogar das System der Maße und Gewichte ist von Land zu Land verschieden. Es scheint mir unvorstellbar, daß wir einfach durch gesetzgeberischen Machtspruch so komplizierte Unterschiede in Gewohnheit und Rechtsausfassung überwinden können in einer Zeit, in der wir noch nicht einmal zu einer gemeinsamen Methode gelangen, Kartoffeln abzuwiegen, Stoff abzumessen oder die Geschwindigkeit von Fahrzeugen festzulegen oder miteinander zu reden. Ich möchte hervorheben, daß wir nicht einmal in der Lage waren, ein so einfaches Wort wie „Aggression“ zu definieren, obwohl

wir seit Entstehung der Vereinten Nationen darum gerungen haben.

Ein Logiker, der die Behauptung prüft, der Welt-Gerichtshof würde allen Völkern Frieden bringen, würde wahrscheinlich zwei Institutionen unter die Lupe nehmen: einen einheimischen Gerichtshof und den Welt-Gerichtshof, um herauszufinden, ob sie die gleichen Merkmale aufweisen. Ich glaube, er würde eine Enttäuschung erleben.

Ein staatliches Gericht ist eine richterliche Körperschaft, die Gesetzesrecht und Gewohnheitsrecht auslegt; hinter ihren Entscheidungen steht die Macht des souveränen Staates. Ein Welt-Gerichtshof verfügt weder über eine internationale Gesetzgebung noch über international festgelegtes Gewohnheitsrecht; seine Entscheidungen sind nicht durchsetzbar, es sei denn auf dem üblichen Weg, auf dem die Staaten miteinander verkehren: Diplomatie.

Die Vereinigten Staaten machten unter der Führung des verstorbenen Senators Conally einen Vorbehalt hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Internationalen Gerichtshof, indem sie von der Rechtsprechung dieses Gerichtes Streitfragen ausschlossen, die wir als rein amerikanische und als unsere ureigenste Angelegenheit betrachten. Durch diesen Vorbehalt werden andere Staaten daran gehindert, die amerikanische Zoll-, Einwanderungs- oder Währungsgesetzgebung der Entscheidung eines Welt-Gerichtshofes zu unterbreiten, sei es nach einem noch nicht vorhandenen Gewohnheitsrecht oder nach Richtlinien der Vereinten Nationen.

Als im Jahre 1945 in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen beraten wurde, bildete der Vorschlag der Errichtung eines Welt-Gerichtshofes mit obligatorischer Rechtssprechung über seine Mitglieder den Stein des Anstoßes, der die allgemeine Annahme der UN-

Charta zu verhindern drohte. Schließlich kam ein Kompromiß zustande. Der Internationale Gerichtshof sollte nur in Übereinstimmung mit dem sogenannten „Statut“, das der Charta beigefügt und zu einem ihrer Bestandteile gemacht wurde, in Funktion treten. Obwohl alle Mitglieder der Vereinten Nationen ihre Teilnahme an dem Statut erklärten und deshalb den Gerichtshof zur Schlichtung eines einzelnen internationalen Streitfalles anrufen können, wird kein Staat der allgemeinen, obligatorischen Rechtssprechung dieses Gerichtshofes unterworfen, es sei denn, daß er sein Einverständnis dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mittels einer förmlichen Erklärung kundtut.

Die Charta der Vereinten Nationen ist ein vielgliedriges Vertragswerk; sie mußte dem Präsidenten und dem Senat zur Billigung und Ratifizierung zugeleitet werden. Die rasche Zustimmung des Senats wurde am 28. Juli 1945 erreicht. Sie stützte sich weitgehend auf den Bericht Mr. Stettinius' und des State Departments, wonach die Charta in keiner Weise eine Art Weltregierung einrichtete und daß weder der Senat noch das amerikanische Volk befürchten müßten, die Vereinten Nationen oder eine ihrer Einrichtungen würden die Souveränität der Vereinigten Staaten antasten oder sich in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Volkes einmischen.

Mitgerissen von der Flut eines glühenden Internationalismus, schien das amerikanische Volk – oder zumindest seine Vertreter, die vor dem zuständigen Ausschuß Erklärungen abgaben oder Gesetzesvorlagen einbrachten – geneigt, sich der Rechtssprechung des Internationalen Gerichtshofes zu unterwerfen. Hervorragende Juristen und Rechtsanwälte mit internationalem Ruf drängten auf Annahme. Dutzende von hochgeachteten Organisationen, unter ihnen die „American Bar Association“ (Anm. d.

Übers.: eine Rechtsanwaltsorganisation), die „National Education Association", die YWCA, die „League of Women Voters" schlossen sich diesen Stimmen an. Die verhältnismäßig große Einmütigkeit der amerikanischen öffentlichen Meinung offenbarte sich am 18. Dezember 1945, als die Delegiertenversammlung der „American Bar Association" ohne eine einzige Gegenstimme eine Resolution beschloß, wonach der Präsident und der Senat aufgefordert werden sollten, „so rasch als möglich" geeignete Schritte zu unternehmen.

Die Ratifizierung der Charta erfolgte rasch. Eine Verzögerung entstand nur hinsichtlich der Annahme und des Wortlautes einer Erklärung der Vereinigten Staaten, die die Annahme der obligatorischen Rechtssprechung des Welt-Gerichtshofes aussprechen sollte, wie der Artikel 36 des Statuts es vorsah. Senator Wayne Morse hatte sich im November 1945 um die Annahme einer derartigen Erklärung bemüht. Im Juli 1946 erstattete der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten einen Bericht über den Morse-Antrag.

Kaum ein Jahr, nachdem der Senat fast einstimmig die Charta der Vereinten Nationen ratifiziert hatte, fand sich eine Reihe von Senatoren, die den Verdacht schöpften, daß gewisse Internationalisten innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen an Plänen arbeiten, nach denen den Vereinten Nationen die Macht eines Welt-Staates und ihren verschiedenen Abteilungen die Funktion einer Welt-Regierung zuerkannt werden sollten. Diese Senatoren befürchteten einen Eingriff in unsere ausschließliche Gerichtsbarkeit über inneramerikanische Vorgänge.

Mit der beträchtlichen Mehrheit von 50 zu 12 Stimmen beschloß der Senat, daß der von Senator Tom Conally gemachte Vorbehalt in die Morse-Resolution aufgenommen werden solle, der bestimmte, die Gerichtsbarkeit des Welt-

Gerichtshofes solle „nicht für Streitfälle gelten, die der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten unterworfen sind, so wie sie von den Vereinigten Staaten selbst bestimmt wird“. Zehn Jahre hindurch behütete der Conally-Vorbehalt jeden einzelnen Bürger der Vereinigten Staaten vor einer ungerechtfertigten Gerichtsbarkeit des Welt-Gerichtshofes. Zu den Versuchen, sein Amendment zu widerrufen, erklärte der verstorbene US-Senator Tom Conally:

„Meine Einstellung zum sogenannten Conally-Vorbehalt hat sich in keiner Weise geändert, seit ich mich für seine ursprüngliche Annahme einsetzte. Vielleicht erinnert man sich meiner damaligen Worte:

‚Die Vereinigten Staaten sind Gegenstand des Neides für viele Staaten und Völker überall in der Welt. Unser Reichtum zieht sie an. Einwanderung in unser Land ist etwas, wovon sie träumen. Ich werde niemals dafür sein und keinesfalls dafür stimmen, daß dem Internationalen Gerichtshof eine Möglichkeit eingeräumt wird, darüber zu entscheiden, ob eine Einwanderungsfrage ein amerikanisches oder ein internationales Problem sei; sie ist natürlich ein rein nationales Problem; aber der Gerichtshof könnte behaupten, sie sei ihrem Charakter nach ein internationales.

Wünschen wir die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in einem Fall, der sich auf die Schiffahrt im Panamakanal bezieht? Vielleicht erklärt dieser Gerichtshof, das sei internationales Gewässer wie die Dardanellen und die um ihn auftauchenden Probleme hätten internationalen Charakter. Solche Probleme sind nicht international!‘

Ich bin überzeugt, es wäre sehr unklug, den Vorbehalt zu widerrufen. Er sichert den Vereinigten Staaten das souveräne Recht, selbst zu entscheiden, welche Fälle der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterstehen. Mit dieser Ansicht stehe ich durchaus nicht allein. Die Bar Association von Texas, viele andere Berufsorganisationen und patriotische Gesellschaften versichern mir, sie würden sich weiterhin einem Widerruf scharf entgegensetzen.

Ich möchte auch meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben, daß eine so ernste und wichtige Angelegenheit wie der sogenannte ‚Conally-Vorbehalt‘ wie ein Propaganda-Schlager behandelt wird, um einen internationalen Wettstreit in Popularität zu gewinnen.“

Halten wir fest, daß der Welt-Gerichtshof der Vereinten Nationen weder an Gesetzesrecht, noch an Gewohnheitsrecht noch an Präzedenzfälle gebunden ist und über beinahe unbegrenzte Autorität verfügen würde. Überlegen wir, was dies etwa ein einem Kriminalfall wie dem des Caryl Chessman aus Kalifornien bedeuten könnte, wenn die radikalen Liberalen in ihren Bemühungen um den Widerruf des Conally-Vorbehalts Erfolg hätten.

Rußland hat keine Todesstrafe. Das scheint ungereimt angesichts der Hinrichtungen aus politischen Gründen und der Massendeportationen; aber die Russen geben vor zu glauben, die Todesstrafe sei ungehörig.

Wenn das Conally-Amendment widerrufen wird, erscheint es leicht möglich, daß die Bevölkerung von Rußland oder Kuba oder Polen oder irgendeines anderen Staates mittels privater oder offizieller Organisationen mit Erfolg den Welt-Gerichtshof anruft, er möge in eine so rein inneramerikanische Angelegenheit eingreifen, wie in den Fall Caryl Chessman. Schon aus Propagandagründen würde Rußland eine so pikante Gelegenheit mit Freuden ergreifen.

Frank E. Holman, der frühere Präsident der „American Bar Association“ erklärte, „die richterliche Gewalt des Welt-Gerichtshofes könnte sich auf alles erstrecken, wofür er seine Zuständigkeit entscheidet“. Es ist durchaus vorstellbar, daß der Welt-Gerichtshof einige Abschnitte der Verfassung der Vereinigten Staaten für null und nichtig erklärt mit der Begründung, sie stünden im Gegensatz zum „internationalen Recht“.

Seit 1946 waren die Vereinten Nationen samt ihren Kommissionen und Unterabteilungen eifrig damit beschäftigt, das gesunde Urteil jener Senatsmitglieder zu rechtfertigen, die dafür stimmten, den Conally-Vorbehalt zum Gesetz zu erheben. Einige dieser Abteilungen und Kommissionen bekannten sich offen zu ihrer Entschlossenheit, eine Weltregierung zu errichten. Mr. John O. Humphrey, der Vorsitzende der Kommission für Menschenrechte, verkündete öffentlich, mit ihrem sogenannten „Bill of Rights"-Programm schlage diese UN-Kommission vor, sich in Angelegenheiten einzumischen, die der Gerichtsbarkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen.

Andere Abteilungen der Vereinten Nationen brüteten in den Jahren nach 1948 Abkommen aus, die dazu bestimmt sind, zahlreiche unserer wichtigen innerstaatlichen Belange zu kontrollieren und zu überwachen. Dazu gehörten die „ILO", „UNESCO", „ITU" und „FAO". Sie drohten, sich in so interne Angelegenheiten wie Unterrichtsmethoden und Volksschulbücher einzumischen; sie wollten in unsere Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsgesetzgebung dreinreden; Probleme der Hygiene und der verstaatlichten Medizin gehörten dazu; sie wollten auch eine Vereinbarung über die Errichtung eines internationalen Straftribunals, so daß Amerikaner vor ein Gericht gestellt werden könnten, das sich weitgehend aus Nichtamerikanern zusammensetzt. Danach könnten amerikanische Bürger nach Übersee transportiert werden, um dort vor Gericht gestellt zu werden, was bedeuten würde, daß sie des ihnen nach den Gesetzen ihres Landes verfassungsmäßig zustehenden Schutzes beraubt wären.

Als die Radikalen im Jahre 1958 ihren wohlorganisierten Feldzug gegen das Conally-Amendment begannen, hatten nur sehr wenige Amerikaner von vornherein Verständnis für den lebenswichtigen Schutz, der ihnen gerade

durch diese Einzelheit unserer Gesetzgebung gewährt wird. Senator Humphrey und seine Mitstreiter behaupteten und behaupten, die Vereinigten Staaten gefährdeten die Wirksamkeit des Welt-Gerichtshofes und bedrohten den Weltfrieden, weil sie nicht gestatten, daß ihre Bürger dieser internationalen Gerichtsbarkeit unterworfen werden.

Man sagt uns, wir sollten mit „gutem Beispiel" vorangehen. Stillschweigend wird gefolgert, die Vereinigten Staaten stellten sich gegen den „Weltfrieden durch Weltgesetze". Nichts ist von der Wahrheit weiter entfernt.

Mexiko behält sich Streitfragen vor, „ die nach Ansicht der mexikanischen *Regierung* zur Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten von Mexiko gehören." Frankreich will über „Streitfragen, die nach Ansicht der Regierung der französischen Republik unter die staatliche Gerichtsbarkeit Frankreichs fallen", selbst entscheiden. Liberia behält sich jeden Streitfall vor, „den es als seiner eigenen Gerichtsbarkeit unterstehend erachtet". Die Südafrikanische Union regelt selbst alle „Streitfragen, die nach den Bestimmungen der Regierung der Südafrikanischen Union zu ihrer eigenen Gerichtsbarkeit gehören". Pakistan macht Vorbehalte, die Sudanesische Republik, Indien, die Vereinigte Arabische Republik, Australien – alle machen Vorbehalte. Großbritannien machte ebenfalls einen Vorbehalt – und hielt ihn aufrecht, bis zum Anfang der 50er Jahre, als es in seiner Politik eine Wendung machte, um das kommunistische China und das kommunistische Rußland für sich zu gewinnen.

Derzeit setzt sich der Welt-Gerichtshof aus 15 Mitgliedern oder Richtern zusammen, von denen nur ein einziger Bürger der Vereinigten Staaten ist.

Die Gründer unserer Republik kämpften und starben, um für jeden von uns den durch die Verfassung der Ver-

einigten Staaten und die „Bill of Rights“ gewährleisteten persönlichen Schutz zu sichern.

Jene Leute aber, die später öffentlich und privat darauf drängten, den Conally-Vorbehalt zu widerrufen, erklärten sich wissentlich oder unwissentlich bereit, den von der „Bill of Rights“ gewährten Schutz auf dem Altar einer Welt-Regierung zu opfern. Erwägen wir für einen Augenblick den unschätzbaren Schutz, den die „Bill of Rights“ gewährt.

Der Artikel I der „Bill of Rights“ sorgt für Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht, Bittschriften einzubringen und verbietet dem Kongreß, Gesetze zur Einführung einer Staatsreligion zu beschließen.

Der Welt-Gerichtshof der Vereinten Nationen könnte Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit leugnen und wird nicht gehindert, Gesetze über die Religion zu erlassen.

Artikel II der „Bill of Rights“ stellt fest, daß es uns gestattet ist, Waffen zu besitzen und zu tragen. Ein Welt-Gerichtshof könnte, wenn er im Interesse der „internationalen Sicherheit“ handelt – ein undefinierbarer Ausdruck – sehr wirksam den Besitz von Waffen verbieten.

Artikel V setzt fest, daß in einem Strafprozeß niemand gezwungen werden kann, gegen sich selbst auszusagen, und daß er ohne angemessenes Gerichtsverfahren weder seines Lebens, seiner Freiheit noch seines Eigentums beraubt werden darf.

Der Welt-Gerichtshof kann nach eigenem Ermessen nichtöffentlich tagen. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossene werden, der Gerichtshof kann nach eigenem Ermessen Sachverständige heranziehen, und es gibt keine Bestimmung über eine Verteidigung.

Artikel VI der „Bill of Rights“ garantiert ein rasches und öffentliches Verfahren und ein Schwurgericht in jenem Staat oder Distrikt, in dem eine strafbare Tat begangen wurde. Sie setzt fest, daß dem Angeklagten die Belastungs-

zeugen gegenübergestellt werden müssen und daß er Entlastungszeugen vorladen lassen kann.

Der Welt-Gerichtshof kennt keine Vorschriften über Schwurgerichte. Er kann Sitzungen abhalten und Urteile fällen, wo immer es ihm beliebt. Es wird nicht verlangt, daß der Angeklagte den Klägern gegenübergestellt wird oder daß er Entlastungszeugen vorladen lassen kann.

Da wir bereits seit den Anfängen unserer Nation den Schutz der „Bill of Rights" genießen, halten ihn viele für selbstverständlich. Ich fordere jeden Amerikaner auf, sich heute wieder aufmerksam mit der „Bill of Rights" zu befassen und sich dann vorzustellen, wie das Leben des einzelnen ohne diesen Schutz verliefe.

Seit jeher war es die Politik der Vereinigten Staaten, jede mögliche Anstrengung zu unternehmen, um Streitfälle mit friedlichen Mitteln zu schlichten. Seit den Anfangstagen unserer Republik haben wir nationale und internationale Streitigkeiten durch freiwillige Annahme von Schiedssprüchen geregelt. Niemals aber haben wir uns dazu erniedrigt, uns der Interpretation und der erzwungenen Aburteilung durch einen Welt-Gerichtshof zu unterwerfen. Ich hoffe, daß es auch niemals dazu kommt.

Allzu häufig ist es in unserem Lande geschehen, daß uns – in unserem Idealismus – durch raffinierte Schlagworte Fallen gestellt wurden. „Weltfriede durch Gesetz" ist dafür ein gutes Beispiel. Es ist ein alter Trick zu fragen, „Sind Sie für den Weltfrieden?", „Sind sie für das Recht?". Natürlich wollen wir alle den Frieden und glauben an das Recht. Aber tun das die Kommunisten? Und haben die Worte „Friede" und „Recht" für sie die gleiche Bedeutung wie für uns? Die Antwort auf beide Fragen muß entschieden lauten: „Nein!"

Ich möchte bei meinen Lesern nicht den Eindruck erwecken, daß es in der Zukunft niemals so etwas wie einen

internationalen Gerichtshof geben wird. Die ganze Welt hofft, daß es einmal einen geben wird, und wir sollten wahrlich auf diesen Tag hinarbeiten. Aber ein Versuch, ihn schon jetzt, in diesem Augenblick unserer Geschichte, in Funktion zu setzen, würde nicht Verständigung, sondern eine Katastrophe bedeuten. Es werden vielleicht Jahrzehnte, Jahrhunderte oder gar Jahrtausende vergehen, bis die Welt ein solches kulturelles, soziales und wirtschaftliches Niveau erreicht, das das Funktionieren einer Zentrale oder einer Art von Welt-Gerichtshof gestattet. Jetzt und hier sind wir davon noch weit entfernt.

Dies bedeutet nicht, daß wir als Nation uns nicht mit den Problemen befassen sollten, denen sich andere gegenübersehen. Diejenigen, die einen höheren Stand der Zivilisation bereits erreicht haben, sind aufgefordert, jenen beizustehen, die noch nicht so weit sind. Dies kann allein durch Beispiel, Verbreitung von Kenntnissen und mit Geduld erreicht werden. Wir müssen immer an den langen Kampf unserer Vorfahren erinnern, die uns dorthin geführt haben, wo wir heute sind. Es wird eine langsame Entwicklung sein und der Weg wird steinig werden.

Wann wird die Menschheit so weit fortgeschritten sein, daß ein machtvoller internationaler Gerichtshof in der Praxis möglich ist? Ich kann mich bestenfalls nur als einen oberflächlichen Kenner der Geschichte bezeichnen, möchte aber hier die Worte Arnold Toynbees, eines der großen Historiker zitieren, der meint, daß Fortschritte in Richtung Utopia wirklich nur sehr langsam gemacht werden:

> „Wenn wir die Sumerer, 3000 v. Chr. verstehen wollen, Kennedy und Chrustschow lassen sie uns lebendig werden. Ich denke, die menschliche Natur und die Art und Weise, wie die Menschen miteinander umgehen, sind gleich geblieben, wie sie immer waren – jedenfalls solange zurück wir nach den Berichten der Geschichte urteilen können."

SIEBENTES KAPITEL

ABRÜSTUNG

Der Gedanke einer Abrüstung ist sehr schön. Niemand kann das leugnen. In realistischer und praktischer Betrachtungsweise aber ist das Abrüstungskonzept derzeit eine wirksame Waffe in den Händen der Kommunisten und eine Gefahr für die Freiheit der gesamten Menschheit.

Ich nehme an, daß schon seit dem Zeitpunkt, in dem der Mensch zu anderen Waffen als nur seinen Fäusten Zuflucht nahm, er davon träumte und darüber sprach, jede Partei möge ihre Waffen niederlegen, um so die Konfliktsgefahren für immer zu bannen. Wenn heute die Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse, die Rüstungen nötig machen, aufgedeckt und aus dem Wege geräumt werden könnten, dann wäre es möglich, über Abrüstung zu sprechen. Solange es aber Menschen gibt, die für die Anliegen und politischen Ziele ihres Vaterlandes einstehen und nach ihrer Eigenart leben wollen, wird ihnen die Erhaltung dieser Werte wichtig sein, und sie werden mit allen verfügbaren Waffen dafür kämpfen.

Wenn ich die alte Analogie vom „Schweif, der mit dem Hund wedelt" gebrauchen darf, so scheint es mir, daß die grundlegende Verständigung unter den Völkern der Hund ist, die Abrüstung aber der Schweif, der dem Hunde folgt. Derzeit aber sind die Befürworter der Abrüstung sich selbst um Jahre voraus, sie lassen den Schweif mit dem Hund wedeln.

Ich will hier nicht die ganze Geschichte der Fehlschläge von Abrüstungsvorschlägen aufzählen. Ich werde mich auf einige offenkundige Gründe beschränken, deretwegen die Abrüstung in der heutigen Welt ebensowenig wirksam werden kann, wie es in der Welt von gestern möglich gewesen ist. Die Gründe waren und sind immer die gleichen. Indem ich so vorgehe, werden wir – so hoffe ich – die beträchtlichen Vorteile erkennen, die den Sowjets aus diesen heuchlerischen Abrüstungsvorschlägen erwachsen sind. Wir erhalten hier wieder eine Lektion, die uns nützen wird, wenn wir im kommunistischen Krieg den Sieg davontragen wollen.

In Gesprächen über die andauernden Bemühungen Chrustschows, uns zu kniffligen Abrüstungsverhandlungen zu verleiten, habe ich Rußland häufig mit einem Riesen verglichen, angenommen, er sei so zweieinhalb Meter groß und an die 150 Kilo schwer, gesund und eisenhart. Er könnte mich mit einem Fausthieb kampfunfähig schlagen. Aber dieser Riese hat mich niemals belästigt, denn er wußte, daß ich eine Pistole besitze, die ich als „Equalizer" (Anm. des Übers.: „Gleichmacher") benützen würde, falls er nur eine drohende Geste wagte. Dies ging gut bis zu dem Tag, an dem er sich an mich wandte und sagte: „Goldwater, Sie und ich, wir wollen einmal über Abrüstung sprechen."

Wer sollte in diesem Fall eigentlich abrüsten? Ich natürlich; in dem Augenblick aber, in dem ich diesem albernen Verlangen nachgäbe, wäre ich seiner Gnade ausgeliefert. Setzen wir an die Stelle des Riesen Rußland und an die meine die Westmächte, dann erhält diese hypothetische Situation – so plump sie ist, wie ich zugebe – doch einigen Sinn. Rußland mit seiner riesigen Landmasse und seinen großen und wohlgerüsteten Land- und Seestreitkräften wurde von uns mit einem „Equalizer" in

Schach gehalten; dieser „Equalizer“ ist unsere überwältigende Luftmacht, ist die nukleare Bombe. Was kann also der Gegenstand von Abrüstungsgesprächen sein? Sicherlich die Luftwaffe, denn Land- und Seestreitkräfte sind in ihren Ausmassen historischer Art und bei solchen Zusammenkünften würden wir über konventionelle Waffen überhaupt nicht sprechen. Sobald wir aber hinsichtlich der Luftwaffe nachgeben, versetzen wir uns in eine Position von irreparabler Schwäche.

Was die Kommunisten anstreben, wurde, wie ich glaube, von Winston Churchill präzise und farbig illustriert. Salvadore de Madariaga übernahm die Fabel später in seinem hervorragenden Buch über den kommunistischen Krieg („The Blowing Up of the Parthenon, or How to Lose the Cold War“): „Die Tiere beschlossen abzurüsten und hielten deshalb eine Konferenz ab. Der Adler blickte auf den Stier und schlug vor, alle Hörner sollten wegrasiert werden. Der Stier schielte auf den Tiger und meinte, alle Krallen sollten gestutzt werden. Der Tiger starrte auf den Elefanten und dachte, die Stoßzähne sollten abgerissen oder wenigstens gekürzt werden. Der Elefant wiederum starrte auf den Adler und meinte, es wäre unvermeidlich, daß alle Flügel beschnitten werden sollten. Mit einem Blick auf alle seine Brüder im Tierreich rief der Bär: ‚Warum nur halbe Maßnahmen? Wir wollen alle Waffen ablegen, so daß einer brüderlichen, allumfassenden Umarmung nichts im Wege steht.‘ “

Leicht könnten die Vereinigten Staaten die Rolle eines dieser Tiere übernehmen, mit Ausnahme der des Bären; in den vergangenen Jahren waren wir beinahe ununterbrochen in endlose Konferenzen verwickelt, wo wir, wenn wir nach den Absichten der Kommunisten gehandelt hätten, nach Aufgabe unsere starken Waffen, die „brüder-

liche, allumfassende Umarmung“ unseres Feindes, des sowjetischen Bären, unterstützen sollten.

In diesen Konferenzen wurde die Abrüstung zu einem immer verwickelteren Thema, je nach Wunsch der Vertreter der Sowjetunion. Sie bemühen sich, die eigentliche Verhandlungsgrundlage, die Waffen als ein notwendiges Übel anerkennt, im Nebel verschwinden zu lassen. Durch Verlockungen verwirren sie uns. In einem Buch von Strauß-Hupe, Kintner und Possony „A Forward Strategy for America“, einer ausgezeichneten Fortsetzung von „Protracted Conflict“, legen die Autoren eine erschöpfende Liste der Verhandlungsgegenstände vor, die seit 1955 zur Debatte standen. Es handelt sich um eine verblüffende Fülle von Vorschlägen: a) „Disengagement“ d.h. Truppenabzug aus bestimmten geographischen Zonen, z.B. in Mitteleuropa; b) Errichtung von kernwaffenfreien Zonen z.B. in Mitteleuropa, in der Antarktis und im westlichen Pazifik; c) Selbstbeschränkung der Großmächte bei der Lieferung von Waffen in Konflikts-Gebiete wie z.B. den Mittleren Osten, Afrika und die Karibische See; d) Einschränkung der konventionellen Kriegsmittel der Großmächte; e) spezielle Kontrollabkommen hinsichtlich der Kernwaffen, z.B. Testverbote, Beschränkung der Erzeugung von spaltbarem Material für militärische Zwecke, Verminderung oder Vernichtung bestehender Kernwaffenvorräte, Verbot der Erzeugung neuer Waffen oder Kontrolle über deren Anzahl, Vernichtung oder Kontrolle im interkontinentalen Ausmaß; f) Aufgabe von Stützpunkten der Großmächte auf ausländischem Gebiet; g) Kontrolle über den Transport von Kriegsmaterial auf oder unter den Weltmeeren; h) Kontrolle über die Stratosphäre, insbesondere das Verbot, Massenvernichtungsmittel über den Weltraum zu starten; ein Verbot gegen die Ansprüche eines Staates

auf irgendeinen Himmelskörper oder einen Teil des Weltraumes, um die Bildung von militärischen Einflußbereichen zu verhindern; i) Verbot von Versuchen mit chemischen und bakteriologischen Waffen, deren Erzeugung und Gebrauch; j) Kontrolle über irreguläre Kriegsmittel, wie Partisanen-Streitkräfte, militärähnliche Organisationen und andere umstürzlerische Aktionen im internationalen Ausmaß; k) Schutzmaßnahmen gegen einen Überraschungsangriff, z. B. einen Atomkrieg infolge technischen Zwischenfalls, menschlichen Versagens oder politischer Fehlkalkulation, etwa Provokation mit unvorhergesehenen Folgen, begrenzter Krieg, dem „Ausweitung" oder ein „beschleunigter Krieg" folgt.

Diese Verwicklungen aber sind nur unsere geringsten Sorgen. Die Erfahrung in zahllosen Konferenzen mit dem Gegner hat uns gelehrt, daß sie bei diesen Treffen gar nicht zu einem Ende kommen wollen; wenn sich ein Ergebnis abzeichnet, wenden sie sich leidenschaftlich einem anderen Thema zu, das gerade noch nahe genug liegt, um uns bei der Stange zu halten. Sie sind Meister in dieser Art von Verschleppungstaktik. Auch die bedauernswerten amerikanischen Geschäftsleute, die mit kommunistisch-kontrollierten Unternehmen verhandeln mußten, können von gleichen Erfahrungen berichten. Sie mußten Gespräche und immer wieder Gespräche führen, in denen Angriffe und Zurückweichen einander folgten und Vorschläge und Gegenvorschläge nur zu dem einzigen Zweck vorgebracht wurden, die Geduld und den kritischen Verstand des Verhandlungspartners am Konferenztisch zu zermürben.

Nationen rüsten nicht für den Krieg. Sie rüsten, um sich vor einem Krieg zu bewahren. Keine vernünftige Nation sieht im Krieg etwas anderes als das letzte Mittel, um ihrer Politik Nachdruck zu verleihen und ihre Ziele

durchzusetzen. Und – glauben Sie mir – auch unsere Gegner besitzen Verstand. Sie wissen, was sie wollen, und haben zahlreiche ihrer Ziele ohne Krieg erreicht. Sie werden – nach meiner Meinung – nur dann ihr Heil im Krieg suchen, wenn eine von zwei Bedingungen gegeben ist:

Erstens: Wenn die Welt einen Wendepunkt erreicht, an dem es offensichtlich wird, daß sie zu verlieren beginnen, oder zweitens: wenn wir ihnen weiterhin nachgeben und uns ihnen willig anpassen. Hierher gehört ganz bestimmt die Abrüstung.

Wenn wir derartige Probleme erörtern, dürfen wir uns nicht nur auf Rußland und die Vereinigten Staaten beschränken. Hier müssen wir über alle Staaten sprechen, insbesondere wenn die Kernwaffen zur Debatte stehen. Diesbezüglich haben zum Beispiel Frankreich und Rot-China bisher noch nicht einmal an der Genfer Abrüstungskonferenz teilgenommen, obwohl beide hinsichtlich der nuklearen Entwicklung sehr ernste Absichten hegen.

Wenn wir nun ernstlich über weltweite Abrüstung, über das anzuwendende Verfahren, den Mechanismus und die Methoden ihrer Verständigung sprechen, gelangen wir in einen Irrgarten, den kein Mensch oder Staat ohne größte Schwierigkeiten übersehen kann. Die meisten denkenden Menschen stimmen überein, daß eine totale Abrüstung niemals erreicht werden kann, da jedes Land über genügend Waffen verfügen muß, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und Gesetzesbrecher in Schach zu halten. So erhält dieses Problem von Anfang an den Aspekt einer nur teilweisen Abrüstung. Hier setzen weitere Schwierigkeiten ein. Sollte es beispielsweise zu dem Beschluß kommen, die Rüstung der Welt zu halbieren, so erhebt sich die Frage, welche Regelung

für alle Beteiligten gerecht wäre. Jeder von ihnen hat einen anderen Start. Einige sind stärker, andere sind schwächer und manche sind bedauernswert schwach. Bei einer Halbierung blieben die Starken stark, während vergleichsweise die Schwachen noch schwächer würden. Aber lassen wir diese Frage beiseite. Wie würden wir selbst im hypothetischen Fall einer Halbierung vorgehen? Würden wir die Bomber abschaffen, Jagdflugzeuge aber behalten, da sie im Falle innerer Unruhen Bedeutung haben? (Auch Jäger sind mit vielen Arten von Bomben und Raketen ausgestattet.) Würden wir die Unterseeboote abschaffen und Flugzeugträger behalten? (Auch die von Flugzeugträgern startenden Flugzeuge können Bomben werfen.) Sollten wir die Atomköpfe abschaffen, oder die Bomben behalten? (Diese Bomben sind auch für friedliche Zwecke wie zum Beispiel für den Bau von Häfen von großer Bedeutung.)

Sollte andererseits ein Abkommen zustandekommen, das jedem Lande gestattet, Waffen in einem bestimmten Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl zu besitzen, dann würden wir das lächerliche Schauspiel erleben, daß China und Indien eine verrückte Aufrüstung beginnen, um sie ihrer Bevölkerungszahl anzupassen, während die hochentwickelten Länder des Westens ihre Waffen wegwerfen müßten.

Oder angenommen: Alle Staaten der Welt würden auf einer Konferenz den Beschluß fassen, Atom- und Wasserstoffbomben nicht für kriegerische Zwecke zu verwenden, während die Kernspaltung für friedliche Zwecke weiter durchgeführt werden sollte. Hier würden sich wiederum zwei Probleme erheben: Länder mit der größten Zahl von Soldaten (Rußland oder Rot-China) würden ein Riesenlager konventioneller Waffen haben, während wir im Westen sogleich ins Hintertreffen gerieten. Das andere

Problem ist die altbekannte Frage der Kontrolle: wer soll darauf achten, daß einige Kernspaltungen für friedliche Zwecke nicht insgeheim zur Entwicklung einer riesigen Waffe benützt werden, die nur einmal eingesetzt wird – zu Beginn oder am Ende eines Krieges.

Die Tatsache, daß Kernwaffen vorhanden sind, zwingt noch nicht zur Abrüstung. Ich vertrete nicht die Theorie, daß die nuklearen Waffen alles verändert haben, daß wir völlig abrüsten müssen, da sonst die Welt in Flammen aufginge. Und selbst wenn ich eine solche Ansicht unterstützen würde, wie könnte ich oder irgend jemand anderer sicher sein, daß unsere Gegner im kommunistischen Krieg eine ähnliche Haltung einnähmen! Die Russen werden sicherlich keinerlei Art von Abrüstung vornehmen, solange in ihren Satellitenstaaten die Revolte unmittelbar unter der Oberfläche brodelt. Mit der Wasserstoffbombe besitzen wir in der Rüstung einen Vorsprung. So schrecklich die Wasserstoffbombe ist, sie ist trotzdem nur eine besonders wirksame Waffe der Zerstörung. Historisch gesehen kann sie mit jenem Vorsprung verglichen werden, der bei militärischen Operationen durch die Erfindung und Anwendung des Schießpulvers errungen wurde oder durch die Entwicklung der Luftkriegführung und der strategische Bombeneinsatz.

Die einzig reale Abrüstung wird nur möglich sein, wenn die Ursachen der Bewaffnung beseitigt sind. In unserem Falle ist diese Ursache der Kommunismus. Im Falle der Sowjets liegt die Ursache im Bestehen der freien Welt. Kann irgend jemand annehmen, daß sie freiwillig ihre Gewinne und Ziele aufgeben? Kann irgend jemand annehmen, daß wir unsere Lebensform aufgeben und um des Friedens willen das Los der Sklaverei auf uns nehmen würden? Die wenigen unserer Mitbürger, die den Tod so fürchten, daß sie lieber „rot als tot“ wären, benötigen

eine Lektion in Geschichte. Der Freiheitsgedanke kann nicht mit einem Federstrich ausgelöscht werden. Vor 200 Jahren sagte das Patrick Henry in wenigen glockenklaren Worten; sein „Gib mir die Freiheit oder gib mir den Tod“ klingt heute noch genau so.

Die Kehrseite der Medaille ist, daß die Vorstellungen von Macht und Herrschaft über Menschen und Menschenleben von den kommunistischen Herrschern nicht so ohne weiteres aufgegeben werden, um für die Ideologie freier Menschen eingetauscht zu werden. Das ist vor allem deshalb so, weil die Kommunisten mit dem Einsatz von verhältnismäßig wenig Waffen die Kontrolle über ein Drittel der Bevölkerung dieser Erde erlangt haben und sie bereits den Tag kommen sehen, an dem ihnen der Erfolg voll und ganz gehört. Ideen sind das, worüber wir sprechen – und Ideen können nicht materiell zerstört werden wie ein Stück Papier, ein Auto oder ein Haus. An ihre Stelle treten andere Ideen, manchmal bessere, manchmal schlechtere. Unsere Aufgabe ist es, die Richtigkeit unserer Ideen zu beweisen und sie zu verbreiten – und nicht durch Abrüstung die Mittel zu vernichten, mit denen wir, falls es notwendig wird, unsere Ideale schützen können.

Die Geschichte lehrt uns, daß hektische Rüstung ein Symptom für internationale Spannungen ist, nicht aber deren Ursache. Solange nicht der grundsätzliche Widerspruch zwischen der westlichen Welt und dem Kommunismus beseitigt werden kann, ist jeder Abrüstungsvorschlag illusorisch und betrügerisch.

Die Kommunisten sind zur Vernichtung der westlichen Welt entschlossen; wenn es möglich ist, setzen sie friedliche Mittel ein, wenn es notwendig wird, schrecken sie vor einem Krieg nicht zurück. Es liegt nicht im Bereich unserer Möglichkeiten, durch Nachlassen in unserer Wachsamkeit und durch Verringerung unserer eigenen Ver-

teidigungsmittel eine Situation zu schaffen, die zum Weltfrieden führt. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde jede Abrüstung der westlichen Welt von den Russen als ein Zeichen von Schwäche und als eine Einladung für einen kommunistischen Angriff ausgelegt werden.

Die kommunistischen Führer mögen aus propagandistischen Gründen von allgemeiner Abrüstung predigen. Sie mögen ernstlich wechselseitige Abrüstung in bestimmten Waffengattungen vorschlagen – im Bewußtsein, daß ihre Überlegenheit in anderen Waffen sie dann dem Westen gegenüber entscheidend stärker macht. Angesichts der vergleichsweisen Unterlegenheit des Westens in konventionellen Waffen, hat es Sinn für die Kommunisten, Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen anzustreben. Sollte es plötzlich keine Kernwaffen mehr geben, so würde ein großer Teil der Welt sofort für die Massen russischer und chinesischer Soldaten zur Eroberung mit Hilfe konventioneller Waffen zugänglich sein.

Meiner Meinung nach sollten wir in deutlicher Weise erklären, daß wir *gegen* die Abrüstung sind. Wir sind dagegen, weil wir unsere Waffen *brauchen* – alle, die wir derzeit besitzen und noch mehr! Wir brauchen Waffen sowohl für einen begrenzten wie für einen allgemeinen Krieg.

Ich bin nicht dafür, daß irgend einer unserer verantwortlichen Führer derzeit die Abrüstung ernst nimmt. Sicherlich begünstigten sie nicht einseitige Abrüstung, und sie wissen, daß die Sowjets keine zweiseitige Abrüstung vorschlagen, wenn sie ihnen nicht zum Vorteil gereicht. Wogegen ich mich wende, ist, daß wir erklären, wir würden uns für Abrüstung einsetzen. Hier besteht Gefahr, daß wir von der Bombe unserer eigenen Propaganda zerrissen werden.

Das war bereits der Fall in der umstrittenen Angelegenheit der nuklearen Versuche, die ja für die Sicherheit

unserer Nation von so großer Bedeutung sind. Ursprünglich haben wir zugestimmt, unsere Versuche auszusetzen, teilweise in der falschen Vorstellung, die Russen seien an der Errichtung eines entsprechenden Aufsichts- und Kontrollsystems ernstlich interessiert. Im wesentlichen aber erlagen wir dem Druck einer „Weltmeinung“, die wir selbst mit entwickelt hatten – hinsichtlich der Gefahren radioaktiver Abfallprodukte und der äußersten Schrecken eines nuklearen Massenmordes. Inzwischen hat die 50-Megatonnen-Bombe der Russen die Illusionen über die sowjetischen Absichten zerstört, und obwohl bei unterirdischen oder stratosphärischen Versuchen, wie wir sie vorschlagen, keine Gefahr von Abfall existiert, finden wir es trotzdem schwierig, unsere Versuche wieder aufzunehmen. Wir fürchten das mürrische, mit dem Finger drohende Gespenst der Weltmeinung.

Ich gebe zu, daß es schwierig ist, der Sowjetpropaganda entgegenzuwirken, insoweit sie den Wunsch nach allgemeiner Abrüstung verkündet. Wieder einmal fühlen wir den starken Druck der Welt, der uns dazu bringen will, „etwas“ für die Abrüstung zu tun. Die Führer des Westens reagieren anders als die des Kreml, sie finden es schwierig, solchem Druck zu widerstehen.

Es muß die Aufgabe unserer Gegenpropaganda sein, die Völker der Welt über die Realitäten des Lebens aufzuklären und nicht dahin zu wirken, daß sie vor ihnen fliehen. Über das Thema der Abrüstung muß offen gesprochen werden. Immer und immer wieder muß allen denkenden Menschen in der Welt eine klare Analyse der heuchlerischen Einstellung der Sowjets vorgelegt werden.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Sie könnten bei der Entwicklung eines Kontrollsystems über Waffengebrauch eine Rolle spielen – und das wiederum könnte vielleicht zu einer möglichen Abrüstung führen. Als General Eisen-

hower Präsident war, sagte er, Abrüstung könne nur mit einem ganz einfachen und völlig zuverlässigen Aufsichtssystem erreicht werden. Mit anderen Worten: Jeder Nation der Welt müßte ständiger Zutritt zu den Waffenlagern aller anderen Nationen eingeräumt werden. Seit 1960 hat General Eisenhower in privaten Gesprächen mit mir wiederholt diese Gedankengänge erörtert und sie erweitert.

Ich glaube, jeder, der über diese Frage vernünftig nachdenkt, müßte seinem weisen und grundlegenden Postulat zustimmen. Natürlich haben wir keinerlei Anzeichen dafür, daß Rußland sich geneigt zeigen würde, regelmäßige Inspektionen durch irgendeine andere Nation zu erlauben. Der Vorschlag General Eisenhowers bezeichnet von vorneherein eine Unmöglichkeit, wenn wir ihn in der herkömmlichen Bedeutung des Wortes „Inspektion" erwägen.

Wir wollen uns allerdings erinnern, daß es für uns notwendig wurde, infolge des gefährlichen Mangels an Informationen über die militärische Kapazität der Sowjets – insbesondere auf dem Gebiet von Geschossen und Raketen – die bekannten U-2-Flüge in Gang zu setzen. Der einzige Grund dieser Flüge war, daß uns ein dichtes Netz von Sicherheitsvorkehrungen daran hinderte, militärische Nachrichten auf dem üblichen Wege zu erlangen.

Wollen wir nun diesen Gedankengang schrittweise weiterentwickeln. Die Voraussetzungen für die erste Stufe haben wir bereits zur Verfügung. Die erforderlichen Verkehrsmittel für die zweite Stufe befinden sich noch in Vorbereitung, sie müssen noch verbessert werden und das braucht Zeit. Das Erkundungsflugzeug B-70 kann aber in absehbarer Zeit seine Aufgabe übernehmen, wenn nicht die Produktion von seiten der Verwaltung verschleppt wird. Dieses Flugzeug erreicht eine Geschwindigkeit von rund 3000 Stundenkilometern und eine Höhe bis zu 24 Kilometern. Eine ausreichende Anzahl dieser Maschinen

würde photographische Registrierung der ganzen Welt, Land für Land und Tag für Tag garantieren. Derartige Aufnahmen könnten jedem Staat sofort nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt werden, sie würden der ganzen Welt die nötigen militärischen Informationen liefern, so daß die öffentliche Meinung sofort jeden Angreiferstaat erkennen kann. Im Interesse des Friedens könnten wir hier genau *die* Waffe wirksam werden lassen, die Rußland so wirksam gegen den Frieden einsetzt, nämlich die sogenannte Weltmeinung.

Das B-70-Projekt könnte von den Vereinigten Staaten allein finanziert werden, oder auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, die in der Lage sind, dazu beizutragen; die Informationen aber würden zum Eigentum der ganzen Welt. Diese Methode, um Informationen zu erhalten, sollte solange verwendet werden – und dies ist der zweite Schritt – bis die Satelliten-Aufklärung zu einem Grade vervollständigt wäre, daß auf diese Weise scharfe, genaue Bilder der gesamten Erdoberfläche erstellt werden können. Dazu müßte auch die Möglichkeit gehören, die Bilder laufend zu übermitteln, so daß sie alle Staaten erhalten. Wiederum könnten die reicheren Länder das Geld für diese Bemühungen aufbringen, den Nutzen davon aber hätten alle Staaten.

Sollten diese Bilder unangemessene Truppenbewegungen oder Verladungen von Kriegsmaterial oder die Errichtung neuer Abschußbasen oder neuer Kriegsindustrien zeigen, so würde die ganze Welt sofort davon Kenntnis erlangen und die Macht der öffentlichen Weltmeinung könnte stark zum Tragen kommen. Wenn die Weltmeinung sich in intelligenter Denkweise kristallisieren würde, werden wir vielleicht in der Welt eine Gemeinschaft sich entwickeln sehen, die sich ernstlich für den Frieden verantwortlich fühlt und in der Lage ist, sich für ihn einzu-

setzen. Dies wäre keineswegs eine bürokratische und zentralistische Weltregierung. Gegründet auf die Auffassung, daß sich die Völker der Welt immer nach Frieden sehnen und diese Haltung nur aufgeben, wenn ihr eigenes Leben oder ihre Lebensform bedroht ist oder wenn sie von selbstsüchtigen, machtgierigen Herrschern zum Handeln gezwungen werden, würde diese Gemeinschaft sich auf die Erhaltung des Friedens und auf die Vermeidung von Kriegen beschränken.

Falls irgendein Land diese Überwachungsmethode ablehnen und stattdessen die Flugzeuge oder die Satelliten zerstören würden, hätte die Welt sogleich davon Kenntnis, wer den Frieden wünscht und wer nicht. Eine solche Aktion würde die Welt zu Schritten gegen offensichtliche Aggressoren anspornen – und angesichts dieses Umstandes ist es ganz unwahrscheinlich, daß irgendein Land von sich aus ein Flugzeug herunterholt oder einen der Satelliten vernichtet, die dazu bestimmt sind, dem Frieden zu dienen.

Ein technischer Fortschritt überschattet in unserer Zeit alle anderen. Das ist der Fortschritt, den die Welt hinsichtlich der Nachrichtenübermittlung erzielt hat. Es dauert nicht mehr Monate, bis Nachrichten aus den Urwäldern Afrikas an die Außenwelt dringen. Alles wird so schnell bekannt, wie es geschieht. In dem Maße, wie das Nachrichtennetz rund um die Welt immer noch schneller wird, wird es immer leichter, die gesamte Menschheit mit den neuesten Nachrichten zu versorgen und durch sie auf ihre Ansichten und Handlungen Einfluß zu nehmen. So wie es jetzt möglich ist, innerhalb der Grenzen eines Landes Meinungen zu bilden, kann dies auch global erreicht werden. Da sich alle Menschen nach Frieden sehnen, wird kein Mensch in der Welt irgendeiner Nation oder einer Völkergruppe freundliche Gefühle entgegenbringen,

wenn sie den Frieden stören und ihre Absichten sofort enthüllt werden können.

Ich bin nicht dafür, daß wir weiterhin verzweifelt die Zuneigung aller Völker anstreben. Ich bin auch nicht dafür, daß andere Völker ihre Richtung ändern, nur, um auf uns einen guten Eindruck zu machen. Ich spreche über die Weltmeinung und die Möglichkeiten, sie rasch gegen einen Staat oder eine Gruppe von Staaten in Harnisch zu bringen, wenn diese offensichtlich vom Machtwahn ergriffen sind.

Wir können derzeit über die aggressive Haltung der Kommunisten und über ihre Aufrüstung sprechen, bis wir blau im Gesicht werden, ohne damit auf die Weltmeinung viel Einfluß auszuüben. Von etwas sprechen und etwas sehen sind zwei verschiedene Dinge. Die Kommunisten zum Beispiel sprechen vom Frieden. Sie erwecken den Eindruck, als würden sie eine vollständige Abrüstung innerhalb von vier Jahren anbieten. Im nächsten Atemzug aber sprechen sie davon, uns und unsere heranwachsenden Kinder unter dem kommunistischen System begraben zu wollen. Es ist nahezu unmöglich, den Menschen Verständnis dafür beizubringen, daß die Kommunisten vom Frieden als vom Krieg und vom Krieg als vom Frieden sprechen und daß sie erst dann zufrieden sein werden, wenn sie die Welt beherrschen und die Freiheit untergegangen ist.

Aber unter einem System ständiger Beobachtung und unmittelbarer Nachrichtenübermittlung wäre es vielleicht möglich, die Kommunisten dazu zu bringen, den Kampf aufzugeben oder überhaupt Schluß zu machen. Es ist ein Plan, der unsere ernsteste Überlegung verdient.

ACHTES KAPITEL

DIE VEREINTEN NATIONEN

Schon George Washington, ein Gegner unübersichtlicher Bündnisse mit ausländischen Mächten, ermahnte einst das amerikanische Volk, „freundlich zu sein, aber auf einen hohen Zaun zu achten". Noch bis zum Ende des Ersten Weltkrieges empfand unser ganzes Volk denen gegenüber, die außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten lebten, keine unmittelbare politische oder wirtschaftliche Verantwortung.

Sogar noch in dem Zeitpunkt, als wir in den Krieg eintraten, hielten wir es für nötig, durch unseren Präsidenten spitzfindig erklären zu lassen, daß unsere Anstrengungen, den Briten und Franzosen gegen Deutschland zur Hilfe zu kommen, weniger die eines „Verbündeten" seien als die eines Mitwirkenden an der Bemühung, den gemeinsamen Feind zu schlagen. Am Ende des Krieges unternahm Präsident Wilson den ersten Versuch, die Vereinigten Staaten in ein enges Bündnis mit anderen Nationen zu verwickeln, indem er sich nachdrücklich dafür einsetzte, daß wir Mitglied des neugegründeten Völkerbundes werden sollten. Aber die starke Abneigung gegen derartige Bindungen, die in der Geschichte unserer Nation stets zu spüren war, setzte sich durch, und wir weigerten uns schließlich, in diese Liga einzutreten.

Als sich das Ende des Zweiten Weltkrieges abzeichnete und seine Ergebnisse der Welt offenkundig wurden, war

es ein anderer Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, der mit seiner übergroßen Geschicklichkeit als politischer Drahtzieher nicht nur enthusiastische und optimistische Unterstützung für die neue Idee die Vereinten Nationen zusammentrommelte, sondern auch über genug Macht verfügte, um die Wilson-Idee aus dem Ersten Weltkrieg zu Ende des Zweiten Weltkrieges noch einmal zum Leben zu erwecken. Der Anti-Bündnis-Instinkt, der mit der Bezeichnung „Isolationismus“ umschrieben und von einer überwältigenden Mehrheit von Amerikanern gefühlt wurde, war über Nacht unpopulär. In der Tat, wenn jemand damals in Ausdrücken der amerikanischen Vorkriegsstimmung sprach, dann war er in der Gesellschaft ebenso willkommen wie der vorsintflutliche Piltdown-Mensch.

Seit nunmehr über fünfzehn Jahren sind wir nicht nur Mitglied der Vereinten Nationen, sondern sozusagen ihr König aus dem Märchenreich. Obwohl wir beinahe die Hälfte aller Kosten bestreiten, hat unsere Stimme bei den Beratungen nicht mehr Gewicht als die des Feindes der freien Menschheit oder die der kleinsten oder jüngsten Nation. Es ist daher nur natürlich, wenn die Amerikaner heute dieses Kind des Zweiten Weltkrieges aufmerksam beobachten und sich höflich, beständig und sehr zeitgerecht nach seinem Ergehen erkundigen. Was tut es für den Fortschritt der Freiheit in der Welt? Welche Ergebnisse werden seine Handlungen und Unterlassungen für die Freiheit und unsere eigenen nationalen Anliegen zeitigen? War es richtig, daß wir vor dem Zweiten Weltkrieg auf unserer Ansicht beharrten, keine verwickelten Bündnisse mit ausländischen Mächten einzugehen? Diese und viele andere Fragen liegen den Amerikanern heute auf dem Herzen, denn wir arbeiten nun seit Jahren mit den Vereinten Nationen an der gemeinsamen Lösung weltweiter Pro-

bleme zusammen und sehen die Welt trotzdem nach wie vor in Aufruhr.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in unserem Lande erneut Ansichten zu hören sind, die wir als eine Art von Isolationismus identifizieren müssen. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Bewegung zu seiner Rückkehr in der Vorkriegsbedeutung führen wird. In der Tat müssen wir dies zu verhindern trachten. Das kann aber nur gelingen, wenn klar und ehrlich darüber gesprochen wird, was in dem großen scheibenartigen Haus in New York City vor sich geht. Die Amerikaner neigen sehr zu Extremen. In unserem Zeitalter werden wir das erneut demonstrieren, wenn wir die Vereinten Nationen nicht aus angemessener Perspektive beurteilen.

Der zunehmenden Strömung des Isolationismus entgegenzuarbeiten ist ebenso aufregend, wie es gegenüber dem Internationalismus zu tun, einer Bewegung, die vielleicht noch extremer ist als ihr Gegenspieler. Selbstverständlich finden wir unter den Internationalisten die lautesten Anhänger der Vereinten Nationen. Diese Leute glauben an eine „Weltregierung – jetzt“. In den Vereinten Nationen sehen sie die „einzige Hoffnung für die Welt“, die „einzige Barriere zwischen dem totalen Atomkrieg und uns selbst“. Sie tragen ähnliche Scheuklappen wie jene, die behaupteten, wir müßten an unseren Küsten bleiben und die Welt verachten. Wir müssen diese beiden Extreme vermeiden, müssen sorgfältig allen Wegen nachgehen, auf denen wir immer einige Antworten finden, die den wahren Interessen der Freiheit nützen könnten. Ich sage Freiheit, nicht Friede; denn Friede ohne Freiheit ist für das amerikanische Volk unannehmbar.

Ich möchte meine Erklärung wiederholen, daß es eine Verständigungsmöglichkeit gibt zwischen den einen, die glauben, unser Land diene am besten seinen eigenen

Interessen und den Interessen der freien Welt, wenn es auf sich gestellt stets und immer für unser Ziel, die Ausbreitung der Freiheit arbeitet und den anderen, die die ganze Welt umarmen, und allen Nationen in der Welt bei der Lösung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Probleme helfen wollen. Wir können heute nicht mehr darauf betehen, uns von der übrigen Welt zu isolieren. Was in Ghana, Vietnam oder Kuba geschieht, hat eine direkte Einwirkung auf die amerikanische Sicherheit. Ebensowenig aber können wir mit Rücksicht auf unsere Sicherheit hundertprozentige Internationalisten sein. Zweifellos ist eine Welt-Regierung nicht das, wofür wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt aussprechen sollten.

Die Verständigung kann in einer neuen Form von Nationalismus gefunden werden; eine neue Form des Nationalismus – überaus feinfühlig für unsere Verantwortung uns selbst und unseren Zielen gegenüber und zugleich aufgeschlossen gegenüber der Tatsache, daß die Widerstandskraft anderer freier Völker gegenüber dem kommunistischen Druck für uns Amerikaner von ernster Bedeutung ist. Die Verkündung des Präsidenten, daß der Sieg über den Kommunismus das Ziel unserer Nation ist – von allen Amerikanern als das vitale Interesse unseres Landes und der freien Welt anerkannt – würde der Schlußstein dieses neuen Nationalismus sein. Wenn wir einmal das erreicht haben, dann werden die Extreme weitgehend dahinschwinden – das ist meine feste Überzeugung. Mit einem gemeinsamen Ziel vor Augen, werden die Amerikaner und die freien Völker darangehen, eine Welt zu errichten, in der der Kommunismus eine immer geringere Rolle spielen und die Freiheit sich zur leitenden Schicksalskraft erheben wird.

Dieser neue Nationalismus, der sich – wie er es tun muß – um regionale Allianzen zwischen den befreundeten

Nationen der freien Welt bemüht, muß es vermeiden, sich auf irgendeine Organisation zu verlassen, deren Gesamtzweck nicht mit der Freiheit übereinstimmt. Dazu gehören die Vereinten Nationen. Die politisch mächtige Clique in unserer Mitte, die nicht beachtet, was die Vereinten Nationen tatsächlich tun, sondern nur hören will, was sie versprechen, wird nicht zugeben, daß einer Organisation wie den Vereinten Nationen gewisse Schwächen geradezu angeboren sind. Mit dieser Clique stimmen ein Großteil der Presse, eine Menge Professoren, die Verwalter der großen Stiftungen und sogenannte politische Vereinigungen überein; sie alle üben einen beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung unseres Landes aus. Es wird nicht einfach sein, dieses Übergewicht an Einfluß zu überwinden; aber durch beständige und ehrliche Bewertung dessen, was die Vereinten Nationen für die Sache der Freiheit tun und nicht tun, werden wir die Notwendigkeit einer neuen nationalen Haltung und den Wert der Vereinten Nationen, wie sie derzeit vor uns stehen, beurteilen können. Die Vereinten Nationen sind heute eine ganz andere Organisation, verglichen mit dem ursprünglichen Konzept ihrer Aufgaben. Ich wage die Behauptung, daß der Senat der Vereinigten Staaten dem Vorschlag, wir sollten Mitglied dieser Organisation werden, nicht zugestimmt hätte, wenn ihre Väter offen gesagt hätten, wie das Baby sich innerhalb von 15 Jahren entwickeln würde.

Ursprünglich sollten die Vereinten Nationen ein öffentliches Forum für Dispute zwischen den Nationen sein; hier sollten zwischenstaatliche Meinungsverschiedenheiten durch Kompromisse in einer Weise geschlichtet werden, die für die meisten, wenn nicht für alle Mitglieder annehmbar wäre. Es war niemals vorgesehen, daß einem Mitglied gegen seinen Willen Zwang auferlegt werden sollte. Wie sich herausstellte, ist dies ja ohne eine jederzeit einsatz-

bereite militärische Macht sowieso unmöglich. Schon die Vorstellung einer solchen starken Streitmacht (nicht den mageren Polizeistreitkräften, über die die Vereinten Nationen heute verfügen), die sich aus einem Mischmasch von Nationen rekrutierte – reifen und unreifen, wirtschaftlich starken und gefährlich schwachen, gespalten teils in loyale und teils in offensichtlich einander mißtrauende Staaten –, müßte die Bereitschaft auch der Leichtgläubigsten und Naivsten auf eine harte Probe stellen. Die Vereinten Nationen haben es bei Gelegenheit abgelehnt, als Schiedsrichter zu wirken. In Kaschmir, zum Beispiel, weigerten sie sich, weil Nehru – das Musterbeispiel von Tugend, wenn Handlungen demokratischer Länder zur Debatte stehen – seine Zustimmung versagte und ein solches Vorgehen tatsächlich mit Waffengewalt verhinderte. Wo immer sie vor die Notwendigkeit gestellt waren, ihren Entscheidungen mit Waffen Nachdruck zu verleihen, haben die Vereinten Nationen einigen wenigen Mitgliedern die Verantwortung zugeschoben, wobei die schwerste Last stets den Vereinigten Staaten zufiel.

Von Anfang an haben wir nicht erkannt, welche Absichten die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen verfolgen. Wir sahen in ihnen die bisherigen Kriegsgefährten und nunmehrigen Friedens-Brüder; sie würden mit am Konferenztisch sitzen, an den Beratungen im Geist von Geben und Nehmen teilnehmen und zur Lösung von Weltproblemen hilfreich beitragen. Inzwischen freilich haben wir herausgefunden, daß ihre Unnachgiebigkeit es unmöglich macht, die meisten der ursprünglichen Anliegen der Vereinten Nationen zu verwirklichen.

Wir sind auch daraufgekommen, daß die neuen Mitgliedstaaten sich in verständlicher politischer Naivität entweder als ungebunden (neutral) bezeichnen oder sich

an die Sowjets anlehnen, weil diese, wie sie meinen, den Rat durch den unablässigen Gebrauch des Vetos und die Generalversammlung durch ihre zahlenmäßige Stärke beherrschen. Wir rechneten damit, daß wir dort stets über genügend Stimmen verfügen würden, um die Interessen der Freiheit zu schützen. Jetzt stellen wir fest, daß die Majorität stark zusammengeschmolzen ist; wenn bei der Abstimmung über den Eintritt Rot-Chinas im Jahre 1961 die Stimmenhaltungen für dessen Eintritt gezählt worden wären, hätten wir eine große Niederlage erlitten.

Infolge des kommunistischen Druckes haben die Vereinten Nationen eine innere Wandlung durchgemacht. Wir haben keinen Anlaß, auf irgendeine magische Wendung zum besseren zu hoffen. Politisch einflußreiche Amerikaner pflegen ihre Aufmerksamkeit nicht den Ergebnissen zuzuwenden, während die Kommunisten unablässig nur an Ergebnisse denken, besonders an solche, die ihnen direkt zugute kommen. Wir haben die unerklärliche und abstoßende Episode im Kongo miterlebt; dort überzogen die Vereinten Nationen, die dafür 40 Millionen US-Dollars erhalten hatten, Katanga mit Krieg; Katanga war der einzige Teil des Kongo, wo Friede und wachsender Wohlstand herrschten; die Vereinten Nationen aber bestanden darauf, daß die dortige Regierung sich einer kommunistisch beherrschten Zentralregierung unterwerfe!

Wir sind Mitglied der Vereinten Nationen und wenn wir uns an solchen unsinnigen Handlungen beteiligen, sind wir ebenso schuldig wie alle anderen. Aus diesem Grund vertrete ich die Ansicht, daß wir uns in der Durchsetzung der Freiheit nicht blindlings von den Vereinten Nationen abhängig machen dürfen. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie ein Forum darstellen, vor dem die verschiedenen Nationen ihre Freuden, ihren Ärger oder ihre Probleme vorbringen können. Wir sollten dieses Forum

unterstützen, solange die Aktionen der Vereinten Nationen nicht unseren eigenen nationalen Zielen zuwiderlaufen und nicht weiterhin den Kommunisten Nutzen bringen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.

Bei früheren Gelegenheiten haben wir unsere eigenen Ansichten über die wirksame Führung des kommunistischen Krieges der Politik der Vereinten Nationen nachgeordnet und dadurch den westlichen Interessen Abbruch getan. Das zeigten der Korea-Krieg, die Suez-Krise, die Revolution im Irak, die Ereignisse im Kongo. Diese Erfahrung kann uns nicht überraschen, wenn uns bewußt ist, daß die Politik der Vereinten Nationen den gemeinsamen Nenner der Außenpolitik von einigen 80 Nationen bildet, von denen einige uns feindlich gesinnt sind, andere unseren Interessen gleichgültig gegenüberstehen und fast sämtliche weniger entschlossen sind als wir, die Welt vor der Herrschaft der Kommunisten zu bewahren. Angesichts des wachsenden Einflusses angeblich neutraler Nationen aus Asien und Afrika wird in Zukunft die ständige Nachgiebigkeit Amerikas gegenüber Rußland ernsteste Folgen heraufbeschwören.

Bedeutsam für die Entwicklung der Vereinten Nationen war nicht das, was der Kommunismus offen, sozusagen mit der rechten Hand unternommen hat, zum Beispiel Chrustschows Darbietung mit dem Schuh oder seine Schimpfereien; viel bedeutsamer sind die Erfolge der Kommunisten, die sie gewissermaßen mit der linken Hand erreichten. Hierher gehören die erfolgreichen Bemühungen um Bestätigung der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik durch einen angeblich neutralen Staatenblock. Die Herren Tito, Nkrumah, Soekarno, Nehru und Nasser wurden – obwohl ihre Vorschläge in jeder Einzelheit prosowjetisch waren – zu einem schwindelhaften „Mittelblock", um den wir selbst uns ernstlich

bemühten. Das war ein bizarres Anzeichen dafür, daß das Machtzentrum der Vereinten Nationen eine scharfe Kehrtwendung nach links gemacht hat. Es gibt auch noch andere, ähnliche Beispiele: der Beschluß, die Kernspaltungsversuche aufzugeben, der Beschluß, jede Art von Kolonialismus sofort zu beenden, die Haltung der Vereinten Nationen, als sie die vorübergehende Rückkehr Lumumbas an die Macht begünstigten.

Wir müssen uns und andere Völker von dem Aberglauben befreien, daß internationale Politik, um „gut" zu sein, von den Vereinten Nationen gebilligt werden müsse. Diese Einsicht ist ein Beitrag zu unserer Selbstbefreiung aus den Klauen der Weltmeinung.

Es mag Gelegenheit geben, die Vereinten Nationen als breite Basis für allgemeine Übereinstimmung über eine Politik im westlichen Interesse zu benützen. Wenn aber die Vorlage eines Problems bei den Vereinten Nationen vorhersehbar zu Widerständen gegen die amerikanische Politik führen wird, dann müssen wir, wie wir es im Fall Berlin getan haben, in aller Ruhe darauf bestehen, das Problem anderweitig zu lösen.

Zur Frage, ob es sinnvoll ist, die Vereinten Nationen zu unterstützen, ist es vielleicht von Nutzen, die sehr aufschlußreichen Bemerkungen der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten in ihrem Bericht vom 20. November 1960 zu zitieren:

> „Die Tendenz, eine übergroße Verantwortung auf eine Organisation abzuladen, ist auch im Bereich der internationalen Fragen zu erkennen. Manche Leute scheuen die persönliche Verantwortung in Fragen der internationalen Gemeinschaft. Es hat auch den Anschein, als ob viele unserer Mitbürger des Gefühl hätten, die bloße Zustimmung zu den Vereinten Nationen befreie uns von der Last der Verantwortung bei der Regelung internationaler Angelegenheiten; Beschlüsse, die von den

Vereinten Nationen gefaßt werden, würden ohne Rücksicht auf ihren objektiven Wert immer als moralisch einwandfrei betrachtet.

Wir leugnen nicht den unbestreitbaren Wert einer Politik, die die Vereinten Nationen unterstützt und zollen dem großen Beitrag, den sie auf vielen Gebieten geleistet haben, unsere Anerkennung. Wir müssen aber genau erkennen, daß die Bürger unseres Heimatlandes und aller Länder dafür verantwortlich sind, die Überlegungen und Beschlüsse der Vereinten Nationen gemäß den objektiven Normen universaler Moral zu prüfen und zu bewerten. Das schließt auch die Pflicht der Bürger ein, dieses Urteil ihren eigenen Regierungen gegenüber zu vertreten."

Der letzte Satz gibt uns einen Fingerzeig, um gegenüber den Vereinten Nationen den richtigen Standpunkt zu gewinnen. Die Verantwortung für die Betreuung der auswärtigen Angelegenheiten unserer Nation liegt in den Händen einer Regierungsbehörde, die nach den Ratschlägen und unter Zustimmung des Senates tätig ist. Ein Drittel dieser Körperschaft wird alle zwei Jahre der Billigung oder Mißbilligung der Bevölkerung unterworfen; wenn die Ansichten der Bürger nicht beachtet werden, dann vermittelt die Wahlurne ein Spiegelbild ihrer Anschauungen.

Wenn wir – was wir offenkundig tun müssen – erkennen, daß die gemeinsamen Interessen der freien Welt in Allianzen außerhalb der Vereinten Nationen liegen und daß die „freie Welt" die Länder umfaßt, die an der Freiheit und am Kampf gegen den Kommunismus interessiert sind, ist es kein schwieriges Problem, diese Staaten anzusprechen. Wir haben bereits Bündnisse mit den Ländern rund um den Nordatlantik, mit den lateinamerikanischen und den südostasiatischen Staaten. Mit ihnen allen haben wir vieles gemeinsam. Wir alle wünschen die Freiheit. Mehr oder weniger bekennen wir alle uns zu Wirtschaftssystemen, die vom Markt her bestimmt werden. Wir haben

auch alle – ebenfalls mit Gradunterschieden – erkannt, daß der Kommunismus unser Feind ist.

Um genau zu erklären, was ich mit „Gradunterschieden“ meine: Die argentinische Armee hat eine Anti-Guerilla-Schule eingerichtet; aber im Gegensatz zu unserer eigenen Schule für einen ähnlichen Zweck in Panama, die vor allem auf Taktik Wert legt, mißt die argentinische Schule vor allem dem Studium der kommunistischen Doktrin, ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer Anwendung in der Praxis Gewicht bei. Der Leiter dieser Schule traf die nachstehende, sehr interessante Feststellung: „Wir müssen nicht nur die Kommunisten, sondern den Kommunismus bekämpfen. Damit wir das können, müssen wir ihn ganz genau begriffen haben.“ (Die Vereinigten Staaten legen in ihrer Guerilla-Schule nicht nur kein Gewicht auf diese notwendigen Kenntnisse, sondern wir lehnen gemäß Erlaß von hoher ziviler Stelle einen derartigen Unterricht in unserer Armee geradezu ab.)

Trotz gewisser Interessenverschiedenheiten haben die in diesen Bündnissen zusammengeschlossenen Staaten mehr Gemeinsames als Trennendes. Durch die Tatsache, daß wir die Hauptangriffsziele der Kommunisten sind, sind wir in einer gemeinsamen Aufgabe verbunden: Sieg über jene Weltanschauung und Verbreitung der unseren in der Welt. Wenn wir unsere Position sowohl politisch wie wirtschaftlich, und nicht nur individuell, sondern als Block freier Nationen verbessern können, werden wir in der Lage sein, dem Ausgreifen des Kommunismus wirksam entgegenzutreten. Wir haben es versäumt, den Fortschritt im Wirtschaftsleben Westeuropas im Vergleich zu den unwesentlichen Besserungen in Rußland und dem Abgleiten in den Satellitenstaaten propagandistisch auszuwerten. Unmittelbar vor den Toren Rußlands befindet sich jenes Gebiet (Europa), das den Unterschied zwischen

der freien und der versklavten Welt am klarsten beleuchtet. Doch wir haben es den Kommunisten gestattet, fernabliegende Gegenden zu Brennpunkten des Weltinteresses zu machen, um die allgemeine Aufmerksamkeit von dem für sie so ungünstigen Vergleich abzulenken. Es ist keineswegs zu spät, um auf diese Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung hinzuweisen; der Unterschied zwischen freien und versklavten Nationen wird sich weiter vergrößern, solange die europäischen Mächte das freie Unternehmertum auf verschiedene Weise ebenso begünstigen wie bisher.

Die in der NATO, SEATO und OAS zusammengefaßten Mächte können den festen Damm gegen die steigende Flut des Kommunismus bilden; zu diesen Allianzen gehören industriell sehr starke Länder; sie können anderen beistehen, die dasselbe hohe Niveau bisher noch nicht erreicht haben. Die größte Leistung, die wir für unsere Nachbarn in den lateinamerikanischen Ländern vollbringen können, besteht darin, ihnen die notwendigen technischen Kenntnisse darüber zu vermitteln, wie unsere Böden ihren hohen Ertrag erbringen und wie unsere Naturschätze zur Quelle des Reichtums und des Wohlstands für das ganze Volk wurden. Um das Jahr 2000 werden die lateinamerikanischen Staaten eine Bevölkerung von mehr als 500 Millionen Menschen haben. Um die Freundschaft zwischen den Völkern unserer Hemisphäre dauerhaft zu festigen, werden wir ihre Widerstandskraft gegen den Kommunismus stärken müssen.

Wir können der Bevölkerung von Südostasien unseren starken Arm reichen, wenn sie angegriffen werden. In Friedenszeiten aber können wir ihnen ebenso mit unseren technischen Fertigkeiten beistehen, so daß sie aus ihren Böden, ihren Naturschätzen und aus ihrer Arbeit den gleichen Nutzen ziehen wie wir es tun.

Es gibt viele andere Staaten, die aus den Wüsten und Urwäldern der Welt emporsteigen. Diese neuen Nationen dürfen nicht außerhalb des Freundschaftskreises der bereits gefestigten Nationen der freien Welt bleiben. Allerdings müssen wir ihre Probleme realistisch betrachten. Nehmen wir als Beispiel jene Staaten, die sich auf dem großen Kontinent Afrika bilden. Wir müssen zurückdenken an unsere einstigen eigenen Versuche, eine Regierung zu formen und an die damaligen langen Jahre der Auseinandersetzungen und Unentschlossenheit. Wir müssen die schwierige, aber notwendige Aufgabe erkennen, diese Nationen kulturell, wirtschaftlich und politisch soweit zu fördern, daß sie für eine verantwortliche Selbstverwaltung reif werden. Wir dürfen sie nicht den Kommunisten überlassen. Gleichzeitig aber müssen wir sie überzeugen, daß wir keine „kolonialen" Absichten hegen.

Eingeborene politische Führer mögen sich als freundlich gegenüber dem Westen erweisen und als fähig, ihre Völker mit unserer Unterstützung zu einer einigermaßen ordentlichen fortschrittlichen Selbstverwaltung zu führen. Vielleicht ist Oberst Mobutu so ein Führer, genau werden wir das wahrscheinlich nie wissen; denn in den acht Wochen, in denen in Afrika westliches Schicksal auf seinen Schultern ruhte, rührten wir offenbar keinen Finger zu seiner Hilfe. Das aktive Eingreifen der Vereinten Nationen im Kongo dient heute dazu, die Macht einer „neutralistischen" Regierung zu konsolidieren, deren Sympathie sich wohl immer mehr den Kommunisten zuneigen wird.

Wo sich keine derartigen Führer zeigen, muß der Westen unmittelbar eingeschaltet bleiben. Wir dürfen keine Unabhängigkeitsbestrebungen hinnehmen wo Unabhängigkeit Vorherrschaft der Kommunisten oder Rückkehr zur Barbarei bedeutet. Wir können es uns auch nicht erlauben,

dem Antikolonialismus freie Bahn zu lassen und so den verrückten Sturm in Richtung Anarchie und sowjetischer Dienstbarkeit beschleunigen. In Gebieten, in denen der Einfluß des Westens noch überwiegt, bedarf es des Einsatzes der amerikanischen Diplomatie, um ihn zu erhalten. In Gebieten, die bereits unter kommunistischen Einfluß geraten sind, müssen wir offen und verborgen darauf hinarbeiten, den westlichen Einfluß wiederherzustellen.

Vielleicht liegt die Lösung des Problems in einem vorläufigen Afrika-Protektorat, ausgeübt von einer Gemeinschaft westlicher Nationen. Die Aufgabe eines solchen Protektorates läge darin, über ein revolutionäres Programm zu wachen, das die afrikanischen Völker wirtschaftlich, politisch und kulturell auf die Verantwortung der Selbstverwaltung vorbereitet – in einer Atmosphäre, die den westlichen Begriff von Recht und Freiheit durchsetzt. In vielen Teilen der Welt würde eine solche Politik als reaktionär, chauvinistisch und gewalttätig angeprangert werden. Derartige Vorwürfe müßten wir ertragen. Für uns könnte es keinen Zweifel geben, daß das Kolonialsystem – sogar in seinem derzeitigen Entwicklungsstand – für die Völker Afrikas besser ist als das Elend und das Chaos, in das sie jetzt kopfüber hineinstürzen.

Wir sollten Afrika halten, vor allem deshalb, weil die Aufrechterhaltung der dortigen westlichen Position für den Sieg über den Kommunismus wesentlich ist; nicht weniger aber auch deshalb, weil uns bewußt ist, daß das Vorrecht, im Westen geboren zu sein, die Pflicht in sich schließt, unser Glück auch anderen zu vermitteln. Wir sind die Träger der westlichen Zivilisation, des vornehmsten Produktes von Herz und Hirn des Menschen. Wenn in der Vergangenheit der Westen in Afrika seine Pflicht nicht im vollen Ausmaß erfüllt hat, dann ist das nur ein Grund mehr, jetzt unsere Pflicht zu tun.

Zusammengefaßt: Die Vereinten Nationen werden dann nicht mehr eine Gefahr für die Durchsetzung unserer Ziele sein, wenn wir sie an den ihnen zukommenden Platz verweisen und ihnen nicht gestatten, so etwas wie eine Instanz zu werden, über die hinaus es keine Berufung mehr gibt. Es wird nicht leicht sein, das zu vermeiden, weil mächtige Kräfte am Werk sind, die der Idee dieser Organisation blind ergeben sind und kein Gefühl für ihre Fehler und Grenzen haben. Ich behaupte, daß diese Leute den Kern der Gruppe bilden, die nichts daran auszusetzen hatte, die Äußere Mongolei in die Vereinten Nationen aufzunehmen, obwohl diese 5000 Mann stellte, um den Kommunisten in Korea zu helfen. Diese Leute würden auch Rot-China aufnehmen, das es heute nur deshalb gibt, weil dieselbe Clique sich weigerte, im Korea-Krieg einen Sieg über Rot-China zuzulassen.

Die Gefahr, daß Rot-China ein Bestandteil der Vereinten Nationen wird, ist so groß, daß ich mich mit diesem Problem im folgenden Kapitel gesondert befassen werde.

NEUNTES KAPITEL

ROT-CHINA UND DIE VEREINTEN NATIONEN

Unvermeidlich kommt immer wieder eine Zeit, in der die Völker sich zu wirksamem Handeln gezwungen sehen. Wir befinden uns nun beinahe ständig in dieser Lage. Die Kommunisten dringen an vielen Fronten vor, eine von ihnen sind die Vereinten Nationen.

Zu den strategischen Schachzügen der Kommunisten gehört es, unsere Position im Fernen Osten zu untergraben und zu diesem Zweck Rot-China in die Vereinten Nationen hereinzubringen. Jedes Jahr behaupten die Befürworter eines solchen Manövers, sie hätten die nötige Stimmenzahl beisammen, so daß Rot-China in ein bis zwei Wochen über einen Sitz verfügen würde. Jedes Jahr vereiteln wir den Antrag der Kommunisten, aber unser Vorsprung ist entmutigend gering.

Unsere derzeitige Regierung bekommt dieses Problem nie richtig in den Griff. Ich habe einen Vorschlag, wie man dieser alljährlichen Herausforderung begegnen kann: Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte eine Erklärung abgeben, daß sie, falls die Vereinten Nationen beschließen, Rot-China aufzunehmen, bis zum Widerruf dieser Aktion ab sofort ihre politische und finanzielle Unterstützung der Vereinten Nationen aussetzen wird.

Wir wollen immer eingedenk bleiben, daß wir die Vereinten Nationen nicht deshalb unterstützen, weil sie die

Vereinten Nationen sind. Die Vereinten Nationen wurden geschaffen, um großen humanen Zielen zu dienen. Diese Ziele heißen Freiheit und Friede. Wir wollen keinen Frieden, wenn wir, um ihn zu haben, vorher auf unsere Freiheit verzichten müssen. Unsere Freiheit wiederum ist gefährdet, wenn wir keinen Frieden erlangen können. Wenn die Position des freien China im Fernen Osten in den Vereinten Nationen unterminiert würde, wäre die Weltorganisation ein Instrument, das die Freiheit abschnürt. Wenn die antikommunistische Allianz geschwächt und dadurch die Aggressionslust der Kommunisten bestärkt wird, dann gefährden die Vereinten Nationen den Weltfrieden. Sie wurden nicht geplant, um die Feinde von Frieden und Freiheit zu unterstützen.

Daraus folgt, daß die Vereinigten Staaten im Interesse der tatsächlichen Aufgaben, denen die Vereinten Nationen zu dienen bestimmt waren, jedes ihnen zur Verfügung stehende Druckmittel anwenden müssen, um die Vereinten Nationen auf die in ihrer Charta festgelegten großen Ziele zurückzudirigieren. Professor Hans Morgenthau aus Chicago hat uns nachdrücklich daran erinnert, daß die Handlungen der Vereinten Nationen keinen Ersatz für unsere eigene Politik bieten, und daß es sich unser State Department nicht leisten kann, neben unserer UN-Delegation die zweite Geige zu spielen. Unsere Politik heißt: unsere Freiheit bewahren. Die Vereinten Nationen fördern oder behindern diese Politik, je nach den von ihnen gefaßten Beschlüssen. Wenn sie aber Beschlüsse fassen, die zu ihrer ursprünglichen Bestimmung im Widerspruch stehen, dann sind sie nicht mehr von Nutzen.

Aber – so lamentieren die Liberalen – was würde geschehen, wenn jeglicher Staat den Beschluß faßte, die Vereinten Nationen immer dann zu boykottieren, wenn die Generalversammlung etwas unternimmt, was er miß-

billigt. Würde das nicht das Ende der Vereinten Nationen bedeuten? Darauf wollen wir schlicht antworten: Die Vereinigten Staaten sind ja nicht gerade „jeglicher Staat". Die Vorsehung hat uns vor die Aufgabe gestellt, den Kampf der freien Welt für die Freiheit anzuführen. An uns liegt es, die grundlegenden Entschlüsse zu fassen; wir müssen sie fassen im Hinblick auf die bleibenden Interessen der Freiheit, sogar dann, wenn diese nicht von allen Mitgliedern der freien Welt so deutlich erkannt werden würden. In der Welt von morgen wird es kein freies Land mehr geben, wenn die Vereinigten Staaten ihre Handlungsfreiheit einbüßen sollten.

Nur wenn wir diese unsere Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen, sogar in so drastischer Weise wie ich es vorschlug, erfüllen wir auch weiterhin unsere Pflicht als Führungsmacht und stärkstes Glied der freien Völkergemeinschaft. Weigern wir uns aber, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zum Einsatz zu bringen, dann drücken wir uns um unsere Verantwortung, verlieren unsere Stärke und schaden unserem Anliegen.

Die Sowjetunion spricht häufig über einen Boykott der Vereinten Nationen. In Wirklichkeit hat sie in dieser Richtung nichts unternommen. In dem Augenblick freilich, in dem ein Austritt als ein Fortschritt auf dem Wege der sowjetischen Revolution propagiert werden könnte, würden die Russen herausgehen. Jedem Staat steht das souveräne Recht zu, aus einer internationalen Körperschaft auszutreten. Es kommt dabei darauf an, daß dieses Recht nicht wie im Falle der Sowjetunion als Angriffswaffe gehandhabt wird, sondern nur als ein nationales Muß, wenn vitale Interessen des Staates auf dem Spiele stehen.

Niemals dürfen die Vereinigten Staaten ihre Macht zynisch oder für Bagatellen einsetzen. Niemals dürfen wir die Vereinten Nationen für irgendein kleines, nationali-

stisches Abenteuer mißbrauchen. Wir haben nicht die Absicht, aus den Vereinten Nationen einen Dienstboten für nebensächliche Interessen zu machen. Wir sind gewillt, Majoritätsbeschlüsse in Angelegenheiten anzuerkennen, die nicht unsere nationale Sicherheit betreffen. Sollten aber die Vereinten Nationen durch Stimmenmehrheit ernstlich die internationale Struktur unseres Widerstandes gegen den Kommunismus schwächen (wie das der Fall wäre, wenn der legitime Anspruch der Tschiang Kai-schek-Republik auf das chinesische Hauptland unterminiert würde), dann könnten wir es uns nicht gestatten, dem einfach im Hinblick auf die Spielregeln der Vereinten Nationen zuzustimmen. Das ist der Punkt, an dem die nationale Politik absoluten Vorrang vor einer internationalen parlamentarischen Prozedur haben muß.

Die Aufnahme Rot-Chinas in die Vereinten Nationen ist glücklicherweise undenkbar, wenn die Vereinigten Staaten hier unnachgiebig in Opposition bleiben. Diesen Standpunkt nahm die Regierung Eisenhower ein, und Jahr für Jahr wurde Rot-Chinas Versuch, sich Eintritt zu verschaffen, abgewehrt. Auch die Regierung Kennedy widersetzte sich der Aufnahme Rot-Chinas – aber nicht mehr ganz so kraftvoll – und der status quo konnte nur mit wenigen Stimmen aufrecht erhalten bleiben.

Ändert sich die Lage von Jahr zu Jahr?

Wurde Rot-China zivilisierter? Die Beweise für das Gegenteil sind überzeugend; es wird von Elend, Hungersnot und Unterdrückung berichtet, schrecklicher als in der ganzen Geschichte Chinas.

Ist Rot-China nunmehr so stark geworden, daß wir uns seinen Ausschluß nicht mehr leisten können? Der Kommentator Joseph Alsop, ein sorgfältiger Beobachter der Entwicklung im Fernen Osten, berichtet (und andere stimmen ihm zu), daß die Regierung Rot-Chinas in ihrer

bisherigen Geschichte schwächer ist als je zuvor, – vor allem deshalb, weil die kostspieligen und folgenschweren Irrtümer brutaler Ideologen das Wirtschaftsleben und die Moral der Bevölkerung ruiniert haben.

Ist der Widerstand gegen Rot-China im Fernen Osten im Vergleich zu früher schwächer geworden? Im Gegenteil, er ist gewachsen. Die zahllosen Flüchtlinge aus Rotchina haben die Kunde von dem unter kommunistischem Totalitarismus herrschenden Elend in jeden Winkel Asiens verbreitet. Im Gegensatz dazu gedeiht die Wirtschaft in Formosa, die Neuverteilung des Bodens hat dort eine breite Schicht von Eigentümern geschaffen und die Kampfmoral der Streitkräfte ist ausgezeichnet.

Warum also sollen wir uns Jahr für Jahr von der Debatte über Rot-China beunruhigen lassen? Teilweise gründet sich unsere Sorge auf die in den vergangenen Jahren erfolgte Aufnahme von rund einem Dutzend afrikanischer Staaten, deren Außenpolitik sich nach Moskau ausrichtet, weil sie wegen der Kolonialpolitik des Westens noch Ressentiments haben. Wenn wir aber von der Festigkeit unserer Position im Fernen Osten wirklich überzeugt sind, warum wollen wir dann einem Dutzend afrikanischer Staaten (die – wir wollen es einmal klar aussprechen – von den Problemen der Welt noch keine Ahnung haben) gestatten, die Richtung unserer Außenpolitik zu ändern?

Wenn wir ernstlich entschlossen sind, an unserer China-Politik festzuhalten, werden wir auch die Stimmen der afrikanischen Staaten für uns gewinnen können. Wir sollten ihnen mit Begriffen kommen, die sie verstehen. Wir könnten sie darauf hinweisen, daß der schlimmste Kolonialismus, den es jemals irgendwo gab, der der Kommunisten in China ist.

Die bedeutendste Veränderung der jüngsten Vergangenheit wird bezeichnet durch die Schwäche der derzeitigen

amerikanischen Regierung auf dem Felde der Außenpolitik, sei es in Kuba, in Laos, in der Äußeren Mongolei oder in den Vereinten Nationen. Anstatt Entschlußkraft zu zeigen – was tat unsere Regierung? Unser Botschafter bei den Vereinten Nationen, Mr. Adlai Stevenson sagte im Januar 1961, es könnte vielleicht „unvermeidlich" sein, Rot-China anzuerkennen. Der Unterstaatssekretär Chester Bowles war weit und breit bekannt dafür, daß er die Aufnahme Rot-Chinas begünstigte. Viele Männer aus der Umgebung des Präsidenten waren lange Zeit Fürsprecher einer Politik des Nachgebens gegenüber Rot-China.

Im Juni 1961 startete das Weiße Haus in der „New York Times" einen Versuchsballon; es wurde behauptet, wir wären bereit, Rot-China einen Sitz anzubieten in der Erwartung, daß er zurückgewiesen werde, solange wir nicht gleichzeitig die Regierung National-Chinas ausstoßen würden, und dazu seien wir natürlich nicht bereit. Mit diesem Manöver wurde ein langer Weg begonnen, auf dem schließlich das ganze Gebäude strategischer und moralischer Argumente zum Einsturz gebracht werden sollte, das die Vereinigten Staaten Jahre hindurch sorgfältig errichtet hatten, um die Aufnahme Rot-Chinas unter allen Umständen zu verhindern.

Im Juli 1961 wurde ein zweiter Versuchsballon gestartet. Sein Zweck war es, durch eine Anerkennung der Äußeren Mongolei jene Gruppen zu beschwichtigen, die nach einer Anerkennung Rot-Chinas riefen.

Diese Politik der Nachgiebigkeit, gepaart mit militärischer Unentschlossenheit, brachte unsere engsten Verbündeten zur Verzweiflung. Unsere Freunde wissen nicht mehr, was die Vereinigten Staaten eigentlich wollen. Es ist diese Verwirrung und dieses Schwanken, das dem Kommunismus Vorschub leistet.

Die Lage ist freilich nicht irreparabel; als gegen Ende 1961 Rot-China erneut abgewiesen wurde, war es offensichtlich, daß sich das Rückgrat der Vereinigten Staaten wieder versteifte. Die Antwort an die Jasager in den Vereinten Nationen oder wo immer sonst, ist ganz einfach. Sie kann in zwei Wörtchen von je nur einer Silbe ausgedrückt werden: *Sag Nein!* Wir können nicht an einem Abenteuer der Selbstvernichtung mitwirken. Die Vereinigten Staaten haben die Macht, die Vereinten Nationen davor zu bewahren, zu einem Instrument der kommunistischen Außenpolitik zu werden. Wir sind die Hauptwächter der Ideale, zu deren Verwirklichung die Vereinten Nationen geschaffen wurden. Die Treue zu diesen Idealen erfordert, daß wir eine Mitarbeit am Verrat dieser Ideale ablehnen. Ein derartiger Verrat würde auch für die Vereinten Nationen den Tod bedeuten.

Die treuen Anhänger des internationalen Friedens und der Freiheit überall in der Welt, einschließlich der Millionen und Abermillionen Asiaten, werden mit Dankbarkeit und Vertrauen auf uns blicken, wenn wir weiterhin zur Tyrannei „Nein“ sagen, nicht nur in diesem Jahre, sondern für alle Zeiten.

ZEHNTES KAPITEL

WARUM NICHT SIEG?

Ich fand mich, was recht merkwürdig ist, in den letzten Jahren in der Situation eines Mannes, der deshalb angegriffen wurde, weil er sich für *Sieg* einsetzte im Konflikt mit einem überaus mächtigen Gegner, dessen unverhülltes Ziel es ist, die Vereinigten Staaten zu erobern und die Welt zu versklaven. Ich wurde aufgefordert zu erläutern, was Sieg im kommunistischen Krieg bedeutet, auf welche Weise wir ihn erringen könnten und was wir nach Erringung des Sieges damit anfangen sollten. Dieses Verlangen kam – so erstaunlich das ist – von seiten des Vorsitzenden des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Senator J. William Fulbright aus Arkansas, der in seinen Erklärungen in der Regel die politische Linie ausdrückt, wie sie in den obersten Kreisen der Kennedy-Regierung verfolgt wird. Senator Fulbright – und, wie ich leider sagen muß, auch mehrere andere Leute in derzeit einflußreichen Stellungen – ist der Meinung, daß im kommunistischen Krieg Sieg nicht möglich ist, daß die „Koexistenz“ mit einer mächtigen, fremden Ideologie fortdauern muß, mit einer Macht, der jedes ihr zur Verfügung stehende Mittel recht ist, uns zu überwältigen; und daß einer der Wege zur Koexistenz der „aggressive Kompromiß“ ist.

Ich bezweifle, daß jemals vorher in der Geschichte unserer Republik ein Senator der Vereinigten Staaten

oder ein Regierungsbeamter aufgefordert werden mußte, für den Sieg in einem Konflikt einzutreten, in dem alles, wofür sich die Vereinigten Staaten in Vergangenheit und Gegenwart einsetzten, auf dem Spiele steht. Ich bezweifle, daß jemals vorher, wenn sich unsere Nation in einem Kampf um die nackte Existenz befand, eine Amtsperson oder eine Gruppe von Amtspersonen von sich aus die Möglichkeit eines Sieges ausschloß und sich die Frage stellte, was wir damit anfangen sollten, wenn wir ihn erringen.

Wenn ich mir vor Augen halte, daß Senator Fulbright für eine ansehnliche Gruppe spricht, die auch in unserem State Department über bedeutenden Einfluß verfügt, dann frage ich mich, welche Kräfte in dieser Stunde der Krise unter uns am Werk sind. Ich möchte gerne wissen, ob das ganze Ausmaß dieses sich dahinschleppenden Konfliktes und seine tödlichen Folgen für unsere Nation und die Freiheit der Welt richtig verstanden wurden. Ich möchte auch gerne wissen, ob das amerikanische Volk wirklich erfaßt hat, daß die Unterlassung, den Sieg im kommunistischen Krieg als unser Ziel zu erklären, nicht nur ein Versehen, sondern eine berechnete Politik einflußreicher Männer ist. Ich möchte dafür Senator Fulbrights eigene Worte gebrauchen: „Augenscheinlich sind wir uns bis jetzt noch nicht der Tatsache völlig bewußt geworden, ... daß wir kaum mehr tun können, als unsere Probleme zu mildern und uns mit ihnen abzufinden." Seither hat Senator Fulbright deutlich erkennen lassen, daß seine Methode der „Milderung" die von Verhandlungen und Kompromissen ist. Das ist es, was er in der Krise um Berlin vorschlägt – einer Krise, die sehr wohl den Schlußpunkt unserer diplomatischen Beziehungen zu Rußland bilden kann. Anscheinend glaubt der Senator, daß wir verhandeln und mit den Kommunisten Kompromisse

ZEHNTES KAPITEL

WARUM NICHT SIEG?

Ich fand mich, was recht merkwürdig ist, in den letzten Jahren in der Situation eines Mannes, der deshalb angegriffen wurde, weil er sich für *Sieg* einsetzte im Konflikt mit einem überaus mächtigen Gegner, dessen unverhülltes Ziel es ist, die Vereinigten Staaten zu erobern und die Welt zu versklaven. Ich wurde aufgefordert zu erläutern, was Sieg im kommunistischen Krieg bedeutet, auf welche Weise wir ihn erringen könnten und was wir nach Erringung des Sieges damit anfangen sollten. Dieses Verlangen kam – so erstaunlich das ist – von seiten des Vorsitzenden des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Senator J. William Fulbright aus Arkansas, der in seinen Erklärungen in der Regel die politische Linie ausdrückt, wie sie in den obersten Kreisen der Kennedy-Regierung verfolgt wird. Senator Fulbright – und, wie ich leider sagen muß, auch mehrere andere Leute in derzeit einflußreichen Stellungen – ist der Meinung, daß im kommunistischen Krieg Sieg nicht möglich ist, daß die „Koexistenz“ mit einer mächtigen, fremden Ideologie fortdauern muß, mit einer Macht, der jedes ihr zur Verfügung stehende Mittel recht ist, uns zu überwältigen; und daß einer der Wege zur Koexistenz der „aggressive Kompromiß“ ist.

Ich bezweifle, daß jemals vorher in der Geschichte unserer Republik ein Senator der Vereinigten Staaten

oder ein Regierungsbeamter aufgefordert werden mußte, für den Sieg in einem Konflikt einzutreten, in dem alles, wofür sich die Vereinigten Staaten in Vergangenheit und Gegenwart einsetzten, auf dem Spiele steht. Ich bezweifle, daß jemals vorher, wenn sich unsere Nation in einem Kampf um die nackte Existenz befand, eine Amtsperson oder eine Gruppe von Amtspersonen von sich aus die Möglichkeit eines Sieges ausschloß und sich die Frage stellte, was wir damit anfangen sollten, wenn wir ihn erringen.

Wenn ich mir vor Augen halte, daß Senator Fulbright für eine ansehnliche Gruppe spricht, die auch in unserem State Department über bedeutenden Einfluß verfügt, dann frage ich mich, welche Kräfte in dieser Stunde der Krise unter uns am Werk sind. Ich möchte gerne wissen, ob das ganze Ausmaß dieses sich dahinschleppenden Konfliktes und seine tödlichen Folgen für unsere Nation und die Freiheit der Welt richtig verstanden wurden. Ich möchte auch gerne wissen, ob das amerikanische Volk wirklich erfaßt hat, daß die Unterlassung, den Sieg im kommunistischen Krieg als unser Ziel zu erklären, nicht nur ein Versehen, sondern eine berechnete Politik einflußreicher Männer ist. Ich möchte dafür Senator Fulbrights eigene Worte gebrauchen: „Augenscheinlich sind wir uns bis jetzt noch nicht der Tatsache völlig bewußt geworden, ... daß wir kaum mehr tun können, als unsere Probleme zu mildern und uns mit ihnen abzufinden." Seither hat Senator Fulbright deutlich erkennen lassen, daß seine Methode der „Milderung" die von Verhandlungen und Kompromissen ist. Das ist es, was er in der Krise um Berlin vorschlägt – einer Krise, die sehr wohl den Schlußpunkt unserer diplomatischen Beziehungen zu Rußland bilden kann. Anscheinend glaubt der Senator, daß wir verhandeln und mit den Kommunisten Kompromisse

schließen müßten, um mit ihnen „zusammenzuleben". Er nimmt an, das amerikanische Volk und die übrige freie Welt würden lieber mit dem Kommunismus leben, als das Risiko einer Kraftprobe auf sich zu nehmen. Er sagt uns auch dem Sinne nach, der Preis für dieses Zusammenleben sei der Kompromiß, was mit anderen Worten bedeutet, daß wir den Forderungen Chrustschows immer wieder und wieder nachgeben werden.

Aber jetzt bin ich mir selbst ein wenig vorausgeeilt. Ich glaube, es ist wichtig für den Leser zu wissen, wie die Diskussion zwischen Senator Fulbright und mir weiterging. Am 29. Juni 1961 sprach der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses vor dem Senat zu dem Thema: „Some Reflections Upon Recent Events and Continuing Problems" (Anmerkung des Übersetzers: „Einige Gedanken zu gegenwärtigen Ereignissen und Dauerproblemen"). Seine Bemerkungen begrüßte eine bestimmte Presse als eine bedeutende Erklärung zur Außenpolitik. Da nun diese „Gedanken" so zahlreiche Argumente enthielten, im kommunistischen Krieg nichts zu tun, dafür aber immer mehr und mehr Geld unter dem Vorwand sozialer Reformen an andere Nationen zu vergeuden, sah ich mich zu einer Erwiderung veranlaßt und sprach am 14. Juli vor dem Senat. Ich forderte den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses zu einer Erklärung auf, warum seine Methode im kommunistischen Krieg, die sich zur Forderung von immer mehr Auslandshilfe reduziert hat, nach einem Aufwand von nahezu hundert Milliarden Dollar nicht mehr Erfolge gezeitigt habe. Ich forderte ihn auf, seine Behauptung zu rechtfertigen, daß ein erfolgreiches amerikanisches Eingreifen in Kuba zu einer Entfremdung Lateinamerikas, Asiens und Afrikas führen würde. Ich forderte ihn auf, seine Behauptung zu rechtfertigen, der Kommunismus, nur 90 Meilen vor unserer Südküste, sei für das amerikani-

sche Volk „nicht unerträglich“. Ich griff seine Erklärung an, daß die Errichtung von Raketenabschußbasen seitens der Kommunisten in Kuba die Bedrohung unserer nationalen Existenz nicht verschärfen würde. Und ich sagte auch, daß unsere Nation eine offizielle Erklärung nötig habe, in der festgestellt wird, daß unser Ziel im kommunistischen Krieg der Sieg sei.

In seiner Erwiderung ging Senator Fulbright über meine Frage nach dem Sinn einer kostspieligen und unwirksamen Außenpolitik hinweg. Er ignorierte auch völlig einige andere Dinge, als er im Sitzungssaal des Senates am 24. Juli kurz und bündig „gewisse Themen“, zu denen ich in meiner Rede Stellung genommen hatte, erörterte. Einer meiner Sätze, in dem „totaler Sieg“ vorkam, verwirrte ihn stark. Er schien daran etwas Komisches zu finden. Er nannte den totalen Sieg „einen aufrüttelnden Ausdruck mit romantischem Klang“. Er machte ihn lächerlich und sagte, das sei etwas, was „das Blut schneller fließen lasse wie ein Trompetenstoß, der zu den Waffen rufe“. Ich allerdings finde, daß Spott einem Amerikaner schlecht ansteht, wenn der Sieg in einem Kampf gleichzusetzen ist mit Überleben. Noch seltsamer ist es, wenn so ein Amerikaner die einflußreiche Position des Vorsitzenden im Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten einnimmt, und ich bleibe bei meiner Feststellung, ob er nun vom „totalen Sieg“ oder nur vom „Sieg“ spricht. Es gibt manche Einzelheiten unseres Verhaltens im kommunistischen Krieg, die zu Hohn und Spott einladen, aber das Anliegen, diesen verzweifelten Kampf zu gewinnen, gehört entschieden nicht dazu.

Der Senator aus Arkansas behauptet, er wisse nicht, was Sieg bedeuten würde „im Zeitalter des ideologischen Konfliktes und der nuklearen Waffen“, wie er sich ausdrückte. Vielleicht soll uns weisgemacht werden, daß der Sieg für

die Kräfte der Freiheit in der Welt eine andere Bedeutung angenommen hat, weil eine Ideologie zum Faktor wurde und die Waffen wirksamer sind. Wenn Senator Fulbright vielleicht die Bedeutung des Sieges schwer verstehen kann, dann sollte er ein wenig nachdenken über die Frage, was eine Niederlage – die einzige Alternative des Sieges – bedeuten würde. Der Gedanke an die Folgen einer Niederlage ist schrecklich. Aber auch sie müssen in Betracht gezogen werden, und zwar sehr ernsthaft, wenn die Politik unserer Nation etwas anderes anstrebt als den Sieg.

Es handelt sich hier um einen Konflikt, in dem nur die eine oder nur die andere Seite gewinnen kann, und auch die schönsten Wunschträume vermögen das nicht zu ändern. Hinsichtlich dieser Frage haben wir nichts zu entscheiden. Die Spielregeln des Konflikts wurden von der Sowjetunion in einem riesigen Plan niedergelegt, der zum Ziel hat, die Vereinigten Staaten zu vernichten und die Weltherrschaft anzutreten. Bei der kommunistischen Strategie, die heute energisch vorangetrieben wird, gibt es keinen Mittelweg zwischen einer Politik mit dem Ziel des Sieges und einer Politik, die eine Niederlage in Kauf nehmen würde. Hier gibt es keine behagliche Zone des Zwielichts, in der nach den Visionen Senator Fulbrights der status quo aufrechterhalten werden kann. Wir wissen das aus all dem, was sich in der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ereignet hat. Mit der sogenannten „friedlichen Koexistenz" hielten wir einen Zustand der Selbsttäuschung aufrecht, während die Kommunisten darangingen, ein Land nach dem anderen gierig zu verschlingen. Hunderte von Millionen der Erdbevölkerung gerieten unter das kommunistische Joch, während wir eine nutzlose Politik der Vergeudung und des Treibenlassens verfolgten. Nun wird uns gesagt, dies sei die einzig mögliche Einstellung; wir könnten nicht auf Sieg hoffen; wir könnten keinen Krieg

riskieren; wir wären einem Sieg, wenn wir ihn erringen sollten, nicht gewachsen. Ich behaupte, daß dies eine äußerst gefährliche Sorte von purem Unsinn ist.

Wenn Unklarheit darüber besteht, was ein Sieg im kommunistischen Krieg bedeutet, so möchte ich feststellen, daß er das Gegenteil von Niederlage ist; er bedeutet Freiheit anstelle von Sklaverei; er bedeutet das Recht für jeden Menschen, Gott zu verehren; für Nationen bedeutet er, frei von Gewalt und Zwang ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Sieg im kommunistischen Krieg bedeutet die Summe aller Hoffnungen freier Menschen in der ganzen Welt. Er bedeutet Menschenwürde, freies Wahlrecht und Recht auf Arbeit. Und er bedeutet ehrenhaften Frieden für Menschen, die die Freiheit lieben und den Tod nicht fürchten.

Ist ein Sieg ohne Atomkrieg möglich? Meine lärmenden Kritiker möchten uns glauben machen, daß es im kommunistischen Krieg keinen Sieg ohne Vernichtung der Zivilisation geben kann. Genau das wollen uns die Kommunisten einreden. Ihre ganze Angriffstaktik mittels Propaganda und geschickter wirtschaftlicher, politischer und militärischer Schachzüge zielt darauf ab, uns in den Begriffen der Furcht denken zu machen. Sie wollen uns dazu bringen, daß wir das Risiko des Einsatzes unserer Kräfte für zu groß halten. Ihre Absicht ist es, uns einzuschüchtern, und dies gelingt ihnen nur allzugut.

Dennoch: Ein entscheidender Sieg über den Kommunismus ist tatsächlich möglich. Er wird nicht leicht sein, weil wir schon zuviel kostbare Zeit verloren und zuviele glänzende Gelegenheiten versäumt haben. Er kann aber mit einer ihm angemessenen und vervollkommneten Strategie errungen werden, einer Strategie, deren Ziel der Sieg ist; mit ihr erhalten wir unsere wirtschaftliche Stärke; sie verbindet die Grundsätze politischer, militärischer, wirtschaft-

licher und psychologischer Stärke in der Abwehr kommuninstischer Provokationen und beim Austrag unserer eigenen Forderungen. Die Leute, die gegen jeglichen Einsatz von Stärke, gegen jegliches militärisches Risiko, gegen alle Aktionen unsererseits polemisieren, haben nicht begriffen, daß der politische Sieg im kommunistischen Krieg der einzige Weg ist, eine rein militärische Lösung des Ost-West-Konfliktes zu vermeiden. Einiges Risiko ist dabei, aber die Erfahrung lehrt uns, daß dieses Risiko sehr stark übertrieben wird. Immer, wenn wir den Kommunisten entgegengetreten sind, wichen sie zurück. Unser Pech ist, daß wir ihnen nicht oft genug entgegengetreten sind.

Obwohl die Kommunisten und die Propagandisten des linken Flügels uns einreden wollen, daß der gegenwärtige Kampf auf ideologischer Ebene unvermeidlich zum heißen Krieg führen wird, ist das genaue Gegenteil richtig. Der Schieß-Krieg kann nur vermieden werden durch den Sieg im kommunistischen Krieg. Wenn wir in diesem Kampf nicht den Sieg davontragen, dann werden wir ein leicht zu besiegender Gegner für die Chrustschows, Castros und Mao Tse-tungs sein, wenn sie zur Überzeugung gekommen sind, daß die Zeit reif ist, ihre Strategie zu wechseln und die Phase des Schießens zu beginnen.

Senator Fulbright hat sich den Reihen derer angeschlossen, die die Außenpolitik unseres Staates dadurch lähmen möchten, daß sie die Alternative – entweder Anpassung an die Sowjetunion oder nuklearer Krieg – in den Vordergrund stellen. Diese Alternative wird immer dann betont, wenn die Kommunisten ihre Positionen verbessern wollen. Die wesentliche Schwäche dieser Beweisführung liegt darin, daß die Bedingungen des Gegners angenommen werden: daß die einzige Alternative zur Selbstvernichtung das Nachgeben sei. Zunächst geben wir nach in einem Fall, der im Verhältnis mit einer so schrecklichen Alternative, wie sie der

Atomkrieg bedeutet, unbedeutend erscheint. Dann geben wir ein zweites, ein drittes und ein viertes Mal nach und so weiter ad infinitum. Und was bleibt schließlich anderes übrig, als das gleiche schreckliche Dilemma, dem wir gegenüberstanden, als der Feind zum ersten Mal sagte: Nachgeben oder sterben?

Wenn wir den Appetit des Gegners endgültig befriedigen könnten, indem wir ihm eine Stadt oder ein Land oder ein Gebiet gäben, wer unter uns, ob Demokrat oder Republikaner, Liberaler oder Konservativer käme nicht in Versuchung zu sagen: Überlaßt es ihm im Namen des Friedens und der Freiheit der übrigen Welt, überlaßt es ihm ein für alle Male, geht eurer Wege und seid damit zufrieden. Aber das ist nicht möglich. Wir haben es mit einem Gegner zu tun, dessen Appetit nicht zu stillen ist, dessen Glaube die Versklavung aller Menschen, einschließlich der Amerikaner, fordert. Je mehr wir diesem Gegner zugestehen, desto mehr verlangt er; je mehr wir ihm geben, um so mehr wird er zum Fordern ermutigt.

Meine Widersacher versuchen es mit Geschick, mich so hinzustellen als begünstigte ich den Atomkrieg und als ob ich den Krieg zum Hauptinstrument unserer Politik machen wollte. Ich weiß nicht, warum sie das glauben. Kaum einer schätzt das Leben mehr als ich. Könnte ich Befriedigung darin finden, mein angenehmes Leben, meine Familie und meine Freiheit gegen einen atomaren Friedhof einzutauschen? Sicherlich nicht. Das aber bedeutet nicht, daß ich dem Feind versichern wollte, wir würden einen Krieg niemals und unter keinen Umständen in Betracht ziehen. Wenn wir unter keinerlei Umständen bereit sind, einen Atomkrieg zu führen, dann können wir ja gleich den Ratschlägen der Pazifisten und Kollaborationisten folgen und unser gesamtes Waffenarsenal im Ozean versenken.

Aber meine Kritiker haben kein solches Wagnis nationalen Selbstmords vorgeschlagen. Sie möchten die Bomben behalten. Offensichtlich verlangen sie von uns, daß wir uns nur so verhalten sollten, als hätten wir keine – denn der bloße Gedanke, daß wir Bomben haben, erschreckt die Befürworter der Koexistenz. Wir sollen also den Besitz der nuklearen Waffen bei der Diskussion über die Planung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nur vergessen.

Wenn der Sieg nicht unser offizielles Ziel ist, scheint es gar keinen Sinn zu haben, wenn wir all unsere Argumente, seien sie militärischer, wirtschaftlicher, politischer oder psychologischer Natur, vorbringen, um sie für die Freiheit in die Waagschale zu legen. Aber können wir sicher sein, daß – falls wir den Gebrauch nuklearer Waffen völlig ausschalten – die Kommunisten dasselbe tun werden? Dürfen wir unsere Zukunft und die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzen, indem wir uns ausschließlich auf konventionelle Waffen konzentrieren statt auf die äußersten? Dürfen wir irgendwelche Voraussetzungen annehmen, die – gleichgültig auf welchem Gebiet – unsere Stärke gegenüber den Kommunisten mindern? Die Frage stellen, heißt bereits, sie beantworten. Wir dürfen nichts voraussetzen, wo es sich um kommunistische Führer handelt. Wir dürfen auf nichts vertrauen, was die kommunistischen Führer versichern. Wir dürfen nichts annehmen, was auch immer die kommunistischen Führer garantieren wollen.

Der kommunistische Plan zur Welteroberung macht das Element der Zeit zu einem lebenswichtigen Faktor. Im Westen verrinnt die Zeit und zugleich arbeitet sie für den internationalen Kommunismus, wenigstens bei Fortdauer unserer gegenwärtigen Politik. Ich möchte dem Leser ins Gedächtnis rufen, daß unsere heutige Politik die gleiche ist, die wir – mit einigen wenigen Ausnahmen –

seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges betrieben haben. Es ist eine Politik der Vergeudung in der Hoffnung, Verbündete zu finden. Es ist eine Politik, die es den Kommunisten gestattet hat, in beinahe jedem Gebiet der Erde Erfolge zu erzielen, während die Sache der Freiheit Verluste erlitt.

Ich möchte die Bedeutung des Faktors Zeit besonders im Lichte dessen unterstreichen, was Senator Fulbright als unser Ziel ansieht. Er sagt, „totaler Sieg“ sei ein Prozeß. Nach seiner Definition hat dieser Prozeß das Ziel, „die internationalen Beziehungen zu zivilisieren und sie stufenweise einem weltweiten Regime von Gesetz und Ordnung und friedlichen Verhandlungen zu unterstellen, um rechtmäßig begründeten Beschwerden abzuhelfen“.

Wenn dies unser Ziel ist, welche Hoffnung besteht für uns, es zu erreichen? Es bedeutet, die Vereinigten Staaten sollten für die Errichtung irgendeiner Art von internationalem Überstaat eintreten, dessen Glieder in einer anständigen, zivilisierten und friedlichen Art miteinander umgehen. Zumindest würden bis dahin mehrere Jahrhunderte vergehen. Wir haben auch keine Gewißheit, daß die Zeit, in der sich alle Staaten zueinander friedlich verhalten, jemals kommen wird. Die Lehren der Geschichte sprechen dagegen. Immer gab es Männer und Staaten, die nicht zögerten, Waffen zu gebrauchen, um ihre nationale Politik durchzusetzen und ihre besonderen Interessen zu verteidigen.

Eine Welt ohne Waffen, eine Welt, die in Frieden lebt und die ihre Streitigkeiten einem globalen Regime von Gesetz und Ordnung unterbreitet, ist mehr als ein Ziel. Es ist ein herrlicher Traum, eine Art Utopia. Auch wenn dieses Ziel erreichbar wäre, hat es keine direkte Beziehung zu den drängenden Problemen, die heute auf der Welt lasten. Wir haben keine Zeit, Träume gerade jetzt in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir müssen mit der Realität

rechnen, mit der ständigen Drohung der kommunistischen Tyrannei, die sich keiner Art der Zivilisierung unterwirft, wie sie Senator Fulbright in seinen Visionen sieht.

Gesetzt, daß in der Nachbarschaft ein großer Brand ausgebrochen ist. Woran werden Sie vor allem denken? Sie werden daran denken, Ihr eigenes Haus vor Vernichtung und Ihre Familie vor dem Tod zu bewahren. Wenn die Flammen schon an Ihrem Gartenzaun züngeln, werden Sie dann Zeit verlieren mit Plänen für den Bau eines Traumhauses im nächsten Jahr oder im nächsten Jahrzehnt, das in einer nicht vorhandenen feuersicheren Stadt in einem nur in der Theorie existierenden Land gebaut werden soll? Selbstverständlich tun Sie das nicht. Sie gehen daran, das Feuer zu bekämpfen, um das Haus, das Sie in dieser Stadt und in diesem Lande, in dem Sie jetzt leben – ohne Rücksicht auf ihre Unvollkommenheiten – vor den Flammen zu retten.

So steht es heute mit unserer Heimat und mit der Welt. Es brennt, und die kommunistischen Flammen drohen, den amerikanischen „way of life" zu vernichten. Nicht im nächsten Jahr, oder in den nächsten zehn Jahren, oder in einem späteren Jahrhundert, sondern gerade jetzt und heute. Die häßlichen roten Flammen züngeln bereits an unseren Gestaden und setzen ihr Wüten ungehemmt fort.

Wir haben nicht genug Zeit, um die amerikanische Außenpolitik auf ein Ziel auszurichten, das die Errichtung einer utopischen internationalen Traumstadt der Zukunft zum Gegenstand hat. Unsere Aufgabe ist es, mit geeigneten Mitteln das Feuer zu löschen und die Flammen des internationalen Kommunismus zu ersticken.

Was also können wir tun? Unsere erste und vordringlichste Pflicht ist es, den Gegner davon zu überzeugen, daß wir eher der Welt ins Jenseits folgen wollen, als sie der kommunistischen Hölle zu überlassen. Wenn das klarge-

stellt ist, dann müssen wir jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um die Freiheit zu schützen und unsere Kräfte zu zeigen. Viele solche Gelegenheiten hat es bereits gegeben, einige davon haben wir gut genützt. Von den Herzschwachen und den Hausierern der Hoffnungslosigkeit wurde uns zum Beispiel weisgemacht, daß ein schrecklicher Krieg ausbrechen werde, wenn wir die dem chinesischen Festland vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu nicht den Kommunisten überließen. Die Regierung Eisenhower erklärte ausgezeichnet, dem Sinne nach: falls die kommunistische Welt sich für Krieg entscheiden wolle, um die Inseln zu nehmen, dann könne sie den Krieg haben. Die kommunistische Welt aber entschied sich nicht so, und Quemoy und Matsu sind heute frei. Und sie werden auch morgen frei sein, und ihre Freiheit wird genauso lang dauern wie unsere feste Haltung.

Dieser Ablauf der Ereignisse wiederholte sich im Libanon. Gegen die ängstlichen Ratschläge jener, die jegliches Zur-Schaustellen von Entschlußkraft und Stärke fürchten, entsandten wir dorthin Seestreitkräfte. Wir handelten auch aus der Position der Stärke, als unsere Luftbrücke im Jahre 1948 das bedrohte Berlin errettete, mit dem Ergebnis, daß die Hälfte der Stadt bis heute frei blieb. Im Juni 1950 reagierten wir in Korea mit Mut und Geschicklichkeit, dann aber ließen wir zu, daß die Angsthasen unter uns die anfängliche Siegesentschlossenheit bis zur Annahme eines erniedrigenden Stillstandes reduzierten.

Andererseits war unsere Entschlußkraft in Kuba nicht stark genug, um unserem Plan den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Die Folge davon ist, daß Kuba in Ketten schmachtet, während ein kommunistischer Diktator den Vereinigten Staaten eine lange Nase macht und ganz das Spiel des Gegners spielt. Wenn meine Kritiker befürchten, daß wir uns das übrige Lateinamerika durch

festes Eingreifen in Kuba entfremden, so bin ich überzeugt, daß Castro schallend darüber lacht. Ein großer Teil Lateinamerikas hat sich bereits von uns abgewendet, infolge der zaghaften und unwirksamen amerikanischen Politik. Die Lateinamerikaner können nicht verstehen, wieso eine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten es zuläßt, daß ein 25-Cent-Clown des Kreml ihr ins Gesicht spuckt. Und sie fragen sich, welchen Rückhalt sie möglicherweise bei uns finden werden, wenn der Kommunismus mit seinem Expansionsprogramm in die westliche Hemisphäre vorstößt. Sie sehen uns schwach und verwirrt in einem Bereich, der nicht nur für sie, sondern auch für unsere eigene Existenz lebenswichtig ist.

Mußten wir auch Laos aufgeben? Ist es Senator Fulbrights ernsthafte Befürchtung, daß dort amerikanische Soldaten in einen Dschungelkrieg verwickelt werden würden? Gibt es nicht freie Chinesen, Südvietnamesen, Südkoreaner, Philippinos und Japaner, die kämpfen würden, wenn die Vereinigten Staaten ihnen Rückhalt böten. Haben wir sie jemals gefragt?

Die Frage Senator Fulbrights, was wir mit dem errungenen Sieg anfangen würden, schließt die Folgerung ein, daß jeder Zweifel und jede Schwierigkeit in der Berechnung von vorneherein gegen einen Sieg sprechen. Er wirft die Frage auf, ob wir Rußland und China besetzen und ein demokratisches Umerziehungsprogramm für Russen und Chinesen vom Stapel lassen wollen. Die Antwort dazu heißt einfach „Nein“. Es wäre nicht erforderlich, China und Rußland zu besetzen, denn die überwiegende Mehrheit des Volkes dieser beiden Länder sind keine Kommunisten. Sie werden unter richtiger Führung selbst für ihre Freiheit sorgen, wenn sie nur erst aus dem eisernen Griff der kommunistischen Diktatur befreit sind. Selbst wenn dem nicht so wäre – die bloße Tatsache, daß ein Sieg

Probleme aufwirft, ist kein Grund, sich versklaven zu lassen.

Im gleichen Zusammenhang stellte Senator Fulbright fest, daß unsere Siege im Ersten und Zweiten Weltkrieg „wenig Ermutigung bieten". Ich nehme an, diese Bemerkung bezieht sich auf die Tatsache, daß wir zwar die Kriege gewonnen, aber den Frieden verloren haben – in Versailles, in Teheran, Jalta und Potsdam. Darüber will ich mit ihm nicht streiten. In beiden Fällen haben wir in der Tat den Frieden verloren. Wenn aber schon unsere Siege in den beiden Weltkriegen „wenig Ermutigung bieten", was hätte uns eine Niederlage aus den Händen des Kaisers oder aus den Händen Adolf Hitlers geboten? Gerade weil wir den Frieden nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg verloren haben, sollten wir uns darum nicht besonders bemühen, den Kampf, in den wir gegenwärtig verwickelt sind, zu gewinnen?

Im Gegensatz zu den Ansichten der Leute, die aus Angst vor einem Risiko zur Untätigkeit raten, werfe ich die Frage auf, wann jemals das kommunistische Imperium den Westen herausgefordert hat, wenn dieser entschlossen war, alle seine Hilfsmittel zum Einsatz zu bringen? Die Antwort lautet: Niemals, nicht ein einziges Mal. Die Beherrscher des Kreml würden eher ihr Gebiet auf den alten Staat der Moskowiter reduzieren, als im Kampf für ihre Ideologie zu sterben. Ihre Doktrin fordert keine heroischen Taten. Ihr Credo lautet: „Leben, um am nächsten Tag weiterzukämpfen (zu wühlen)."

Eine abschließende Analyse ergibt nicht, daß wir vor der Wahl stehen, entweder nachzugeben oder einen Atomkrieg führen zu müssen. Umgekehrt: Gewinnen oder einen Atomkrieg führen! Sicherlich werden wir einen Atomkrieg führen müssen, wenn wir unsere Besatzung von irgendeinem belagerten Vorsposten zurückziehen und

weiterhin in der ganzen Welt Stück für Stück zurückweichen. Schließlich – in Verzweiflung – würden wir dann die schreckliche Alternative klar erkennen – entweder ein wütender Angriff mit Atomwaffen oder Kapitulation. Unsere einzige Hoffnung ist: uns den Sieg zum Ziel zu setzen und ihm kühn und nachhaltig an allen Fronten zuzustreben, dabei stets auf den Kampf *vorbereitet* sein und die Kommunisten nie darüber im Unklaren lassen, *daß* wir vorbereitet sind, zu kämpfen!

Wenn diese Voraussetzung geschaffen ist, sind eine ganze Anzahl von Schritten zu tun, um unsere derzeitige Politik zu einer Politik maximaler Wirksamkeit der Vereinigten Staaten im kommunistischen Krieg umzuorientieren. Dazu gehört Nachstehendes:

1. Wir müssen die Ansicht aufgeben, daß unser vordringlichstes Anliegen es sei, die öffentliche Meinung in neutralen oder uns nicht verpflichteten Staaten bei Laune zu halten anstatt unsere strategischen Interessen zu wahren, mit unseren Verbündeten eng zusammenzuarbeiten und unsere Machtpositionen zu festigen. Wir müssen rasch handeln, weil diese sogenannte öffentliche Meinung in der Regel zwar unsere Koexistenz-Politiker entzückt, tatsächlich aber von den Kommunisten fabriziert wird, um uns zu schaden. Wir müssen uns klar darüber werden, daß es keine Methode gibt, nach der wir die wirkliche öffentliche Meinung allüberall in der Welt ernsthaft beurteilen könnten.

2. Wir müssen aufhören, uns selbst und unsere Freunde über das Thema Abrüstung zu belügen. Wir dürfen die Sache der Sowjetunion nicht dadurch begünstigen, daß wir bei diesem großen, kommunistisch inspirierten Betrug weiter mitmachen. Wir müssen uns von der Illusion freimachen, daß die Sowjets mit ihrer Abrüstungspolitik den Frieden fördern, und statt dessen erkennen, daß sie uns

damit nur in eine Falle locken wollen. Ihre Absicht ist es, uns zu einer einseitigen Abrüstung zu veranlassen, während sie selbst weiterrüsten und zwar so schnell und so heimlich wie sie nur können.

Es ist nicht „Dialektik“, sondern Schizophrenie, wenn wir unseren Militärhaushalt um 15 Prozent und die Sowjets den ihrigen um 33 Prozent erhöhen, während wir gleichzeitig erklären, Abrüstung sei unser höchstes Ziel und eine brauchbare Methode, den derzeitigen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Das amerikanische Volk verträgt die Wahrheit, unter einer offiziellen Politik der Selbsttäuschung kann es nicht vorwärtskommen.

3. Wir dürfen die nuklearen Versuche nicht weiter unterlassen. Das ist die gefährlichste und sehr durchsichtige Falle, in die die Vereinigten Staaten im Verlauf des Kalten Krieges hineingegangen sind. Das Versuchsverbot nützt allein der Sowjetunion, die in geheimen Versuchen ihre nuklearen Waffen weiterhin erprobt; es bringt unsere eigenen Fortschritte in der nuklearen Angriffs- und Verteidigungstechnik zum Stillstand und führt schließlich zu einer Situation, in der wir aufwachen und uns überlegenen sowjetischen Waffen gegenübersehen werden.

4. Wir müssen aufhören, Verhandlungen über Angelegenheiten zu führen, über die man gar nicht verhandeln kann, wie Rechte unserer Verbündeten, Kompromisse hinsichtlich unserer Sicherheit, Verträge über das Versuchsverbot, das weder überwacht noch durchgesetzt werden kann. Wir dürfen uns selbst und unsere Freunde nicht dadurch täuschen, daß wir den Glauben erwecken, Kernwaffen und moderne Technik könnten wegverhandelt werden.

5. Wir müssen aufhören, den Kommunismus zu stützen, sei es durch Handelsbeziehungen, politische Konzessionen, Mitteilung von technischen Errungenschaften, milde Reden vor den Vereinten Nationen, Anerkennung der

Äußeren Mongolei, Wallfahrten nach Moskau oder Unterstützung von Revolutionären des Castro-Typs.

6. Wir müssen einem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenwirken, indem wir übertriebene und nutzlose Inland-Hilfsprogramme einschränken und mit der Vergeudung unseres Geldes für unrealistische, weltweite Hilfsprogramme Schluß machen.

In diesem tödlichen Kampf gibt es keinen Ersatz für den Sieg. Der Weg der Stärke ist kein leichter Weg. Es ist eine harte Straße, die Entschlußkraft und schwierige Entscheidungen – auch solche mit beträchtlichem Risiko – erfordert. Aber er ist der Weg des Friedens, nicht des Krieges, der Freiheit, nicht der Sklaverei. Er muß der Weg aller Amerikaner sein, der Republikaner wie der Demokraten, der Weg aller freien Völker in der Welt, die entschlossen sind, frei zu bleiben.

ELFTES KAPITEL

EINE NEUE ART VON KRIEG

Wir sind in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht die mächtigste Nation der Erde – und doch fühlen wir uns unsicher, gefährdet, preisgegeben. Wir haben mit den anderen führenden freien Staaten Bündnisse geschlossen, die beinahe jedem Einsatz gewachsen sind und trotzdem sehen wir, wie wir überall in der Welt eine Position nach der anderen verlieren.

Warum verlieren wir? Warum sind wir in einer Stellung globaler Hilflosigkeit geradezu festgenagelt?

Die Antwort lautet: wir sind in Verteidigung und Angriff für eine bestimmte Art von Krieg vorbereitet, während der Feind einen ganz anderen Krieg führt, einen Krieg, für den wir bisher noch keinen umfassenden Plan oder eine Strategie entwickelt haben.

Die Kriege, die wir in der Vergangenheit führten, hatten alle den Zusammenstoß von Interessen zwischen Nationen zur Ursache. Dazu gehörten internationale Machtkämpfe und sie bezogen sich auf solche Elemente der Macht wie Grenzen, Gebiete, Einflußsphären, Rüstung und Prestige. In solchen Konflikten wurde der militärische Krieg zum letztlich entscheidenden Faktor. Ein Krieg wurde durchgekämpft, um schließlich zum Frieden zu führen, das heißt, um die normalen Beziehungen zum gegnerischen Staat wiederherzustellen. Daher waren diese Kriege niemals total, sie zielten auf Machtverhältnisse ab, und nicht auf die Vernichtung der gesamten Existenz des Feindes.

Heute führen wir den kommunistischen Krieg so, als handelte es sich um einen Zusammenstoß mit dem Machtstreben eines ehrgeizigen Staates, nämlich Rußland. Und in diesem Punkt haben wir alle üblichen Dinge getan. Wir haben unsere Wehrkraft erhöht, Bündnisse mit unseren Freunden abgeschlossen, versucht, den Gegner im Zaum zu halten und uns sogar darum bemüht, ihn am Konferenztisch auszumanövrieren. Alles das haben wir getan, nur eines haben wir nicht verstanden: wie wir unsere Macht in einer neuen Art von Krieg gebrauchen müssen.

Wäre der kommunistische Krieg ein Kampf im traditionellen Sinne, dann mußten die getroffenen Maßnahmen genügen, um der Seite der Freiheit einige Dividenden einzubringen. Er ist aber kein Kampf im traditionellen Sinne, und da wir keine totale Strategie mit dem Ziel des Sieges entwickelt haben, kommen wir immer mehr ins Hintertreffen.

Wir sind dabei, den Kampf zu verlieren, weil wir irrtümlich sowohl den Gegner wie den kommunistischen Krieg für etwas halten, was sie nicht sind. Der Konflikt, in den wir verwickelt sind, beschränkt sich nicht auf einen Streit zwischen großen Staaten über Grenzen und Gebiete, denn der Feind ist keineswegs im realen Sinne die Regierung einer Nation. Wo wir dazu neigen, in den Begriffen von Gebietsverlusten zu denken, denken die Kommunisten in der Begriffen von Vernichtung der Einrichtungen und Grundlagen der Freiheit. Es stimmt, die Kommunisten beherrschen Rußland. Ihre Struktur der Macht geht aber über die Staatsgrenzen hinaus und bemüht sich im wesentlichen um andere Interessen als die des von ihnen regierten Gebietes. Die Führer der kommunistischen Partei beherrschen nicht nur Rußland, sie sind in Wirklichkeit die Direktoren eines militanten, weltweiten Unternehmens mit der Absicht, die in der Welt bestehende soziale Ord-

nung zu vernichten und Platz zu schaffen für die Errichtung einer kommunistischen Herrschaft. Ihre Alliierten heißen Chaos und Verwirrung, wobei es gleichgültig ist, wer diesen Zustand herbeiführt, seien es die UNO-Truppen in Katanga oder indische Truppen in Goa. Rußland wurde für die Kommunisten zur Ausgangsbasis ihrer Macht und zum wirksamen Instrument bei der Ausführung ihrer Pläne; hier liegt der Grund, warum die Interessen der Kommunistischen Partei immer mit denen Rußlands gleichgesetzt werden.

Die Kommunisten sehen in ihrem Krieg mehr als nur die zeitweilige Vernichtung der Stärke eines rivalisierenden Staates. Ihr Krieg richtet sich gegen die soziale, wirtschaftliche, politische und militärische Struktur aller nicht-kommunistischen Gemeinschaften als solche. Sie betrachten diesen Krieg auch nicht als eine anormale Unterbrechung der friedlichen Beziehungen, nicht als ein zeitbedingtes Bemühen um einen zeitbedingten Zweck. Sie glauben, daß jede menschliche Gesellschaft in einander bekämpfende Bestandteile zerfällt, daß dieser Kampf bis in die Unendlichkeit fortdauern wird und daß sie ihn benützen können, um die Freiheit, wo immer sie existiert, zu vernichten. Für sie hat der „Friede" nur einen Wert – den einer nützlichen Kriegslist, um die antikommunistischen Völker solange einzulullen, bis die Kommunisten die Zeit gekommen sehen, auf andere Methoden, wie Terror, Einschüchterung, Angriff und Infiltration zurückzugreifen.

Im gegenwärtigen Kampf, den wir den Kalten Krieg nennen, setzen die Kommunisten die Macht und die Möglichkeiten Rußlands ein, aber nicht nur für Rußlands nationale Interessen oder für die traditionellen Ziele internationaler Machtkonflikte. Ihre Absichten richten sich nicht gegen eine Grenze, die sie von anderen Staaten

trennt, sondern vielmehr gegen den Zement, der andere Gesellschaftsordnungen zusammenhält. Als Rußland 1961 die Welt mit der plötzlichen Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche und mit der Explosion einer viele Megatonnen starken Bombe erschütterte, war es seine Absicht, diesen Zement, die Grundlagen der freien Gesellschaftsordnung zu erschüttern.

Ich behaupte nicht, daß die Kontrolle über irgend ein Gebiet für die Kommunisten bei der Führung ihres kommunistischen Krieges ohne Bedeutung wäre. Mein Argument ist, daß die Kontrolle über ein Territorium für sie bloß eine aus einer Reihe von Machtpositionen darstellt und daß sie sich zu gewissen Zeiten vielleicht für eine andere Machtposition stärker interessieren. Für die Kommunisten ist auch militärische Macht ein Mittel zum Zweck, es wird aber niemals als allein entscheidend angesehen. Sie wird stets in Verbindung mit politischer Taktik eingesetzt, um den Willen eines Volkes zu brechen. Dies ist für uns besonders verwirrend, weil wir in unserem geordneten Denken dazu neigen, einen internationalen Krieg für einen entscheidenden Schritt zu halten, nach dessen Beendigung wir normale, wenn auch gespannte Beziehungen erwarten. Die Kommunisten sehen diese Dinge von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus. Sie halten daran fest, daß der Konflikt nur dann beendet ist, wenn unsere öffentliche Ordnung völlig vernichtet, unsere Institutionen gänzlich zerstört, unser Rechtsgefühl völlig aufgelöst, unsere Werte zerschlagen und unser Gemeinschaftsbewußtsein für immer ausgerottet sind. Sie haben gar keinen Verständigungsfrieden mit uns im Sinn, weder als Ergebnis eines Krieges noch durch irgendeine andere Art von grundsätzlicher gegenseitigen Anpassung von Denkweise und Zielsetzung. Ihnen geht es um den Menschen, das Individuum, das sie allen Schutzes von Institutionen, Recht und

Gemeinschaft entkleiden wollen, um es nackt und isoliert den Beherrschern ihrer Parteidiktatur auszuliefern.

Wir müssen uns ein für allemal bewußt werden, daß unser Feind nicht eine Nation ist, sondern eine politische Bewegung; sie wurde von Menschen ins Leben gerufen, die von einer Ideologie besessen sind, sich als bewaffnete Kraft organisiert haben und die Kontrolle über ganze Länder fest in ihren Händen halten. Sie verfügen in jedem Lande über eine Unterorganisation und benützen Moskau als ihren Kommandoturm. Wir gehen am Kern der Sache vorbei, wenn wir in unseren Gegnern nur Angreiferstaaten sehen. Ein Kommunist, der im Kongo eine Machtposition einnimmt, ist ebenso unser Gegner wie die Clique, die Sowjetrußland oder das kommunistische China beherrscht.

Wir untergraben unsere eigene Stellung, wenn wir auf pro-westliche Führer militärischen und finanziellen Druck ausüben, und sie dazu bringen, Koalitionsabkommen mit den Kommunisten zu akzeptieren. Diesen Fehler machten wir in Katanga, als wir eine militärische Aktion unterstützten, um Tschombe zu zwingen, sich einer Regierung anzuschließen, in der auch der Kommunist Gizenga saß. Den gleichen Fehler machten wir in Laos, wo der antikommunistische Prinz Boun Oum dazu gedrängt wurde, eine Zwangs-Koalition mit einem kommunistischen Führer und einem pro-kommunistischen „Neutralen“ einzugehen. Dies läuft auf gemeinsames Wetten mit dem Gegner hinaus; derartige Koalitionen sind im besten Falle nur Ruhepausen auf dem Weg zur kommunistischen Herrschaft. Jedesmal, wenn wir auf einer Koalitionsregierung mit Kommunisten und Neutralen bestehen, beschwören wir automatisch eine Situation herauf, die sich 2 : 1 gegen die Freiheit richtet.

Unser Ziel muß die Vernichtung des Gegners als eine ideologische Macht sein, die über echte Kampfmittel ver-

fügt. Unser Anliegen ist die weltweite Verteidigung der menschlichen Gesellschaft gegen eine nihilistische Streitmacht. Wo die Kommunisten darangehen, das Lebensgewebe der sozialen Ordnung zu zerstören, müssen wir den zersetzenden Virus zu vernichten suchen. Unsere Bemühung verlangt die völlige Hingabe an den Gedanken des Sieges; das bedeutet: niemals und nirgends in der Welt dürfen wir uns damit abfinden, daß Machtpositionen gleich welcher Art in kommunistischer Hand sind.

Unseren Plan müssen wir strategisch auf die Entfernung der Kommunisten aus der Macht ausrichten, ob sie nun nur 90 Meilen von unserer Südküste sitzen oder soweit entfernt wie in Laos oder Vietnam. Es muß ein kombiniertes Handeln mit wechselnden und elastischen Methoden sein, die sich den Gegebenheiten verschiedener Zeiten und Länder anpassen. Wir müssen einen geistigen Gegenangriff gegen die Ideologie des Gegners führen, und er muß auch gesetzliche und organisatorische Maßnahmen einbeziehen, mit dem Ziele, umstrittene Positionen in der menschlichen Gesellschaft zu halten und in die Stellungen des Gegners einzudringen. Wenn ein militärisches Vorgehen angezeigt ist, müssen wir kühn handeln und uns dabei nicht gegen die Völker wenden, sondern gegen die Kommunisten an ihrer Spitze. Unser Waffenarsenal muß sich von Mitteln für solche Nadelstichaktionen bis zur nuklearen Macht erstrecken, um die Kommunisten vor jedem Versuch abzuschrecken, das russische oder das chinesische Volk für die Pläne der Partei zu mißbrauchen.

Wir dürfen die internationale kommunistische Verschwörung nicht als ein „System" ansehen, in dem die Probleme nur anders betrachtet werden als bei uns. Wenn wir so vorgehen, verleihen wir dem „System" automatisch einen Stand und eine Würde, die es nicht verdient, und das kann nur dazu führen, daß wir die

Bedrohung unterschätzen. Der Kommunismus und die Sklaverei, die er der Welt aufzwingen will, sind kein „System", mit dem man in der gewohnten, in der Vergangenheit bewährten Weise umgehen kann. Es handelt sich hier um eine Krankheit, die die menschliche Existenz und die menschliche Freiheit befällt und zerfrißt. Sie muß wie eine Geißel der Menschheit angegriffen werden, mit allen Waffen, über die wir verfügen. Da der Kommunismus in der menschlichen Gesellschaft die Summe der „totalen Verneinung" darstellt, muß auch unser Einsatz gegen ihn im Plan wie in der Tat total sein.

Es nützt nichts, sich die irrige Ansicht zu eigen zu machen, der Kommunismus entstünde aus Armut, Krankheit und anderen, ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Kommunismus wird erzeugt von Kommunisten und nur von Kommunisten allein. Wenn wir der Idee verfallen, der einzig gangbare Weg, der Verbreitung des Kommunismus Einhalt zu gebieten, sei es, unerfreuliche soziale und wirtschaftliche Verhältnisse zu beenden, dann akzeptieren wir die Niederlage. Denn wir werden viele dieser Verhältnisse in naher Zukunft nicht um einen Deut ändern können, gleichgültig wieviel Auslandshilfe und technische Unterstützung wir rund um den Erdball verteilen. Alles, was wir erreichen, wenn wir eine solche Betrachtungsweise im kommunistischen Krieg in den Mittelpunkt stellen, ist, daß wir unsere Kräfte spalten und unseren Angriff auf das Hauptziel schwächen, das ist die kommunistische Macht. Natürlich denke ich nicht eine Minute daran, daß eine Welt ohne Armut, Krankheit und Schmutz, eine Welt, in der alle internationalen Beziehungen human und im guten Glauben geführt werden, ein Ziel sei, das des Einsatzes nicht lohnen würde. Aber es handelt sich dabei nicht um das eigentliche Ziel, das wir im kommunistischen Krieg verfolgen. Eine solche

Welt ist ein Traum für die Zukunft der Menschheit, ein Traum, der nicht Wirklichkeit werden kann, wenn wir uns nicht sofort dem vordringlichsten Ziele zuwenden – der Beseitigung der kommunistischen Macht.

Wenn wir die kommunistische Krankheit bekämpfen wollen und immer daran denken, daß diese Krankheit viele Regierungen zerstört hat, dann machen wir deutlich genug, daß wir nicht die Veränderung von Grenzen oder Verschiebung von Einflußsphären zu unseren Gunsten erstreben. Wir wünschen vielmehr die Entfernung von Kommunisten aus ihren Machtpositionen, wo immer sie in der Lage sind, dem natürlichen Wollen der Menschen entgegenzutreten und ein despotisches und tyrannisches System einzusetzen, das alle Grundlagen von Freiheit und Menschenwürde verleugnet.

Das muß unser grundlegendes Anliegen sein, die Richtlinie einer energischen, unabänderlichen Strategie des Sieges. Eine solche ist nach meiner Ansicht nötig, um unseren Anstrengungen eine allgemeinverbindliche Direktive und Rechtfertigung zu geben. Sie ist die Zusammenfassung, die bewirkt, daß jede Bewegung, die wir im kommunistischen Krieg unternehmen, den Feind mit maximaler Stärke und Wirksamkeit trifft. Diese Strategie würde die Richtungslosigkeit und das Gegeneinander-Arbeiten, wie es unsere derzeitige Politik kennzeichnet und das amerikanische Volk so sehr getäuscht hat, endlich beseitigen.

Mit solchem Ziel und solcher Strategie vor Augen würden wir bald den Trugschluß erkennen, den jede Art von Hilfeleistung an den Feind bedeutet. Der Feind bleibt ein Feind, in der kommunistischen Regierung von Jugoslawien ebenso wie in Nordkorea oder in Nordvietnam. Jegliche Hilfe an Tito und andere kommunistische oder halb-kommunistische Regierungen muß in der Erkennt-

nis der Tatsache eingestellt werden, daß solche Mittel und Lieferungen für die Sache der Freiheit anderswo viel besser verwendet werden können. Lange genug haben wir uns von dem Wunschdenken verwirren lassen, daß eine kommunistische Regierung, die nicht mit Moskau übereinstimmt, ein möglicher Verbündeter sei und als solcher mit Dollarmilliarden aus dem amerikanischen Hilfsprogramm gefüttert werden müsse. Wir befinden uns im Krieg mit einem Teufel und dieser Teufel ist der Kommunismus in allen seinen Sorten und Abarten. Diesem Teufel gilt es Widerstand zu leisten, er muß bei jeder Gelegenheit bekämpft werden, ohne Rücksicht darauf, ob er gerade beim Kreml in Gnaden steht. Allermindestens müssen wir jede Art von Hilfeleistung an den kommunistischen Block einstellen, sowohl in der direkten Form von wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung, wie in der Form zunehmender Handelsbeziehungen.

Mit solchem Ziel und solcher Strategie vor Augen, würden die halben Maßnahmen aufhören, wie wir sie bei der Kuba-Invasion anwandten. Wir würden uns nicht mehr auf irgendein Unternehmen gegen eine kommunistische Macht einlassen, ohne die nötige Kraft aufzuwenden, um es zum Erfolg zu führen. Wir würden uns von der blinden Ergebenheit gegenüber den Vereinten Nationen freimachen. Wir würden mit den Mutmaßungen aufhören, welchen Zuwachs an nuklearen Waffen die Kommunisten in den letzten Monaten für sich buchen konnten, und statt dessen unsere eigenen atmosphärischen Versuche wieder aufnehmen. Wir würden rasch und endgültig der Tatsache ins Auge sehen, daß der ganze Abrüstungsgedanke im gegenwärtigen Zeitpunkt lächerlich ist, weil die kommunistischen Machthaber an Abrüstung ja nicht einmal denken, da in ihren Satellitenstaaten die Revolution direkt unter der Oberfläche des Alltagslebens brodelt.

Zusammenfassend nochmals nachdrücklich folgende Punkte:

1. Ob wir es wollen oder nicht – wir sind in einen tödlichen Kampf mit einem Feind verwickelt, der eine neue Art von totalem Krieg führt und der seine Absicht erklärt hat, uns zu vernichten.

2. Unser gewohntes Verhalten und die Waffen der Vergangenheit müssen revidiert und in einen neuen strategischen Plan einbezogen werden, wenn wir einer Bedrohung begegnen wollen, die von einer tyrannischen Kraft globalen Ausmaßes getragen wird.

3. Unser Gegner sind Ideologie und Macht der Kommunisten, gleichgültig, ob in Jugoslawien, Moskau, Ost-Berlin oder Nord-Vietnam; dieser Gegner muß nach einem umfassenden Plan bekämpft werden.

4. Die Errichtung von Koalitionsregierungen in der Welt von heute ist ein taktischer Zug des Gegners. Wenn sich die Kommunisten an irgendeiner Art von Koalitionsregierung beteiligen, so tun sie das immer in der Absicht, diese Regierung zu beherrschen und zu übernehmen.

5. Das letzte, was wir tun dürfen, ist, dem Gegner dadurch zu helfen, daß wir kommunistische Regierungen mit Geld, Waffen, Nahrungsmitteln und anderen Gütern unterstützen, ganz gleichgültig, ob sie sich mit den Kreml-Machthabern überworfen haben.

Ich bin der Meinung, daß das amerikanische Volk das Recht hat, die Wahrheit zu erfahren, so unangenehm sie im Lichte der gegenwärtigen Weltentwicklung auch sein mag. Es ist nicht nur eine Beleidigung unserer Intelligenz, sondern auch eine Gefahr für Männer in einflußreichen Stellungen herumzulaufen und zu behaupten, daß der Kommunismus seit dem Jahre 1945 nichts hinzugewonnen habe und daß es der Westen sei, der den kommunistischen Krieg gewinnt.

Traurige Tatsache ist, daß der Kommunismus derzeit wieder seine größten Gewinne erzielt seit dem Fall Chinas. Er wird auch in Zukunft weitere Fortschritte machen, wenn wir den Feind nicht als das erkennen, was er wirklich ist, wenn wir nicht den Sieg zu unserem Ziel erklären und unsere Kräfte auf die Aufgabe ausrichten, der kommunistischen Macht Widerstand zu leisten, wo immer sie am Werk ist.

ZWÖLFTES KAPITEL

DIE WISSENSCHAFTLER UND DIE GENERALE

Amerika muß anfangen zu siegen, indem es sich zu siegen entschließt; ich bin offengestanden entsetzt, wenn ich die Erklärungen unserer politischen Führer lese und feststelle, daß genau diese Entschlossenheit in unseren verkündeten Zielen fehlt. Wie erklärt sich das? Warum betreiben wir eine Politik des Nicht-Gewinnens? Kommt es daher, daß wir den kommunistischen Krieg mit einer Art von Frieden verwechseln? Kommt es daher, daß wir Angst haben vor der militärischen Macht der Kommunisten, und das zu einem Zeitpunkt, in dem wir materiell wie kein anderer Staat des Erdballs gerüstet sind, der Drohung zu begegnen? Kommt es daher, daß wir das Gefühl haben, eine Politik, die sich auf Stärke gründet und den eigentlichen Einsatz der Macht erkennt, würde zu einem Krieg führen, in dem geschossen wird?

Unser Herumtappen stammt, wenigstens zum Teil, aus dem tief eingewurzelten Zweifel mancher Leute, ob es anständig sei, unser volles militärisches Gewicht auf unser Ziel auszurichten. Das wurde schon erwähnt, als wir den U-2-Zwischenfall, unsere damalige Haltung und Reaktion erörterten. Jetzt möchte ich den Gedanken weiter untersuchen, daß unser Land unter einer Art von Persönlichkeitsspaltung leidet, die ihre Wurzel im Abwurf unserer Atombombe auf Hiroshima hat.

Denken wir einmal an diese Zeit zurück. Beinahe über Nacht erhielt das amerikanische Volk Kenntnis von einem neuen, mächtigen Mittel der Zerstörung von schrecklichem Ausmaß. Eine einzige Bombe genügte, um eine ganze Stadt zu verwüsten und mehr als 90000 Menschenleben auszulöschen. Der Blitz war so grell wie die Sonne. Die Explosion klang wie ein Donnerschlag aus Gottes eigener Hand.

Dem Laien schien es, als handle es sich hier um ein vorwitziges Eindringen in die Ewigkeit. Um es gelinde auszudrücken: Die Gewalt und die Vernichtungskraft der Atombombe flößten derart Respekt ein, daß sie auf das Denken und das Gewissen des amerikanischen Volkes sowohl eine sofortige Wirkung wie einen langdauernden Einfluß ausübten.

Damals waren unsere Zeitungen und Zeitschriften voll von Überlegungen, ob der Mensch in seinem wissenschaftlichen Forschungsdrang unberechtigt in ein Gebiet eingegriffen habe, das dem Allmächtigen vorbehalten ist. Diskussionen über dieses Thema fanden überall statt, nicht nur in militärischen und wissenschaftlichen Kreisen, auf den Kanzeln, in Klassenzimmern, in Lehrervereinigungen, in Versammlungen, überhaupt an jedem Ort, wo Menschen zusammenkommen und Gedankenaustausch pflegen – und die aufgeworfenen Fragen überschatteten das ganze Spektrum der Erfahrungen, die die Menschen auf Erden gemacht hatten.

Und ganz plötzlich, ja sichtlich über Nacht, wurden die Wissenschaftler zu einer Art von Herrgöttern. Der Gemeinschaft der Wissenschaftler wurde ganz besondere Ehrerbietung gezollt, nicht nur, weil ihnen die Kernspaltung gelungen war, sondern schon allein deswegen, weil sie das Phänomen überhaupt verstanden. Was für den Durchschnittsmenschen auf der Straße unbegreiflich war,

vermochte diese besondere Art von Menschenwesen in wissenschaftliche Berechnungen und Formeln zu fassen. Natürlich wurde den Worten und Meinungen der Wissenschaftler besonderes Gewicht und große Bedeutung beigemessen. Man riß sich um sie, und ihre Erklärungen wurden vom Volk der Laien gierig aufgenommen; bald galten die Wissenschaftler als allwissend auch auf anderen Gebieten, die früher Diplomaten, Heerführern und Philosophen vorbehalten waren. Da die Wissenschaftler etwas zustandegebracht hatten, was als ultima ratio des Krieges galt, begannen manche Menschen in ihrer Sehnsucht nach dem Absoluten zu glauben, sie hätten die Antwort auch auf andere Fragen bereit – auch solchen, die nichts mit Wissenschaft zu tun haben oder wissenschaftlich gar nicht begriffen werden können.

Damals kam es in der wissenschaftlichen Welt zu einem Schisma; die Männer, die die Atombombe entwickelt hatten, teilten sich in zwei Gruppen. Die eine dieser Gruppen nahm den Standpunkt ein, die Tatsachen der Natur selbst führten zur Erforschung der Welt durch die Wissenschaftler, ohne Rücksicht auf Nationalität oder politische Überzeugung der Gelehrten. Sie behaupteten, daß die Kommunisten einmal hinter das Geheimnis der Atombombe kommen würden. Sie setzten sich auch dafür ein, daß es unsere Aufgabe sei, an der Vervollkommnung unseres nuklearen Fortschrittes so schnell als möglich weiterzuarbeiten, damit wir unsere dominierende Stellung gegenüber den Feinden der Freiheit behalten könnten.

Die andere – und viel lärmendere – Gruppe von Wissenschaftlern entwickelte einen heftigen Schuldkomplex. Die Leute dieser Gruppe verwandten viel Zeit darauf, öffentlich die Rolle zu beklagen, die sie bei der Entwicklung einer Waffe spielten, von der sie düster voraussagten, daß sie das Ende der Menschheit bedeute. Sie schienen

unter dem Gewicht ihrer persönlichen Schuld zusammenzubrechen, die sie offenbar in einem weit höheren Grad belastete, nachdem die Atombombe fertiggestellt war, als in der Zeit, in der sie an ihrer Entwicklung tatsächlich gearbeitet hatten. In dieser Haltung drückte sich ein hohes Maß von Einbildung und Eitelkeit aus, was von dem Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit freilich unbemerkt blieb. Es war, als wollten diese Wissenschaftler behaupten, daß ohne sie das Geheimnis der nuklearen Kettenreaktion niemals gelüftet worden wäre und daß ohne sie auch keine weiteren Fortschritte gemacht werden könnten. Anscheinend kam ihnen niemals der Gedanke, daß Gott seine besonderen Gaben keineswegs nur auf wenige Menschen verteilt und daß – falls *diesen* Wissenschaftlern es nicht geglückt wäre, dem Geheimnis des Atoms auf die Spur zu kommen, es eben *andere* enthüllt hätten.

Diese Spaltung in der wissenschaftlichen Welt griff auch auf andere Gebiete der öffentlichen Politik über und bedrohte eine Zeitlang ernstlich die Fortdauer unserer Staatssicherheit. Der Vorgang wurde bekannt unter der Bezeichnung „Große Debatte über die Entwicklung der H-Bombe“, bzw. der Wasserstoffbombe, wie man sie heute bezeichnet. Im Verlauf dieser Debatte sprachen sich die Wissenschaftler mit dem Schuldgefühl nachdrücklich gegen die Entwicklung und Erzeugung der Wasserstoffbomben durch die Vereinigten Staaten aus, einer Waffe, die unvergleichlich wirksamer ist als die Bombe, deren Explosion über Hiroshima wir ausgelöst hatten.

Wir wollen nun für einen Augenblick annehmen, wir hätten dieser Gruppe zugehört. Nehmen wir an, wir hätten in einem unrealistischen und gefährlichen Überschwang internationaler Moralität die ganze nukleare Forschung und Entwicklung eingestellt. Gesetzt den Fall,

wir hätten nach der Entwicklung der Atombombe haltgemacht und niemals die Wasserstoffbombe entwickelt, über die wir heute verfügen. Und dann stellen Sie sich unsere Gefühle vor, als Sowjetrußland seine ersten 35-, 50- und 100-Megatonnen-Bomben explodieren ließ. Wären wir der „Schuld-Gruppe“ unter den Wissenschaftlern gefolgt, wären wir von diesem Augenblick an der Gnade der Kommunisten ausgeliefert gewesen!

Rückschauend betrachtet haben wir allen Grund, dafür dankbar zu sein, daß damals beschlossen wurde, die Entwicklung der Wasserstoffbombe fortzusetzen. Im Lichte dessen, was sich an russischen wissenschaftlichen Fortschritten ereignet hat und was gleichzeitig an aggressiven Vorstößen der kommunistischen Macht in aller Welt stattfand, erkennen wir, daß wir als Nation geradezu Selbstmord begangen hätten, wenn wir den Ratschlägen der Moralisten und der Wissenschaftler mit dem „Schuldkomplex“ gefolgt wären.

Dennoch vertiefte die „Große Debatte“ und die ihr folgende Entscheidung bei vielen Amerikanern ein Gefühl der Schuld. Sie hatten aufrichtig gehofft, es könnte ein zuverlässiges Mittel gefunden werden, um der Entwicklung und Erzeugung aller nuklearen Waffen Einhalt zu gebieten.

Zur Zeit gibt es eine neue und sich rasch vermehrende Literatur über militärische Strategie. Es handelt sich hier nicht um Arbeiten von Militärs, sondern von frisch gebackenen „nuklearen Philosophen“; ihr Ausgangspunkt ist wissenschaftlich und ihre humanitäre Abneigung gegen die Bombe ist offenkundig in allem, was sie schreiben.

Eine der verwirrenden Thesen dieser neuen philosophischen Literatur über Strategie ist die Vorstellung, daß der sogenannte militärische Starrsinn, der mittels Knopfdruckes eine Bombe auf den Flug nach Moskau sendet,

einen nuklearen Gegenangriff auslösen könnte, der unsere eigenen Städte und alles Leben in den Vereinigten Staaten auslöschen wird.

Die unerfreulichen Folgen dieser Denkungsart sind doppelter Art:

Erstens: Der militärische Führer wird als Strohkopf dargestellt, als Bösewicht, der darauf aus und in der Lage ist, auf den Knopf zu drücken und die Welt atomarer Massenvernichtung auszuliefern und

zweitens: Kernwaffen dürfen niemals, aber wirklich niemals von den Vereinigten Staaten zum Einsatz gebracht werden – wir dürfen ihren Einsatz auch nicht einmal in Erwägung ziehen – denn ihre Verwendung wird sofort einen Gegenangriff auslösen, der die Vereinigten Staaten vernichtet.

Beide Schlußfolgerungen sind irrig und gefährlich. Zunächst kann kein militärischer Befehlshaber, wie hoch auch sein Rang sein mag, „auf den Knopf drücken" oder den Befehl dazu geben. Dieser Befehl muß vom Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilt werden. Zum zweiten, mit der Verdächtigung der Offiziere ist die irrtümliche Annahme verbunden, sie seien zwar hochgezüchtete, aber doch zweitklassige Bürger, ein General oder Admiral sei eben nichts anderes als ein Krieger, der die Patentlösung aller internationalen Probleme nur im Bombenwerfen sieht und der mit anderen Worten nichts anderes ist als ein Tiger an der Kette.

Die nuklearen Philosophen der Linken, die dieses verzerrte Bild entwerfen, müßten es besser wissen. Die Admirale und Generale von heute sind sicherlich keine blutdürstigen Piraten mit schwarzen Augenbinden und langen Messern zwischen den Zähnen. Sie sind vielmehr scharfsinnige, sachkundige, ausgereifte und wohlerzogene Lebewesen, die genau so ernst wie unsere Diplomaten

nach friedlichen Lösungen der internationalen Probleme suchen. Heute, in einem Zeitalter, in dem militärische Macht das wichtigste Abschreckungsmittel vor dem Kriege ist, das wir besitzen, muß man korrekterweise feststellen, daß unsere Generale und Admirale in der Tat ebenso Strategen des Friedens wie Fachleute der Kriegskunst sind.

Ein klassisches Beispiel dafür, wie aus der Position der Stärke für den Frieden gewirkt werden kann, zeigten zwei Militärs: General (damals Präsident) Eisenhower und Admiral Arthur Rutherford (damals Vorsitzender des Vereinigten Generalstabes); sie verhinderten die Rot-Chinesen an der Einnahme von Quemoy und Matsu, zweier Inseln, die der Präsident und der Admiral Anfang 1955 als für die Verteidigung von Formosa und der Pescadoren (Anm. d. Übers.: Inselgruppe in der Formosa-Straße) für notwendig erachteten. Entgegen dem entmutigenden und weinerlichen Gerede der Liberal-Radikalen, die darauf hinwiesen, daß die der Küste vorgelagerten Inseln ebenso nahe am chinesischen Festland lägen wie Staten Island vor New York City und deshalb wirklich zu Rot-China gehören sollten und trotz des schweren Artilleriebeschusses auf Quemoy und Matsu vom Festland her und anderer Anzeichen von Invasionsvorbereitungen erklärten der Präsident wie der Admiral schlicht und einfach, wir würden, falls die Inseln angegriffen werden, den Kampf aufnehmen. Die chinesischen Kommunisten zogen sich zurück. Durch ihre feste Haltung haben der Präsident und der Admiral sicherlich den Krieg nicht so sehr riskiert als ihn vermieden.

Die Doktrin der Ängstlichkeit, wie die nuklearen Philosophen sie verbreiten, hat eine noch viel unheilvollere Wirkung durch die allgemein verbreitete These, daß wir in keinem Fall – *was auch immer geschehen mag* – die Bombe

verwenden könnten. Es ist überflüssig zu sagen, daß wir alle hoffen, eine nuklearen Bombe möge niemals einfach aus Zorn auf diese Erde abgeworfen werden. Wir verwenden viel Zeit und Energie darauf, eine derartige Tragödie zu verhindern. Aber öffentliche Erklärungen oder auch nur sanfte Andeutungen, daß wir das wirksamste Abschreckungsmittel, das wir besitzen, niemals zum Einsatz bringen würden, heißt in Wirklichkeit, einen kommunistischen Angriff auf unseren „way of life", unsere Freiheit und unser Land geradezu herausfordern. Es ist für uns der sicherste Weg in einen nuklearen Krieg, wenn wir Rußland die irrige Meinung beibringen, wir würden niemals zu den nuklearen Waffen greifen. Falls und sobald Rußland diese Überzeugung gewonnen hat, so wird es angreifen; und dann, wenn wir unsere Freiheit und unsere Lebensform zu verteidigen haben, dann werden wir ganz bestimmt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zurückschlagen. Dann werden die Bomben fallen.

Solche Angriffe auf die Männer in Uniform – insbesondere auf solche, die verantwortliche Kommandoposten einnehmen – nahmen bald nach Kennedeys Amtsantritt ihren Anfang. Sie begannen mit der Zensur einiger Bemerkungen, die Admiral Arleigh A. Burke, damals Operationschef der Marine, für einen Vortrag vorbereitet hatte. Dieser Vorgang diente dann zum Muster wiederholter Einmischungen ziviler Beamter der neuen Regierung in den Bereich öffentlicher Äußerungen unserer militärischen Führer.

Ein weiterer Vorstoß wurde im Kongreß der Vereinigten Staaten unternommen, als ein Mitglied des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten den Versuch machte, die Schuld für das Fiasko der Invasion in Kuba den Vereinigten Stabschefs zuzuschieben. Hier handelte es sich um einen besonders hinterhältigen Angriff, weil der

erwähnte Abgeordnete nach Verlassen einer Ausschußsitzung den Rücktritt des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs forderte.

Dadurch wurde der peinliche Eindruck erweckt, als ob in der geheimen Sitzung irgend etwas enthüllt worden sei, das ein derartiges Verlangen rechtfertigte. Natürlich wurde dem Verlangen nicht nachgegeben. Es wurde nicht einmal ernst genommen. Es hatte aber die Folge, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stabschefs und in unsere militärischen Führer untergraben wurde, und das in einem besonders kritischen Zeitpunkt unserer Geschichte. Das hatte keinen anderen Zweck, als die Verwirrung über die ganze Kuba-Geschichte noch zu vergrößern, die ja niemals zur vollen Zufriedenheit des amerikanischen Volkes aufgeklärt worden ist. Ich möchte daran erinnern, daß es sich dabei um eine Obliegenheit handelt, die nur die Regierung wahrnehmen kann – ihre Aufgabe ist es, die Verantwortlichkeit für ein so chaotisches, schlecht vorbereitetes und völlig unzureichendes Unternehmen klar festzustellen.

Im gleichen Stil ist es in der Regierung Mode geworden, gegen militärische Führer Untersuchungen einzuleiten und sie zu kritisieren, wenn sie vor den kommunistischen Einflüssen im öffentlichen Leben warnen. Ich kann nicht umhin, mich zu wundern, was für einen Kampf wir da führen, wenn eine Diskussion über die Taktik des Feindes als Verstoß gilt, der zensiert werden muß. Was auch immer die offizielle Politik sein mag, es kann doch nicht geleugnet werden, daß der Kommunismus unser Gegner ist.

Obwohl wir uns in großer Gefahr befinden, müssen wir zusehen, wie militärische Befehlshaber „rechtsradikaler politischer Tendenzen" bezichtigt werden, wenn sie so vermessen sind, auf die uns drohende Gefahr aufmerksam zu machen und auf die Methoden hinzuweisen, deren sich unsere Gegner mit größtem Erfolg bedienen.

Seltsamerweise ist es gegenwärtig das Verteidigungsministerium, das die Lehrgänge einzustellen droht, die von militärischen Befehlshabern zu dem Zweck gehalten werden, das Bewußtsein der Öffentlichkeit hinsichtlich des Kalten Krieges und der „Gefahr der kommunistischen Drohung“ zu vertiefen.

Der vielleicht lächerlichste, an den Haaren herbeigezogene Angriff dieser Art richtete sich gegen General Curtis LeMay, den Stabschef der Luftwaffe. Er bezog sich auf einen Zeitungsbericht, wonach der General zur Gattin eines Senators gesagt haben sollte, daß der nukleare Krieg innerhalb eines gewissen Zeitraumes unvermeidlich sei. Ebenso lächerlich wie die Quelle dieses Berichtes aber war es, daß sich General LeMay gegen eine solche Beschuldigung zur Wehr setzen und beweisen mußte, daß er eine derartige Bemerkung niemals gemacht hat.

Vor nicht allzu langer Zeit stellte Generalleutnant Arthur G. Trudeau, der zuständige Armeeoffizier für Forschung und technische Entwicklung, anläßlich eines Verhörs vor einem Senatsunterausschuß fest, daß seine Reden von „Majoren und Zivilisten“ zensiert wurden; und er bezweifelte, ob diese Art von willkürlicher Einschränkung seiner Redefreiheit sehr weise sei. Im gleichen Zeitpunkt sagte General Eisenhower sehr nachdrücklich an, die führenden Militärs sollten hinsichtlich der Warnung der Öffentlichkeit vor den Gefahren des internationalen Kommunismus große Aktivität entwickeln. Er bezweifelte, ob es wünschenswert sei, von höchsten Regierungsbeamten – seien es Militärs oder Zivilisten – zu verlangen, daß sie ihre vorbereiteten öffentlichen Erklärungen vorlegen – dies komme einer Inhalts-Zensur gleich, die mit militärischen Sicherheitsgründen nichts mehr zu tun habe. Schließlich bedauerte er alle Versuche, „die Militärs hinter einen ‚amerikanischen Eisernen Vorhang‘ zu drängen“.

Jede Kategorie denkender Amerikaner hat ihren Platz und ihre bedeutenden Aufgaben. Die Wissenschaftler sind außerordentlich wichtig für das Wohlergehen Amerikas und der Welt. Das gleiche gilt für unsere Militärs. Wäre die beschriebene Situation umgekehrt – wären es die Militärs, die sich in diplomatische Fragen einmischten, lautstark gefährliche Philosophien verkündeten und die Wissenschaftler mundtot zu machen versuchten, dann würde ich ebenso leidenschaftlich rufen, daß die Generale und Admirale sich abregen und bei ihrem Leisten bleiben sollten.

Es geht hier um zwei wichtige, ineinander verflochtene Anliegen:

1. um abgewogenes Urteil, und 2. um die Redefreiheit. Beide sind absolut unerläßlich, wenn wir als freier Staat weiterbestehen wollen.

DREIZEHNTES KAPITEL

EIN ABSCHLIESSENDES WORT

Beim Überlesen meines Manuskriptes fällt mir auf, daß mein Ton vielleicht der Demut ermangelt. Ich weiß nicht, was ich für Zuschriften auf mein Buch erhalten werde; ich habe auch sehr wenig Geduld mit Leuten, die behaupten, so etwas im voraus zu wissen.

Niemand von uns hier in Washington weiß, wie alle oder auch nur die Hälfte solcher Antworten ausfallen. Die Leute draußen in den 50 Staaten der USA wissen das besser. Wer seine Heimat liebt, verläßt sich nicht auf Almosen aus Washington, um sich zu unterrichten. Wer seine Freiheit schätzt, überläßt nicht alles der „hohen Regierung"! Die Abgeordneten in der Hauptstadt unseres Landes sind nicht viel anders wie die Leute draußen – sie haben die gleichen Zweifel, Fehler und Schwächen. Als ich noch zur Schule ging, pflegte unser Fußball-Lehrer, um uns die Angst vor den Ungeheuern zu nehmen, gegen die wir antreten mußten, im Umkleideraum vor dem Spiel zu sagen: „Diese Kerle sind auch Menschen, sie ziehen sich jetzt ebenso die Hosen an wie Ihr."

Der Kongreßabgeordnete, der Senator, das Kabinettsmitglied und der Präsident sind auch nur Menschen. Ich wage zu behaupten – obwohl ich das nicht beweisen kann –, daß auch sie alle ihre Hosen am gleichen Bein anziehen.

Weil sie Menschen sind, brauchen sie Hilfe, die Hilfe aller, die sie gewählt haben. Ihnen sind sie auch verant-

wortlich. Aber das Umgekehrte ist genau so wahr. Auch die Wähler müssen sich den Gewählten gegenüber verantwortlich fühlen.

Wieso?

Sie müssen aufhören zu glauben, daß Rußland und der Friede und die Wasserstoffbombe und der Ausgleich des Staatshaushalts nur die Probleme der Leute in Washington sind. Es sind ihre eigenen Probleme und nur sie können sie lösen.

Wenn unsere Mitbürger nichts vom Haushalt oder von den Steuern (ausgenommen, wie man sie zahlt) oder von der Verwendung dieser Gelder wissen, dann sollten sie es herausbringen.

Wenn sie nichts über die kommunistische Verschwörung wissen, wenn sie Karl Marx für den Bruder von Groucho halten, wenn das, was Chrustschow in der Welt anfängt, ihrer Aufmerksamkeit entgeht, weil sie sofort den Sportteil der Zeitung aufschlagen (auch ich greife gleich zur Sportseite, aber schließlich blättere ich – wenn auch widerstrebend – doch zum Hauptteil des Blattes zurück), dann allerdings verhalten sie sich nicht verantwortlich gegenüber den von ihnen gewählten Männern.

Das Volk in Washington zu vertreten, ist eine heikle Aufgabe. Wir, die Gewählten, ziehen teils und teils werden wir gezogen. Wir folgen unseren Wählern und bemühen uns, so gut wir können, deren Gedanken und Wünsche zu vertreten. Gleichzeitig aber lenken wir sie zu – wie wir annehmen – weisen Entscheidungen und zu vernünftiger Politik. Die Konservativen jedoch lenken die Schritte nicht ins linke Feld, wie das einige unserer radikal-liberalen Brüder tun. Die Konservativen haben großes Zutrauen zum gesunden Menschenverstand der amerikanischen Nation und hüten sich mit Bewußtsein davor, dem Volksdenken zu weit vorauszueilen. Sehr oft

höre ich in Washington die herablassende Bemerkung umgehen: „Die Leute sind noch nicht so weit." Dieses „Die Leute sind noch nicht so weit" ist so etwas wie ein Allheilmittel der Radikal-Liberalen geworden.

Draußen dagegen, fern von Washington höre ich oft die Frage: „Was kann ich tun? Ich bin doch nur ein kleiner Wähler." „Unsinn" – so pflegten alle unsere Großmütter zu sagen. Ihr seid 180 Millionen Wähler und ich bin nur ein kleiner Senator. Ein weiteres Merkmal der „Ich kleiner Mensch, wer bin ich schon?"-Einstellung ist eine andere Bemerkung, die ich auch zuweilen höre. Sie lautet: „Senatoren (oder Kongreßabgeordnete oder der Präsident) lesen niemals wirklich ihre Post. Deshalb schreibe ich nicht."

Senatoren lesen nicht nur ihre Post, sondern sie betrachten sie liebevoll, denken über sie nach, werden durch sie angeregt, machen sich über sie Sorgen und beantworten sie. Unsere Post läßt uns wissen, was man daheim für Meinungen hat, was man von uns will und wie man auf unsere letzte Rede oder Stimmabgabe im Kongreß reagiert hat. Unsere Post vermittelt uns eine beiläufige Ahnung, wie unsere Chancen für eine Wiederwahl stehen.

Jeder Schritt, den unser Land macht, entspringt entweder dem Willen des Volkes oder wird vom Volk bestätigt. Eine Demokratie ist nur insoweit gesund, als ihre Wählerschaft aktiv mitarbeitet und gut unterrichtet ist.

Zu lange Jahre hindurch versteckten sich die Konservativen geradezu unter Steinen, so als ob sie selbst sich für Versteinerungen hielten, wie die Radikalen sie nannten. Zeitweilig hatte ein Konservativer in Washington das Gefühl, als stünde hinter ihm keine Wählerschaft, als führe er Selbstgespräche oder rede nur, um die Seiten des Kongreß-Protokolls zu füllen.

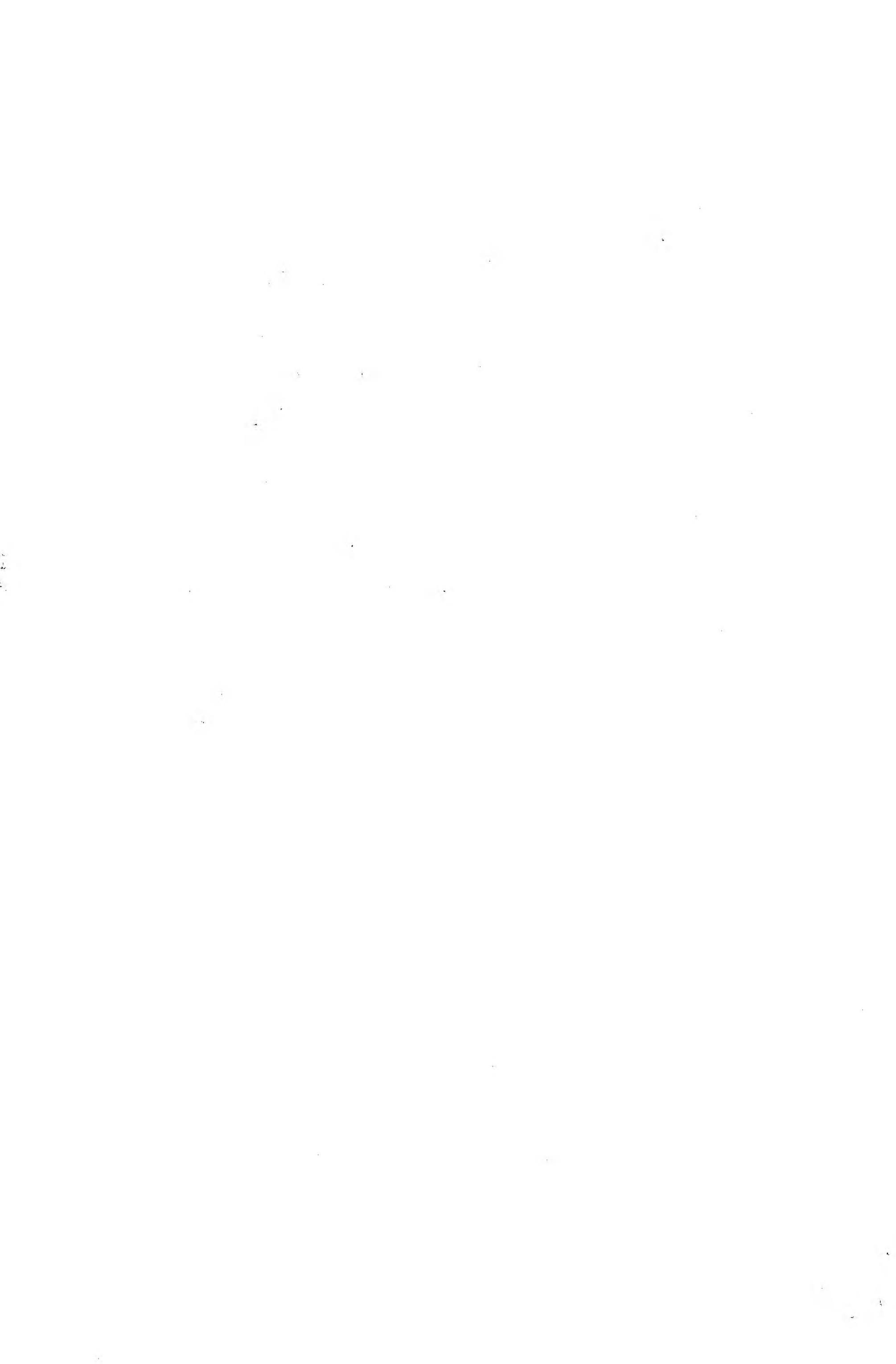
Nun aber haben sich die „Versteinerten" von den Steinen emporgearbeitet und frischgemacht. Zu ihrem Erstaunen stellen sie fest, daß es die Radikalen sind, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Verkalkung befinden und daß die Konservativen – Wunder über Wunder – den „newloock" verkörpern.

Ein Neues und zugleich Altes ist in unserem Land in Bewegung gekommen. Die reichen Traditionen der amerikanischen Vergangenheit machen sich wieder geltend. Früher oder später mußte es geschehen.



INHALTSVERZEICHNIS








GOLDWATER · WARUM NICHT SIEG?